

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2.50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das fertige
 Wort 20 Pf., (zweiwöchige 2-fachgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Streifengebühren und Schloßstellen-
 gebühren das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 29. Mai 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Kampf um die Deckung.

So einmütig die bürgerlichen Parteien in der Zustimmung zu der ungeheuerlichen Heeresvorlage sind, so wenig sind sie es in der Frage der Deckung. Dieser Zwiespalt hat in der Budgetkommission gestern zu einer lebhaften Auseinandersetzung geführt. Zentrum und Konservative möchten vor der endgültigen Erledigung der Heeresvorlage die neuen Steuern beschließen. Sie rechnen damit, daß die Nationalliberalen wohl oder übel sich ihren Steuerplänen, d. h. vor allem der Verhinderung der Erbschaftsteuer fügen würden, nur um die Wehrvorlage möglichst rasch in Sicherheit zu bringen. Umgekehrt wollen die Liberalen zuerst die Erledigung der Wehrvorlage, um dann bei der Deckung die Möglichkeit zu haben, nötigenfalls mit Hilfe der Sozialdemokratie die Erbschaftsteuer durchzusetzen.

Für die Sozialdemokratie war die Entscheidung leicht. Sie verweist selbstverständlich grundsätzlich die Wehrvorlage. Sind aber die bürgerlichen Parteien zu ihrer Annahme entschlossen, dann ist es notwendig, daß zunächst die Heeresvorlagen endgültig erledigt werden, damit über die Höhe der dann notwendig werdenden Steuern ein klares Bild geschaffen ist. Und die Sozialdemokratie hat es auch keineswegs notwendig, dem Zentrum und den Konservativen das Spiel zu erleichtern und ihnen, trotzdem sie in der Steuerfrage in der Minorität sind, die Entscheidung auch über die Deckung in die Hände zu spielen.

So wurde denn in der Kommission mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Liberalen beschlossen, zunächst die Wehrvorlagen zu Ende zu beraten.

Dieser Beschluß hat sofort eine erfreuliche Wirkung gezeigt. Die Konservativen drohten geradezu mit der Obstruktion und das Zentrum gab eine feierliche Erklärung ab, daß seine Stellung zur Wehrvorlage von der Art und Weise der Lösung der Deckungsfrage abhängen werde.

Man kann den Wert dieser Erklärung nicht hoch genug einschätzen, auch dann, wenn man der Ueberzeugung ist, daß das Zentrum kaum wagen würde, eine Drohung in die Tat umzusetzen. Denn mit aller Offenherzigkeit erklären hier die Schwarzblauen: all das, was über die Notwendigkeit der neuen Rüstungen, über die Gebote der Landesverteidigung, und wie die nationalen Phrasen alle lauten, gesagt wird, ist ja doch nur Humbug. Gewiß sind wir für die Heeresvorlagen, von denen wir ja große Vorteile haben, aber nur dann, wenn die Kosten so aufgebracht werden, wie wir es wollen. Wenn wir aber Gefahr laufen, selber zahlen zu müssen, wenn wirklich eine ernstliche Besitzsteuer droht, dann soll lieber zehnmal die ganze Heeresvorlage zum Teufel gehen, bevor wir auch nur einen Mann bewilligen. Alle Mann und alle Groschen, wenn es die Groschen der anderen sind, aber keinen Mann und keinen Groschen, wenn es um unser eigenes Geld geht! Das ist der Inhalt der Erklärung des Zentrums, diese Offenherzigkeit ist das erfreuliche Ergebnis der gestrigen Verhandlungen der Budgetkommission.

Wie sich die Dinge weiter gestalten werden, ist ungewiß. Denn zwischen dem Zentrum und den Nationalliberalen wird nach wie vor weiter verhandelt und das Zentrum ist wenigstens so weit mürbe gemacht, daß es eine Reichsvermögenssteuer fordert, die es früher stets abgelehnt hat. Ob es schließlich also zu einem Kompromiß zwischen den Bürgerlichen kommt und die Deckungsvorlagen noch im Sommer erledigt werden, ist ungewiß. Vorläufig geht der Reichstag für die nächste Woche auf Ferien.

Für uns handelt es sich aber viel weniger um das Wann, als um das Wie der neuen Steuern. Wenn je, so ist jetzt die Gelegenheit zu einer gründlichen Finanzreform gegeben. Das Reich muß endlich zu einer wirklichen Besitzbesteuerung gelangen. In erster Linie steht nach wie vor die Erbschaftsteuer. Wenn es in England möglich ist, aus der Erbschaftsteuer jährlich 500 Millionen Mark aufzubringen, dann ist es in Deutschland erst recht möglich, 150 bis 200 Millionen Mark aus dieser Steuer zu gewinnen. Als zweite Besitzsteuer ist eine Vermögenssteuer unbedingt erforderlich. Schon aus verfassungsrechtlichen Gründen. Seitdem für die Matrilinearbeiträge eine Höchstgrenze festgesetzt worden ist, verfügt der Reichstag über keinen beweglichen Faktor im Budget mehr. Dies ist aber eine schwere Beeinträchtigung in der wirksamen Ausübung des Budgetrechts. Schon deshalb brauchen wir unbedingt eine Vermögenssteuer mit beweglichen Sägen, die alljährlich vom Reichstage festgesetzt werden. Nur dadurch bekommt der Reichstag wieder sein Recht der Einnahmewilligung, nur dadurch kann sein Budgetrecht zu einem wirksamen Mittel wieder ausgestaltet werden.

Die Bundesregierungen freilich, sträuben sich noch mit aller Macht gegen die Vermögenssteuer. Aber all das, was sie dagegen anführen, sind heute mehr als je faule Kläusen geworden. Die Reichsvermögenssteuer soll einen Eingriff in die „Souveränität der Bundesstaaten“ enthalten, die Bundesstaaten würden dadurch in ihrer Finanzhoheit geschädigt. Wäre dem wirklich so, es wäre auch noch auszuhalten. Aber die Verbündeten Regierungen sind heute weniger als je berufen, diesen Einwand zu erheben. Denn was sie selbst vorschlagen,

geht ja viel weiter. Soll doch von Reichs wegen den Bundesstaaten vorgeschrieben werden, wie sie die erhöhten Matrilinearbeiträge aufzubringen haben und ihnen im Weigerungsfall eine bestimmte Steuer, die Vermögenszuwachssteuer, aufgenötigt werden. Dies bedeutet aber staatsrechtlich einen viel weitergehenden Eingriff in die Souveränität der Einzelstaaten als die Einführung einer Reichsvermögenssteuer. In Wirklichkeit müssen eben die Verbündeten Regierungen angesichts der Unmöglichkeit, die heillose Wirtschaft der unablässigen Vermehrung der indirekten Steuern und der Schulden fortzusetzen und in ihrer Angst, durch die Erbschaftsteuer es mit den Konservativen zu verderben, die Unhaltbarkeit der Steuerhoheit der Bundesstaaten selbst zugeben. Damit sind aber die staatsrechtlichen Bedenken auch gegen die Vermögenssteuer von den Regierungen selbst preisgegeben worden und der Reichstag hat wirklich keinen Grund, päpstlicher zu sein als der Papst. Die Souveränität der Bundesstaaten ist eben auch in Steuerfragen beschränkt durch die höhere Souveränität des Reiches. Denn dazu ist das Reich nicht gegründet worden, um den preussischen und medlenburgischen Junkern in alle Ewigkeit die Steuerhoheit zu sichern.

Finanztechnisch ist aber eine Reichsvermögenssteuer ohne weiteres durchführbar. Die preussische Vermögenssteuer mit ihrem Einheitsfuß von ein Halb pro Tausend ist so niedrig, daß neben ihr eine Reichsvermögenssteuer, die natürlich die großen Vermögen stärker belasten müßte und die geringeren ganz frei lassen könnte, durchaus möglich ist.

Die Einführung der Erbschaft- und Vermögenssteuer würde zugleich die Grundlage schaffen für die Durchführung einer wirklichen Finanzreform, die die unnützigsten und drückendsten indirekten Steuern beseitigen könnte. Grundliche Arbeit ist also notwendig, die um so eher geleistet werden kann, je freier der Reichstag in seinen Entscheidungen ist. Die Lösung der Deckungsfrage von den Heeresvorlagen ist also in diesem Falle durchaus rationell. Von der Drohung der Schwarzblauen, die Heeresvorlage zu verwerfen, falls ihren Steuerwünschen nicht willfahrt werde, braucht man sich wirklich nicht zu fürchten. Wir Sozialdemokraten könnten es ja nur durchaus begrüßen, wenn von dieser Seite die Befähigung geliefert würde, daß es auch ohne Heeresvermehrung geht. Aber auch die Liberalen hätten alles Interesse daran, Zentrum und Konservative auf die Probe zu stellen. Von der Festigkeit der Liberalen hängt es also in erster Linie ab, ob der Wille des deutschen Volkes, der bei den Wahlen so klar zum Ausdruck gekommen ist, bei der bevorstehenden Finanzreform durchgesetzt wird.

Die Militärvorlage in der Budgetkommission.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Mittwochssitzung wurde zunächst die Frage entschieden, ob nunmehr nach den Wünschen der Schwarzblauen zunächst die erste Lesung der Deckungsvorlagen vorgenommen oder die Militärvorlage in zweiter Lesung von der Kommission verabschiedet wird. Die Fraktionen haben am Dienstagabend zu dieser Frage Stellung genommen. Namens der Konservativen erklärte Abg. Graf Westarp, es sei unbedingt erforderlich, gleichzeitig mit der Militärvorlage die Deckungsvorlagen zu verabschieden. Die Konservativen behalten sich vor, durch Anträge zur Geschäftsordnung in diesem Sinne zu wirken. Er frage die Regierung, ob auch sie sich zu dem Ausspruch des Kriegsministers bekennet, der größten Wert darauf lege, unter allen Umständen die Militärvorlage bis Ende Juni zu verabschieden oder ob die Regierung nicht auch die gleichzeitige Erledigung der Deckungsvorlagen wünsche.

Schafheitreich Kuhn erklärte, daß die Reichsregierung es als selbstverständlich angesehen habe, die Ausgaben für die Militärvorlage nicht aus Anleiheemitteln zu decken, sondern daß im Laufe des Sommers die Deckungsfrage erledigt wird. Die sofortige zweite Lesung der Militärvorlage entspreche aber auch den Wünschen der Regierung. — Die Abg. Baffermann und Fischbeil betonten, daß selbstverständlich nach Erledigung der Militärvorlage die Deckungsvorlagen vorgenommen werden muß. Von der Ankündigung der Konservativen hätten die Liberalen mit großem Interesse Kenntnis genommen. — Abg. Graf Westarp bestritt, irgendeine Obstruktion angekündigt zu haben, aber die Deckungsfrage müßte geklärt werden, ehe an die Verabschiedung der Militärvorlage gedacht werden kann. — Schafheitreich Kuhn gab nunmehr namens der Regierung die Erklärung ab, daß sie mit aller Entschiedenheit die gleichzeitige Verabschiedung der Militär- und Deckungsvorlagen fordere. — Abg. Gräber betonte, beide Vorlagen sind eine Einheit und müssen gemeinsam verabschiedet werden. Es wäre im Volksinteresse bedauerlich, wenn die Vorlagen unabhängig voneinander erledigt würden. Die aus Sozialdemokraten, Nationalliberalen und Volksparteilern bestehende Kommissionmehrheit beschloß hierauf, jetzt nicht in die Beratung der Deckungsvorlage einzutreten, sondern die zweite Lesung der Militärvorlage zu erledigen. Nunmehr gab Abg. Gräber namens des Zentrums die folgende Erklärung ab:

„Die Zentrumsfraktion hält entschieden und geschlossen an dem Grundsatze fest: Keine Ausgabebewilligung ohne Deckung. Unsere Abstimmungen in der Kommission, in der gegen unseren Willen vor einer Entscheidung über die Deckungsfrage vorgenommenen zweiten Lesung der Wehrvorlage können daher nur

vorläufig sein. Eine Verabschiedung der Wehrvorlage ist der Zentrumsfraktion erst möglich nach der Entscheidung über die Deckungsfrage. Unsere Stellungnahme zur Wehrvorlage wird abhängen von der Art und Weise der Lösung der Deckungsfrage.“

Unsere Genossen forderten, daß auch der Reichszangler den Kommissionsverhandlungen beiwohnt. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Volksparteiler und Polen wurde diese Forderung abgelehnt. Es begann die

zweite Lesung der Militärvorlage.

Mit großer Lebhaftigkeit trat der Kriegsminister für Bewilligung der drei gestrichenen Kavallerieregimenter ein, wogegen sich Genosse Roske in energischer Weise wandte. Die Kommission hätte die Pflicht, noch einmal eingehend die Frage zu erörtern, ob überhaupt die ganze Militärvorlage mit wirklichen Gründen verteidigt werden könne. Die „Gefahr“ eines festbegründeten Balkanbundes ist beseitigt, und von der russischen Gefahr könne doch ernstlich nicht gesprochen werden. In Frankreich zeige die Haltung eines Teiles der Armee, wie großen Unwillen auch dort die Rüstungsmahregeln hervorgerufen haben. Die deutschen Vorlagen veranschaulichen nur die politische Situation. — Abg. Müller-Reiningen bekämpfte gleichfalls die Bewilligung der gestrichenen drei Regimenter. Wenn die Militärverwaltung diesmal den Wünschen des Reichstags in bezug auf militärische Reformen nicht Rechnung trägt, werden die Volksparteiler in Zukunft die Konsequenzen ziehen, zwar nicht durch Streichungen, die die Sicherheit des Reiches gefährden könnten, sondern durch solche, die empfindlich die Verwaltung treffen müssen. — Für die sechs Kavallerieregimenter sprachen noch General Wandel, der bayerische General Wanninger und Baffermann, während Genosse Ledebour sie lebhaft bekämpfte. — Die jetzige Dislokation der Kavallerie begründete der Kriegsminister mit dem Umstand, daß Deutschland gegebenenfalls den Kampf nach zwei Fronten führen müsse, Frankreich und Rußland aber nur nach einer Front zu festen brauchen. — Gegen eine Bemerkung des Ministers, die französischen Rüstungen seien nicht durch die deutschen hervorgerufen worden, sondern umgekehrt, betonte Genosse Frank, daß diese Behauptungen ganz falsch seien. Wenn der Minister sich auf den französischen Sozialisten de Presseffé dabei berufen habe, so mit Unrecht, denn Presseffé habe auf dem französischen Parteitag seinen Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland an den neuesten Rüstungen die alleinige Schuld trage. Dem Minister sei es nicht gelungen, überzeugend zu erklären, warum nicht Gardekavallerie an der Grenze zur Verstärkung des Schutzes gelegt werden könne. Von der Regierung muß jetzt gefordert werden, ihre Stellung zu den von der Kommission zwecks militärischer Reformen angenommenen Resolutionen zu präzisieren, z. B. zur Frage des Militärverbot. Wie stellt sich die Regierung zur Reform des Militärstrafrechts?

Der Kriegsminister betonte, er sei gar nicht imstande, ohne Beschlußfassung des Bundesrats Erklärungen abzugeben. Persönlich habe er schon vielfach seine Sympathie ausgesprochen. Genosse Haase legte eine gedruckte Liste vor, die in Königsberg i. Pr. in den Kasernen an die Soldaten verteilt werden und die Namen von 150 Geschäftsleuten enthalte, über die der Militärboykott verhängt worden ist. Geschäftsleute werden allein deshalb ruiniert, nur weil sie im sozialdemokratischen Blatte inserieren, oder weil Arbeiter ihre Möbel dort kaufen. Ein solcher Terrorismus sei nicht nur verfassungswidrig, sondern auch eine unerhörte Brutalität, die das deutsche Volk sich unmöglich noch länger gefallen lassen darf. Presseffé hat ausdrücklich erklärt, das französische Volk denke nicht an einen Angriff gegen Deutschland. Nach der Berner Konferenz ist kein Zweifel mehr darüber, daß die französischen Militärvorlagen im Parlament abgelehnt würden, wenn nicht die deutschen Rüstungsvorlagen da wären. — Der Kriegsminister erklärte, sobald ihm Material in der Volkstotfrage vorgelegt wird, in eine genaue Prüfung einzutreten. — Abg. Müller-Reiningen fordert eine bindige Erklärung wegen des Militärboykotts. — Genosse Schöpflin forderte vom Minister eine bindige Erklärung, ob er bereit ist, auf die Korpskommandeure im Sinne einer Aenderung des Militärboykotts einzutreten. — Genosse Frank wünschte Auskunft, wann der Kriegsminister Erklärungen abgeben will. Das Wichtigste sei, die Verhandlungen zu verlagern, damit der Minister Erklärungen formulieren kann. — Der Kriegsminister betonte, er könne einen Zeitpunkt nicht angeben, weil er erst mit den anderen Instanzen sprechen müßte. — Genosse Südekum stellte fest, daß der Minister sich weigert, in der Volkstotfrage Rede zu halten, obwohl er leicht in der Lage wäre, bessernd eingreifen zu können. — Dem Grafen Westarp gehen die Erklärungen des Ministers weit genug, gegen die Vertagung spreche er sich entschieden aus. — Der sächsische General v. Reichdorf gab Auskunft über die Art, wie in Sachen des Militärverbot gehandhabt wird. Von einem militärischen Boykott könne keine Rede sein. — Genosse Gradnauer erklärte, es sei sehr wohl möglich, die Handhabung des Militärverbots in Preußen dem sächsischen Beispiel anzupassen, das keineswegs ein Lebenswertes sei, aber doch wesentlich gegen die preussische Praxis absteht. Jetzt muß auf eine Aenderung gedrungen werden. Ist erst die Vorlage angenommen, bleiben die Wünsche des Reichstags unberücksichtigt. — Da das Zentrum sich an dieser Debatte gar nicht beteiligte, verlangte Genosse Ledebour vom Zentrum, seine Haltung nunmehr zu präzisieren. Früher habe das Zentrum die gleichen Wünsche wie die Sozialdemokraten erhoben. — Abg. Gräber betonte, das Zentrum teile auch heute noch die frühere Auffassung. — Genosse Roske forderte einen Nachweis für die Notwendigkeit der Ver-

mehrung der Bioniertruppen, den General Wandel gab. Der von unseren Genossen gestellte Verfassungsantrag wurde abgelehnt, ebenso gegen 11 Stimmen der konserervative Antrag sechs Kavallerieregimenter zu bewilligen. Das Zentrum stimmte getrennt. Damit ist die zweite Lesung der Militärvorlage beendet.

Zur Beratung standen noch einige Anträge zum Ergänzungsetat. Der Antrag, der die Familien, von denen drei und mehr Söhne militärischen Dienst tun, für jeden weiteren Sohn eine jährliche Entschädigung von 240 K. verlangt, wurde einstimmig angenommen.

Zur Berichterstattung im Plenum wünscht Graf Besta, daß der Berichtsteller auch die Stellungnahme der Parteien sowie der Regierung zur geschäftlichen Behandlung der Vorlagen mitteilt. Er wünscht auch, daß bei Berücksichtigung der Militärvorlage im Gesetz ausgesprochen werden muß, daß die Ausgaben nicht vorläufig durch Anleihen bestritten werden dürfen. — Schatzsekretär Kühn erklärte nochmals, ohne Bedingung soll keine Ausgabe gemacht werden. Der Schatzanweisungskredit müsse aber erhöht werden, weil die Militärvorlage bereits 1913 in Kraft treten soll, die ersten Summen aus dem neu geforderten Steuern aber erst 1914 eintreffen. — Abg. Fischel protestierte dagegen, daß die Konserwativen versuchen, im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte materielle Bestimmungen in das Gesetz hineinzubringen. Donnerstag wird die Kommission mit der Beratung des Wehrvertrags beginnen.

Allgemeine Verdrossenheit.

Aus Wien wird uns geschrieben: Das österreichische Abgeordnetenhaus revidiert sich für das lange Schweigen, das ihm in Sachen der auswärtigen Politik auferlegt war, in umfassender Weise: es hat bei der Gelegenheit der ersten Lesung des Budgetprovisoriums eine Debatte über die äußere und innere Lage begonnen, die allem Anschein nach gute zwei Wochen dauern wird. Es sind eben in jeder Hinsicht kuriose Bemerkungen, denen sich dieses ungeschickte und schlampige Parlament hingibt. Die gegenwärtige Tagung hat am 15. Mai begonnen. Bis dahin hatte das Haus, obwohl es formell versammelt war (was sich in dem ununterbrochenen Genuß der Diäten äußerte), in den viereinhalb Monaten des Jahres ganze neun Sitzungen gehalten. Und überdies waren die Sitzungen die reinen Ländchen! Auch diese Debatte wird niemand verstehen. So nötig und nützlich es war, daß sich das Abgeordnetenhaus an die Kritik der auswärtigen Politik macht, die das Reich bis hart an den Abgrund eines Krieges geführt hat, riesenhafte Opfer forderte und doch nichts erreicht hat, so ist diese endlose Rederei, die natürlich immer mehr zur platten Wiederholung führt, wieder nur geeignet, der Abrechnung die Spitze zu nehmen und den so berechnigten Tadel im Schwall der leeren Worte zu ersäufen. Sollen doch, einem ausbrüchlichen Übereinkommen aller nur denkbaren Parteien gemäß, nicht weniger als neununddreißig Redner zu Worte kommen — was auch untraglich wäre, wenn alle diese Redner erfahrene Geister und Redekünstler wären! In dem österreichischen Abgeordnetenhaus wird eben alles übertrieben, und die unvernünftigen Leute, die es führen, ruhen nicht, bis alles zur Parodie geworden ist.

Inmerhin hat die Debatte — in der, beiläufig bemerkt, den sozialdemokratischen Rednern (Alder, Daszynski, Leuthner) die weitaus bedeutendsten Ausführungen zu danken sind, und die ihr überhaupt Glanz und Inhalt gegeben haben — eine Tatsache zutage gefördert und dem öffentlichen Bewußtsein eingepreßt: daß nämlich mit der Politik, die das offizielle Oesterreich-Ungarn gegenüber den Veränderungen auf dem Balkan eingeschlagen hat, kein Mensch einverstanden ist, daß sie von allen als schwere Verhöhnung erachtet, von allen grimmig getadelt wird. Das ist um so auffälliger, als gegen das, was die Forderung Oesterreichs war und was die Großmacht ihren Ertrag nennt, ernstlich niemand etwas einwendet: Die vernünftigen Leute aller Nationen stimmen damit überein, daß die Großmacht in die kriegerischen Ereignisse und Entscheidungen nicht eingzugreifen hatte, wie auch das autonome Albanien keinen besonderen Anfechtungen unterliegt. Dagegen ist die Empfindung allgemein, daß für einen höchst bescheidenen Effekt der größte Kräfteaufwand gebraucht wurde, daß eine geschickte, voraussehende Leitung dieses kleine Albanien auch ohne Mobilisierungen, ohne Kriegsdrohungen, ohne Vergeudung von ungezählten Millionen, ohne Verwüstung der gesamten Volkswirtschaft zuwege gebracht hätte. Und womöglich noch mehr empört ist man über die nichtsnutzigen Formen, in denen sich diese kopflose Politik gefallen hat, über die Flut von Lügen und Schwindeleien, die sich aus dem Brehbureau des Kaiserpalastes, dessen sogenannter literarischer Abteilung, durch gefällige Blätter (unter denen als eines der schuldigsten immer wieder die „Rössische Zeitung“ genannt werden muß) über Europa ergossen hat, über die Hinterwäldlerfritten, die der Berchtold'sche Brehbureau, der magyarische Herr v. Kania, in die auswärtige Berichterstattung und Polemik hineingebracht hat. Und als, um der Deffenlichkeit gleichsam zu demonstrieren, daß auf sie nicht die geringste Rücksicht genommen wird, dieser Kania nun auch eine hohe Auszeichnung erhalten hat (er erhielt den Rang eines Generals), wurden selbst die waschlappigsten Abgeordneten wütend. Man ist leider nicht in der Lage, alle Dummheiten und Anekdoten, deren sich der Kaiserpalast seit Monaten schuldig gemacht, im Detail nachzuprüfen; aber diese herausfordernde Auszeichnung des schuldigsten unter seinen Mitarbeitern, dessen moralische Beschaffenheit ja schon dadurch gekennzeichnet wird, daß er der Intimus des berühmtesten christlich-sozialen Verkünderblattes, der „Reichspost“, ist, die in Oesterreich nunmehr jeder das Reichshändelblatt nennt, die zeigt der Welt die Unerfahrenheit, die Hilflosigkeit, die Unfähigkeit des Berchtold in hellem Licht. Ein arbeitsloser Dilettant, der an Kapazität noch unter dem Beihmann Hölweg stehen wird!

So herrscht überall in Oesterreich die tiefste Verdrossenheit. Nichts gelingt mehr und überall ist man am toten Punkte gelangt. In den zwei größten Ländern, in Böhmen und Galizien, sind die Verhandlungen über einen nationalen Ausgleich zwischen den streitenden Völkern verkracht, die Landtage arbeitsunfähig und die wirtschaftliche Lage über alle Maßen betrüblich. Wird es doch als ein großer Erfolg gebucht, daß es dem Lande Böhmen gelungen ist, sich unter den drückendsten Bedingungen (7½ Prozent) bei einer nationalen Sparkasse acht Millionen Kronen auszuborgen, mit denen die Bedürfnisse der Landesverwaltung bis Ende des Halbjahres gedeckt werden können! Im Parlamente fehlt es an einer Majorität, und so gelangt das Haus niemals zur schöpferischen Arbeit und ist froh, wenn es nur das Allernotwendigste zur Beschließung bringt. Allen diesen Verfallerscheinungen sieht das Ministerium Stürgkh totenlos zu, und ist glücklich, daß das Haus der Kraft entbehrt, sich von ihm zu befreien. Es

ist, als ob der allgemeine Marasmus von einer Spitze ausginge und den ganzen Volkskörper ergreifen wollte.

Die schwarzgelbe Balkanpolitik vor dem Parlament.

Wien, 28. Mai. (S. L. B.) Das Abgeordnetenhaus setzte heute die erste Lesung des Budgetprovisoriums fort. Der tschechische Sozialdemokrat Lusa wandte sich gegen die Agrarier, welche durch ihre Wirtschaftspolitik verhinderten, daß Oesterreich eine vernünftige Politik gegenüber den Balkanstaaten treibe. Da der Redner auch die Krone und den Thronfolger in die Debatte zog, wurde er vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen, ebenso wegen Äußerungen gegen das Herrenhaus. Der Obmann des Polenklubs, Leo, erklärte, der Polenklub wünsche, daß der Finanzplan vor den Sonnerferien Gesetzkraft erlange. In Besprechung der auswärtigen Lage erklärte Leo, daß die erzielten Erfolge im Verhältnis zu den gebrachten Opfern ständen, zumal die Befürchtung bestehe, daß die gegenwärtige Lösung keine Sicherstellung des europäischen Friedens für eine längere Zeitepoche gebracht habe. Das polnische Volk sehe die nationale Ehre in der Monarchie gewahrt und werde deshalb, sollte es einst zum entscheidenden Kampfe zwischen der Monarchie und seinem nördlichen Nachbarn kommen, seine staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen, der Redner wurde beglückwünscht.)

Politische Uebersicht.

Die Reichs- und Staatsangehörigkeit.

Aus dem Reichstage. Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort. Noch immer gilt diese prägnante Kennzeichnung des unerträglichen Stillstandes, Krebsganges oder — im günstigsten Falle! — langsamen Schrittes der Gesetzgebung. Was einstmal vor Jahrzehnten oder Jahrhunderten unter ganz andern gesellschaftlichen Bedingungen und zu ganz anderen Zwecken geschaffen worden ist, das gilt als unantastbares Gesetz auch dann noch, wenn seine der Voraussetzungen mehr zutrifft und wenn die kulturellen Zwecke ganz andere geworden sind. Immer finden sich reaktionäre Verwaltungsvirtuosen, spitzfindige Gesetzesausleger, die den überlebten Rechtsgrundsätzen von Anno dazumal reaktionäre Vorteile abzugewinnen wissen, und die deshalb mit Händen und Füßen das Alte festzuhalten suchen.

Gelegentlich freilich sind die gesellschaftlichen Veränderungen so stark geworden, daß sie einfach aus eigener Machtvollkommenheit die engen Bande überholter Gesetzesbestimmungen sprengen, so daß sich selbst die reaktionärste Regierung genötigt sieht, durch neue Bestimmungen den neuen Verhältnissen ihre Reverenz zu erweisen. Aber wenn dies wirklich einmal geschieht, so gehen unsere deutschen Regierungen, nicht zuletzt die Reichsregierung, so jaghaft zu Werke, so suchen sie das Alte so ängstlich zu konservieren, daß ihr Reformveruch klägliches Stüßwerk und Klüftung bleibt.

Das gilt auch von dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetze, das dem gegenwärtigen Reichstage als eine der wichtigsten neuen Gesetzesvorlagen von der Regierung übergeben worden ist. Die Vorlage stand am Mittwoch zum zweiten Male im Plenum zur Beratung, nachdem eine Kommission seit mehr als Jahresfrist daran gearbeitet hat. Unser Genosse Landsherg, der als erster Redner zu Wort kam, legte in gründlich durchgearbeiteter Rede, die in jedem Satz den genauen Kenner der Sache verriet, die Halbheit und Unzulänglichkeit der Reform dar. Zwar hat die Kommission, vorwärts getrieben durch die eifrige Mitarbeit unserer Genossen, die Regierungsvorlage zu verbessern gesucht. Aber die bürgerliche Mehrheit ist doch auf halbem Wege stehen geblieben. Zu einer durchgreifenden Besserung der unzutraglichen Zustände hat sie nicht den nötigen Mut gehabt.

Das Prinzip der unmittelbaren Reichsangehörigkeit ist nicht durchgeführt worden. Die bisherige Souveränität des einzelnen Bundesstaates auf dem Gebiete der Einbürgerung ist — ein unseugbarer Rückschritt! — beseitigt worden. Die Gleichberechtigung der Frauen ist nicht beschloffen worden, sie werden nach wie vor auch in dieser Frage als Anhänger der Männer betrachtet. Die Erleichterung des Zwecks einer anderen Staatsangehörigkeit ist nicht zustande gekommen. Den Ausländern soll es auch in Zukunft so schwer wie möglich gemacht werden, die deutsche Reichsangehörigkeit zu erwerben, und zwar lediglich aus Angst vor unangenehmen politischen Gesinnungen, die vom Auslande eingeführt werden könnten. An der unerhörten Behandlung der Staatslosen wird auch in Zukunft nicht viel geändert werden, so daß besonders die Dänen nach wie vor unter der preussisch-deutschen Intoleranz zu leiden haben. Nicht minder schlecht werden es in alle Zukunft hinein die Ausländer jüdischer Konfession haben, die man sich gern vom Halse halten will. Der Kaufmann der „Besaholienheits“bestimmung soll auch fernerhin der Willkür reaktionärer Verwaltungspraxis die nötige Bewegungsfreiheit geben. Mit Recht fragte angesichts so vieler Unzulänglichkeiten Genosse Landsberg: sind die Menschen der Gesetze und Verträge wegen da oder die Gesetze und Verträge der Menschen wegen?

Eine Antwort hat er darauf nicht erhalten. Die bürgerlichen Redner redeten um die entscheidenden Punkte herum. Sie sind bei ihrer ganzen Verfassung schon zufrieden, wenn nur überhaupt etwas zustande kommt. Wir Sozialdemokraten sind nicht so bescheiden und werden deshalb von Paragraph zu Paragraph die unzureichende Vorlage zu bessern suchen.

Aus dem Seniorenlouvent des Reichstags.

Der Seniorenlouvent des Reichstags beriet am Mittwoch über die Einteilung der Geschäfte in nächster Zeit. Da in der kommenden Woche von den verschiedenen Parteien Abgeordnete, die als Wahlmänner bei den preussischen Landtagswahlen fungieren, nicht anwesend sein können, kam man überein, daß nicht nur am 2. und 3. Juni die Sitzungstage ausfallen, sondern, daß die ganze Woche vom 2. bis 9. Juni frei bleibt. Am 10. Juni soll dann die zweite Lesung der Militärvorlage im Plenum beginnen. Es sollen auch bald Wahlprüfungen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Ferner entschied sich der Konvent dahin, daß die Budgetkommission künftig von 10 bis 3 Uhr tagen soll, um mit den Arbeiten vorwärts zu kommen, und daß dann die Plenarsitzungen um 2 Uhr beginnen.

Der Luftmilitarismus als Gründungsobjekt.

Während die Riesengewinne aus den Kanonen- und Panzerplattenlieferungen bei uns nur einigen Monopolfirmen zugute kommen, ist auf dem Gebiete des Luftmilitarismus eine wilde Konkurrenzjagd unter den bereits so zahlreichen Firmen entbrannt. Und da die

neue Wehrvorlage so riesige Summen für Luftballons und Flugmaschinen vorsieht, werden fast täglich neue Flugfabriken gegründet. Und das diese Gründer genau wissen, wie sie's zu machen haben, bewies unlängst eine Annonce in einem vielgelesenen Blatte, worin eine solche Flugzeugfabrik einen ehemaligen Offizier mit guten Verbindungen als gutbezahlten Angestellten suchte.

Jetzt soll nun wieder ein neues Flugzeugunternehmen größtem Stiles gegründet werden. Es nennt sich „Atlaswerke“ und soll außer dem Flugzeugbau auch den Automobilbau aufnehmen. 2½ Millionen für das Unternehmen sind, wie ein Prospekt mitteilt, bereits zugesagt, doch soll das Kapital der Gesellschaft möglichst gleich zu Anfang auf 6 Millionen gebracht werden. Dem Gründungsausschusse gehören Männer mit klingendem Namen an, so der Graf von Pasa-dowski-Wehner, Graf von Sajn-Wittgenstein und der Major z. D. Pariseval. Von Parlamentariern gehören zu den Gründern und späteren Aufsichtsratsmitgliedern der Reichstagsabgeordnete von Böhmendorff-Röppin und der unvermeidliche Detavio v. Jedlig.

In dem Prospekt nun findet sich folgender vielversprechender Passus: „Das Flugzeug hat sich über das Niveau des reinen Sportobjekts hinausgehoben und ist ein notwendiges Bedarfsstück aller modernen Armeen und Marinen geworden. Auch die Technik des Flugzeugbaues ist nunmehr in Bahnen gelenkt, welche eine sehr gewinnbringende Fabrikation versprechen. Bestellungen sind bereits in sichere Aussicht gestellt.“

Ist das nicht reizend? Noch ist die Gründung nicht einmal sichergestellt, noch liegt nicht der leiseste Anhalt dafür vor, wie die Fabrikate der „Atlas-Werke“ überhaupt ausfallen werden — und schon sind die hochmögenden Herren des Gründungsausschusses in der Lage, den Herren Aktionären eine „sehr gemüthbringende“ Fabrikation von Armeeflugzeugen auf Grund amtlicher Zusicherungen zu garantieren!

Wenn aber erst einmal die Sechsmillionen-Gründung zustande gekommen ist, werden die einflußreichen Herren des Gründungsausschusses erst recht alles aufbieten, um dem Werke auch dauernde profitable Lieferungen zu sichern. Die Flugzeugindustrie wird dann das Kapital vergrößern, das ewig hegt, Unruhe stifftet und zu neuen Wehrvorlagen treibt, um den interessierten Dividende- und Lantieme-Schludern auch immer neue und immer fettere Gewinne zu sichern!

Noch einmal Deutschritter und „Deutsche Tageszeitung“.

Es ist ein eigenes Ding um die agrarische Gesichtsauffassung. Vor einigen Jahren hat ein bündlerisches Blatt, wenn wir nicht irren, die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“, die Umdeutung gemacht, daß die Deutschritter lediglich in Romwehrlid sich befinden, wenn sie die „Pfefferküde“ auf den Landstrahlen aufgriffen und etwas erleichterten. Die Ritter hätten nämlich in jenen Zeiten die Wege leicht gehabt und die Kaufleute hätten mit ihren schweren Wagen die Wege zu schanden gefahren, zu deren Wiederherstellung sie nichts hätten beitragen wollen. Dieser wissenschaftlichen Leistung stellt sich die rührende Erzählung der „Deutschen Tageszeitung“ von den in vollster Uneigennützigkeit für Deutschtum und Kultur tätigen Ordensrittern würdig zur Seite. Die Sympathie des agrarischen Blattes für den Orden rührt wohl daher, daß dieser den Agrariern vorgemacht hat, wie man durch den Export ungeheurer Getreidemengen in das Ausland Reichthümer erwerben kann (die Einfuhrschmelze, die dabei ganz besonders förderlich sind, hat er allerdings nicht erfunden), und daß er sich auf das Fällchen ebenso gut verstanden hat, wie die agrarischen Historiker. Den Getreidehandel betrieb der Orden auf Grund eines Privilegs des Papstes, worin ihm ausdrücklich verboten war, den Handel „um des Gewinnes willen“ zu betätigen. Die das Privileg verbriefende Urkunde ging sehr bald verloren; nur eine Abschrift von ihr war im Besitze des Ordens geblieben, in der merkwürdigerweise die päpstliche Bedingung nicht enthalten war. Und der Orden betrieb fortan kräftig Handel „um des Gewinnes willen“. Zu der Herrschaft über das polnische Land ist der Orden durch einen ihm günstigen Schiedsspruch gelangt, den er durch eine gefälschte Urkunde erschlischen hat. Der Orden hat, wenigstens in späteren Jahren, so wenig Interesse an der Verbreitung des Christentums gehabt, daß ihm die Befehlung der heidnischen Litauer, die samt ihrem Herzog Withold Christen wurden, durchaus nicht recht war. Dürfte er doch nun seine Maßstäbe in kaiserliches Land unter der Firma von Befehlungs- jagen mehr machen. Er durfte sie nicht machen, aber er unternahm sie doch trotz scharfer päpstlicher Verwarnung. Und was war die Ursache der Niederlage des Ordens im Kampfe mit den Polen? Der Abfall des deutschen Adels und der deutschen Städte von Pommern (Westpreußen), die die Polen ins Land riefen, weil sie die Willkürherrschaft des Ordens, dessen Mitter das Land ausfüllten, nicht mehr ertragen konnten. Ein in jener Zeit immer wiederkehrender Vorwurf ist, daß die Ritter, wenn sie sich verheiratete Frauen gefügig machen wollten, vor der Ermordung ihrer Männer nicht zurückschreckten. So arbeiteten sie uneigennützig für deutsche Kultur.

An welchen geschichtlichen Tatsachen wird wohl die nächste agrarische Korrektur vorgenommen werden?

Die Religion im Dreiklassen-Wahlkampfe.

Nicht nur in den sterilen Gegenden, wo S. M. der Kaplan unumschränkter Herrscher ist, spielt die Religion in allen politischen Kämpfen als Argument der Reaktion eine hervorragende Rolle, sondern namentlich auch im heiligen Rudertale, den Gefilden des Elberfeld-Parmer Industriegebiets, allwo sich mehr religiöse Setten befinden, wie sonst im ganzen Deutschen Reiche zusammen. Die meisten dieser Setten bekümmern sich nur bloß um ihr Seelenheil und meinen im übrigen, daß Beschäftigung mit der Politik kein Gewinn für's ewige Leben sei. Die Konservativen in Elberfeld-Parmer, welche diese Armen im Geiste nun gern für ihre Zwecke gelapert hätten, versuchten nun den Wuppertaler Gotteskindern klar zu machen, daß das Dreiklassenwahlrecht eigentlich für sie erfunden sei. Das taten sie, indem sie jedem Bruder folgendes recht bezeichnende Flugblatt zustellten:

Der Christ und die Landtagswahl.
Es gibt leider Christen, welche gegenüber allen politischen Wahlen eine gewisse Zurückhaltung beobachten, weil sie meinen: Das geht uns nichts an. Der Heiland aber meint, daß uns das sehr viel angeht, wenn er sagt: Ihr seid das Salz der Erde; ihr seid das Licht der Welt. Zugegeben einmal, daß wir Christen die Dinge in unserem Vaterlande doch nicht ändern könnten, bliebe uns dann nicht trotzdem die Pflicht, auch im öffentlichen Leben ein Zeugnis für die Wahrheit des Christentums abzulegen? Gläubige Christen haben eine Zeugnispflicht, nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Leben. Im Gegensatz zu der Reichstagswahl ist die Landtagswahl öffentlich. Schon aus diesem Grunde wird für gläubige Christen das Wahlrecht zur Wahl-

pflücht. Nichts hat der Heiland härter gelabelt als Neutralität, als Lauheit, als Stimmenthaltung. Er kannte keine Gleichgültigkeit, auch nicht in politischer Beziehung. Er hat gesagt: Weht dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. Wir bekunden durch unsere Stimmabgabe für die christlichen Kandidaten, daß wir alles Heil, auch für unser Vaterland, allein erwarten von der Kraft des Evangeliums und dem Kreuz auf Golgatha.

Die Bedeutung des Abgeordnetenhauses wird in weiten Kreisen sehr unterschätzt, ganz zu unrecht. Gerade im Landtag kommen die Fragen zur Behandlung, die in unseren Tagen brennender geworden sind denn je, nämlich die großen Weltanschauungsfragen. Sollen denn in dem Kampf um Kirche und Schule die Vertreter des biblischen Christentums überhaupt nicht mehr gehört werden? Sollen Schule und Kirche bedingungslos dem Unglauben, dem Halbglauen ausgeliefert werden? Der Liberalismus hat jedenfalls bewiesen, daß er weder fähig noch willens ist, der Sache des ungebrochenen, allen biblischen Evangeliums in Kirche und Schule zur Anerkennung zu verhelfen.

Von unseren Kandidaten, den Herren Dr. de Weerth und Janssen aber wissen wir, wie sie zu dem Evangelium stehen. Die kirchlichen Kämpfe der letzten Jahre haben uns gezeigt, was wir zu erwarten haben, wenn der Liberalismus innerhalb der Landesliste zum Siege kommt.

Diese Möglichkeit aber rückt um so näher, je mehr der Liberalismus in der Politik und Gesetzgebung bestimmend wird. Darum hat jeder bewußt gläubige Christ die heilige Pflicht, bei der bevorstehenden Wahl nur solche Wahlmänner zu wählen, welche für die Anhänger der christlich-biblischen Weltanschauung, unsere Landtagskandidaten Dr. de Weerth und Janssen eintreten.

Hier Schwert des Herrn und Sideon!
Tönt unser Schlachtfeld.
Der treu bewährte Gottessohn,
Er steht uns selber bei.

Amüßant ist es vor allen Dingen, wie die Konservativen (das Flugblatt trägt die Druckfirma des konservativen Blattes) den armen Teufeln, die von nichts anderem etwas verstehen, als von ihrer Religion, weiszumachen versuchen, daß im Dreiklassenhaufe, das zu drei Vierteln aus Junkern und Pfaffen besteht, die Religion in Gefahr sei. Uebrigens, Christus als Vertreter der öffentlichen Stimmabgabe ist eine ebenso frivole Gotteslästerung wie das ganze Gebahren der frommen Rächer, die im Zeichen des Kreuzes von Golgatha ihre politische Bauernfängerrei im Dreiklassenwahlkampf betreiben. Herr Weismann Hollweg möge sich diese konservative Flugblatt in seine Wappe heften, falls er die Absicht haben sollte, mal wieder über das Thema Sozialdemokratie und Gotteslästerung zu reden.

Die Erste elsass-lothringische Kammer will auch kein Ausnahmengesetz.

Die Erste Kammer des elsass-lothringischen Parlaments nahm am Mittwoch Stellung zu den Diktaturverordnungen der Regierung. In einer Resolution, die von 19 Abgeordneten unterzeichnet war, wurde zunächst das Treiben der Nationalisten verurteilt und ferner gesagt, die Kammer sei der Ansicht, daß es dem gesunden Sinne der großen Mehrheit der Bevölkerung und dem kaiserlichen Statthalter, zu dem die Kammer volles Vertrauen habe, auch ohne außerordentliche Maßnahmen gelingen würde, die von einer kleinen Gruppe ausgehenden Störungen der fortschrittlichen Entwicklung des Landes zu überwinden, und daß daher die Kammer die Regierung erlaube, von der Weiterverfolgung ihrer Absicht, Ausnahmestimmungen bezüglich der Press- und Vereinsgesetze herbeizuführen, Abstand zu nehmen, zumal diese auch in lokal gesonnenen Kreisen der Bevölkerung eine große Erregung hervorgerufen haben.

In der Debatte erklärten alle Redner, mit Ausnahme des Professor Laband, daß die Maßnahmen große Befürzung in alldeutschen Kreisen hervorgerufen haben, und daß ferner die Bevölkerung Mannes genug sei, sich der Bestrebungen der nationalistischen Chauvinisten, an deren Existenz die Regierung nicht unschuldig sei, zu wehren. Die geplanten Maßnahmen seien gerade für Elsass-Lothringen verwerflich. — Die Antwort der Regierung war, daß sie, trotzdem das ganze Land ihr Vorgehen verurteilt, in ihrem Weg keinen Schritt zurückmacht. Die Gesetzesvorlage soll keine Diktaturmaßnahme sein, sondern lediglich für einzelne Blätter und Vereine eine Warnungstafel bedeuten. — Recht lebhaftige Klagen führte der Wahlmännchen der Regierung, der vom Kaiser ernannte Justizrat Naland, dem die Regierung zum Dank für seine Arbeit nachher den Nationalisten gegenüber deklamirte hat.

Das Volkswort der Regierung gegenüber der Zweiten Kammer, die kaiserliche Erste Kammer, nahm dann die Resolution, die sich gegen die Regierungsmassnahmen ausspricht, mit allen gegen fünf Stimmen an.

Arbeiterpolitik im Württembergischen Landtage.

Nach mehrtägiger Debatte über die Arbeiterpolitik der Eisenbahnverwaltung Württemberg kam es am Dienstagmorgen in der Zweiten Kammer zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Der Kampf ging hauptsächlich um zwei sozialdemokratische Anträge, um die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den Werkstätten der Eisenbahnverwaltung sowie um den freien Sonnabendnachmittag in den Eisenbahnbetriebswerkstätten und Maschineninspektionen. Beide Anträge wurden abgelehnt. Bauernbund, Zentrum, Nationalliberale und Volkspartei arbeiteten Hand in Hand, um die Anträge zu Fall zu bringen. Von der Zentrumsfraktion stimmten drei Arbeiterssekretäre — der Wien kann nicht, der Wien muß — für die Anträge: nur ein von den Zentrumsgroßen unsonst behandelte Schuhmachermessei trat seiner Fraktion den Torst an, für die sozialdemokratischen Anträge zu stimmen. Ein paar Volksparteiler schlossen sich zögernd an, als sie sahen, daß ihre Stimmen eine Mehrheit doch nicht zustande bringen konnten.

Ein harmloser Antrag, der die Regierung erucht, für die Arbeiter der Eisenbahnverwaltung überall da, wo der Betrieb es gestattet, einen früheren Arbeitschluss an den Sonnabend-Nachmittagen unter Gewährung des vollen Lohnes einzuführen, fand endlich Gnade vor den Augen dieser Mehrheit. Drei Tage floßen sie von Arbeiterfreundlichkeit über — und am vierten lehnen sie jede durchgreifende Maßnahme zur Verbesserung der Lage der Arbeiter ab. Das ist bürgerliche Arbeiterpolitik!

Neuglückliche Seelen.

Der Schreck über die wuchtigen StraßenDemonstrationen der Stuttgarter Arbeiterschaft steht dem Bürgertum noch immer in den Knochen. Man denke: um Mitternacht heben sich ein paar Tausend Arbeiter vor die Villa des preussischen Gesandten und demonstrieren dort für ein freies Wahlrecht in Preußen — und die hohe Polizei wachte nichts davon, bis die Parzellier durch die stille Nacht drauf und das ganze Viertel in Aufruhr bringt. Dann die Demonstration gegen die Fleischsteuer! Die Polizeimannschaft der ganzen Stadt alarmiert, kampfbereit formiert — und in wenigen Minuten ist der Schloßplatz von über 10000 Arbeitern besetzt. Reden werden gehalten, Kampflieder gesungen, daß die Fenster des Igl. Schlosses klirren und das Festmahl des Königs und anderer

Herrschaften im Neuen Hoftheater die empfindlichste Störung erleidet! Und das schönste in Cannstatt! Am Tage vor Königs Geburtstag wird ein böser Pressfänger, Dr. Thalheimer, aus dem Gefängnis entlassen. Eine große Menschenmenge geleitet ihn zur Wohnung. Immer mehr Volk schließt sich an. Die Polizei meint, das seien patriotische Demonstranten, die den Japsenfreich zu Ehren des Königs vergrößern wollen. Und sie wundern sich nicht wenig über so viel patriotisches Volk, die Hüter der öffentlichen Ordnung. Bis vor dem Hause des Pressfängers unter altes Kampflied angestimmt wird und die Menge begeistert mitsingt. Das war eine böse Ueberraschung!

Schon nach der gewaltigen Demonstration gegen die Fleischsteuerung hatte der von Mäntchen bezogene Herr Polizeidirektor gedroht, daß man nunmehr andere Maßnahmen gegen Demonstranten zur Anwendung bringen werde. Allgemein hatte man darunter die Mobilisierung des Militärs verstanden. Bald sicherte aber durch, daß der Herr Polizeidirektor v. Bittinger noch Größeres plane. Zunächst wurde die Schugmannschaft mit Revolvern bewaffnet. Aber was sind Revolver im mörderischen Kampf mit vielen tausenden Ruten! Also Gewehre her! Ganz heimlich wurden aus dem Militärdepot in Ludwigsburg Gewehre nach Stuttgart geschafft, ganz heimlich, damit niemand vor der Zeit erfahre, welche furchtbare Waffe die hohe Polizei nunmehr in Bereitschaft habe. Drei Tage später konnte der Vorsitzende der Stuttgarter Parteioorganisation den Mobilisierungsplan der Polizei und ihre Rüstungen dem verehrlichen Publikum mitteilen. Die Nachricht stieß zunächst auf ungläubiges Staunen. Unsere brave Stuttgarter Schugmannschaft, zum großen Teil biedere Familienväter, mit dem fürchterlichen Schießgewehr auf dem Buckel gegen die Stuttgarter Bevölkerung auf blutigen Krieg ausziehend? Undenkbar!

Aber die Mitteilung stimmte doch! In einer der letzten Sitzungen der Polizeidirektion der Stuttgarter Gemeindeverwaltung fanden die Bestimmungen über den Waffengebrauch der Schugmannschaft zur Beratung. Darin steht auch geschrieben, daß die in Verwendung des Kommandos der Schugmannschaft befindlichen Gewehre nur in außerordentlichen Fällen zur Anwendung gelangen sollen. Was für außerordentliche Fälle das sind, wissen die bürgerlichen Parteien genau. Und darum haben sie auch alle bis zur Volkspartei diesen Bestimmungen ihren Segen gegeben! Gebt nun der liebe Gott, daß diese Gewehre sich als Heilmittel gegen die Demonstrationen der Arbeiterschaft bewähren. O diese ängstlichen Seelen!

Das Ende des Balkankrieges.

Der Druck der Mächte auf die Friedensdelegierten.

London, 28. Mai. Die Presse beider Parteien spricht einstimmig ihre Zustimmung zu den Erklärungen aus, die Sir Edward Grey gestern den Friedensdelegierten gemacht hat. Die „Times“ schreiben: Wir zweifeln nicht, daß dieser energische Schritt eine heilsame Wirkung auf die Staaten haben wird, die bisher Entschuldigungen wegen des Aufschubes vorgebracht haben. Jetzt sind sie im Besitze der Entscheidung Europas, und sie wissen, daß diese unwiderruflich ist. Die kalte Dusch, die der Beschluß der Vorkonferenzen und die folgenden Worte des Staatssekretärs den Vertretern der widerspenstigen Regierungen verabsolgt haben, verursacht ihnen vielleicht einen Augenblicklichen Schreck. Aber wir sind sicher, daß sie ihnen gut tun wird. Europa handelt tatsächlich ebenso in ihrem besten Interesse als in dem eigenen. Friede mit der Türkei und ein billiger und vernünftiger Ausgleich unter einander ist für sie absolut notwendig. Der Friede ist die Vorbedingung für den Ausgleich. Das Blatt fährt fort: Wir glauben, daß sie sowohl den Frieden wie den Ausgleich wollen, aber sie haben bewiesen, daß sie keinen von beiden aus eigener Kraft erreichen können, und da sowohl der Friede wie auch der Ausgleich für die Dauer der diplomatischen Ruhe Europas unentbehrlich ist, so ist es das Recht und die Pflicht Europas, sie mit fester Hand zu diesem doppelten Ziel zu führen.

„Daily News“ schreibt: Staatssekretär Grey hat gestern mit seinen Erklärungen an die Friedensdelegierten dem allgemeinen Empfinden des Publikums Ausdruck gegeben. Es ist Zeit, daß Griechenland und Serbien einsehen, daß die Geduld Europas erschöpft ist. Es besteht eine wachsende Entrüstung gegen ihre Politik, die ein besonders unerfreuliches und unheilvolles Aussehen hat. Wir hoffen, daß dieses nachdrückliche Auftreten der Mächte dem unziemlichen Spiel der Balkanstaaten ein Ende machen und daß zunächst einmal der Friedensvertrag von allen kriegführenden Parteien ohne Aufschub unterzeichnet wird.

Nach anderen Meldungen aus London wird angenommen, daß die Friedenspräliminarien am Freitag unterzeichnet werden.

Die serbisch-bulgarische Verständigung.

Belgrad, 27. Mai. Das Regierungsorgan „Sobornik“ enthält in einem „Am schicksalsschweren Scheidewege“ betitelten Artikel, Serbien habe im Interesse des Balkanbundes seine vertragsmäßigen Verpflichtungen verdoppelt, während Bulgarien nicht einmal seine vertragsmäßigen Verpflichtungen erfüllt habe. Nach den gegenwärtig besetzten Gebieten würde Serbien ein Territorium von insgesamt 85000 Quadratkilometern, Bulgarien aber 15000 Quadratkilometer erhalten. Trotzdem weide Serbien seinem Schwesterstaate Bulgarien die Vergrößerung nicht, es müsse aber an die Bewissenhaftigkeit und Ehre seines Verbündeten appellieren, damit die von ihm gedrohten Opfer anerkannt würden. Niemand habe das Recht, von Serbien, selbst unter Berufung auf die Notwendigkeit der Erhaltung des Balkanbundes, zu verlangen, daß es auf seine territoriale Unabhängigkeit und auf die Sicherheit friedlichen Lebens innerhalb seiner Grenzen verzichte. Am allerwenigsten könne es zu einer solchen Erniedrigung durch einen Vertrag gezwungen werden, der von der zweiten Vertragspartei eigenmächtig abgeändert wurde, indem sie sich von den eigenen Verpflichtungen löst. Serbien aber doppelte Verpflichtungen und doppelte Opfer auferlegte. Das sei ein Unrecht, vor welchem Serbien sich ohne Zwang nicht beugen könne. Dessen wüßten die Freunde Serbiens und des Balkans eingedenk sein.

Ablösung österreichischer Rekruten.

Wien, 28. Mai. Im Hinblick auf die lange Dauer der Erhöhung des Bestandes der in Bosnien, der Herzegowina und in Dalmatien bilogierten Truppen hat der Kaiser, wie die „Militärische Rundschau“ meldet, angeordnet, daß die ältesten Reserve- und Ersatzreservebejahrgänge (1902 bis 1905) und die meistbegünstigten Ersatzreserveisten (Familienverhalter und einzige Söhne) aller Jahrgänge, die seinerzeit zur Ergänzung des Truppenbestandes in Bosnien, der Herzegowina und in Dalmatien einberufen worden waren, soweit Ersatzmannschaften verfügbar sind, durch jüngere Reservebemannschaften und nichtbegünstigte Ersatzreserveisten abge- löst werden. Diese Verfügung ist einerseits aus der Erwägung hervorgegangen, daß die auswärtige Lage ein Verabgehen in den Beständen in Bosnien, der Herzegowina und in Dalmatien nicht

möglich erscheinen läßt, andererseits aus dem Bestreben, den bereits seit mehreren Monaten in aktivem Dienst stehenden die Rückkehr zu ihren Familien zu ermöglichen. Eine an sich wünschenswerte gleichzeitige Entlassung aller Reserve- und Ersatzreservebemannschaften wäre, auch falls die auswärtige Lage dies zuließe, schon aus Transportrückichten undurchführbar und mühte stoffelweise erfolgen.

Ungarn.

Der Panamaprozess des Ministerpräsidenten.

Budapest, 28. Mai. In dem Verleumdungsprozess des Ministerpräsidenten Sulaes gegen den Abgeordneten Joltan Desz wurden heute die Zeugen der Verteidigung vernommen. Der stellvertretende Generaldirektor der Ungarischen Bank und Handelsaktiengesellschaft Emmerich Sajda gab an, daß die Bankdirektion seinem Kollegen Paul Elek größere Beträge zu diskreter Verwendung übergeben habe, und daß er selbst mit der Kontrolle beauftragt worden sei. Elek habe sich geweigert, einen Betrag von mehr als einer Million zu verrechnen. Elek gab als Zeuge an, er habe einen drei Millionen übersteigenden Betrag für den Bahifonds gegeben, da die Ungarische Bank- und Handelsaktiengesellschaft an zahlreichen Unternehmungen der Regierung beteiligt gewesen sei. Sajda habe aus eigener Wissenschaft keine Kenntnis davon, an wen Elek diese Summe gezahlt habe. Mehrere Zeugen, darunter Graf Emmerich Karoly, Generaldirektor Sandor und Generaldirektor Vullmann erklärten, daß Elek sich vor ihnen vollkommen gerechtfertigt und die richtige Verwendung dieser Gelder nachgewiesen habe. — Zeuge Graf Julius Andrássy, früherer Minister des Innern, erklärte, er habe es abgelehnt, an der Rechtfertigungsaktion für Elek teilzunehmen, da er keine Schweigepflicht habe übernehmen wollen für den Fall, daß er von politischen Mißbräuchen Kenntnis erhalte. — Graf Johann Szych, der ehemalige Unterrichtsminister erklärte, daß er wegen des Falles Desz-Lutacs aus dem Kabinett ausgetreten sei; er habe als Minister von dieser Angelegenheit Kenntnis erhalten und glaube sich nicht berechtigt, darüber aufzulegen.

Frankreich.

Die Orgie der Ordnung.

Paris, 27. Mai. (Eig. Ber.) Das Komplott ist da — das Komplott der militaristischen und kapitalistischen Reaktion, die die Soldatendemonstrationen benutzen will, um in ganz Frankreich die Kräfte des politischen und wirtschaftlichen Widerstandes der Arbeiterklasse zu brechen. In Paris und 88 Provinzstädten hat die Polizei gestern Hausdurchsuchungen gehalten in Gewerkschaftslokale, Redaktionen, sozialistischen Organisationsbüros, Konsumvereinen und Privatwohnungen. Die Gewalttätigkeit der Dupuyischen Kera ist übertrieben, der patriotische Schrecken tobt wilder als der Anarchisten. Nicht einmal das Feigenblatt der geleblichen Formalität wird vorgestekt. Im Verhandlungsraum der Einengewerkschaft, bei der C. G. L., auf der Arbeitersborse haben die Polizisten die Organisationslokale in Abwesenheit der Vertreter der Organisationen durchsucht, Tischladen und Schränke aufgeschoben, Papiere aufgerissen, Dokumente fortgeschleppt, den Rest wüst auf einen Haufen geworfen. Und was haben sie mitgenommen? Bei den Erdarbeitern die Geschäftsbücher, eine Tabelle über die Pensionen der Unfallversicherung, auf der Redaktion der „Die Quotidiens“ eine Liste, die die Namen von Personen enthielt, denen das Abonnement auf eine Jugendzeitschrift — angeboten werden sollte. Bücher und Broschüren, die einen „verdächtigen“ Titel zeigten, wenn sie auch schon vor 20 Jahren erschienen waren, alte Zeitungsnummern, Manuskripte. Und so ungefähr überall. Wie sinnlos, einfach nach einem vom Ministerium ausgegebenen Schema, verfahren wurde, geht daraus hervor, daß z. B. in Clermont-Ferrand die Polizei bei dem dortigen Parteiblot „Ami du Peuple“ haussuchte, dessen Redakteur der extreme Reformist Barenne ist, der erst vor ein paar Tagen in einem Artikel die Soldatendemonstrationen bedauert hat.

Was die Polizei vor allem suchte, waren Dokumente, die die — vollkommen legale — Soldatenunterstützungskasse der Gewerkschaften betrafen, sowie Soldatenbriefe an Gewerkschaften und Redaktionen.

Sie hat vielleicht ein paar Briefe gefunden, die der Militärjustiz genügen werden, die Scharbe nach Afrika zu schicken. Aber was dieses edle Ziel die Verletzung der gesetzlichen Freiheiten, die Verhöhnung aller demokratischen Prinzipien der republikanischen Verfassung wert? Soll dem geistigen Vorstoß der große Schlag folgen — der Versuch, die gewerkschaftliche und politische Organisation des französischen Proletariats zu zertrümmern?

Jedenfalls — das eine steht fest. Die Reaktion wird auf Grant bestehen. Ihre Gewalttätigkeit bezeugt das Gefühl der proletarischen Würde, des proletarischen Selbstbewußtseins auf. Auch die bürgerliche Demokratie ist noch nicht so ganz verkommen, als daß nicht aus ihrer Mitte dem Proletariat Helfer erstehen sollten. Bezeichnend ist dafür, daß neben den Arbeiterorganisationen auch der Gemeinderat von Lyon mit allen gegen 2 Stimmen einen Protest beschlossen hat.

Proteste gegen die Komplottschnefellei.

Paris, 28. Mai. Der Ausschuss des Allgemeinen Arbeitsverbandes beschloß, in einem Aufruf gegen die letzten polizeilichen Hausdurchsuchungen Einspruch zu erheben. Der Gemeinderat von Lyon protestierte auf Antrag zweier Sozialisten nahezu einstimmig gegen die in der dortigen Arbeitersborse und in den Wohnungen der Gewerkschaftssekretäre vorgenommenen Durchsuchungen, welche ungerechtfertigte Herausforderungen seien und der Meinungsfreiheit widersprechen.

Die Mehrheit des sozialistischen Gemeinderats von Vignoles (Departement Bar) lehnte es ab, die Mittel zur Unterbringung eines Regiments zu gewähren. Die darüber aufgebrauchte Volksmenge (?) drang in den Sitzungssaal ein, beschimpfte die Gemeinderäte und erschlug die Fensterheben. Zehn Gendarmen mußten einschreiten, um den Bürgermeister und die Mitglieder des Gemeinderats beim Verlassen des Stadthaus vor der Volksmüt zu schützen.

Amerika.

Strafung eines bestechlichen Senators.

New York, 28. Mai. Senator Stillwell, der der Bestechlichkeit in Verbindung mit der Börsengesetzgebung schuldig befunden wurde, ist zu einer Zuchthausstrafe von unbestimmter Dauer, die nicht weniger als vier und nicht mehr als acht Jahre betragen soll, verurteilt worden.

Gewerkchaftliches.

Neue Schwierigkeiten bei Beendigung des Kampfes im Malergewerbe.

Es war vorauszusehen, daß die Wiederaufnahme der Arbeit nach Annahme des neuen Schiedspruchs im Malergewerbe nicht glatt vonstatten gehen würde. Einmal können verschiedene Unternehmer einzelner Städte und Bezirke sich mit der erlassenen Blamage nicht so ohne weiteres abfinden, dann aber begegnen sich Unternehmer- und Gehilfenorganisationen vielfach in dem Wunsche, vor Wiederaufnahme der Arbeit zunächst die örtlichen Verhandlungen über die den Orten verbleibenden Differenzen zu erledigen.

Bemerkenswert ist, daß der neue Schiedspruch vom Unternehmerverband nur mit geringer Mehrheit angenommen wurde, zwei Gauverbände lehnten ihn ab, und zwar Rheinland-Westfalen einstimmig und Norddeutschland mit großer Mehrheit. Der Gau Rheinland-Westfalen ist darum zur offenen Obstruktion übergegangen. Der Vorstand dieses Gaubandes versandte unterm 24. Mai ein Zirkular, in dem er seinen Mitgliedern mitteilt, daß die Betriebe geöffnet werden „zu den vom Arbeitgeberverband aufgestellten Bedingungen“. Man akzeptiere den faulen Frieden, den die Schiedsprüche brächten, nicht. Der Tarif, den die Gehilfen jetzt anerkennen müßten, sei aufgeführt unter Berücksichtigung der wichtigsten Wünsche des Arbeitgeberverbandes. Die Grundlöhne sind um einen Pfennig pro Stunde erhöht, so daß wir also auch nach dieser Richtung der Gewerkschaft ein weitgehendes Entgegenkommen gezeigt haben. Höhere Löhne zu zahlen, soll möglichst vermieden werden. Dann heißt es weiter:

„Sollte eine Werkstatt in der nächsten Zeit von der Gewerkschaft durch Streik angegriffen werden, so bitten wir, dies sofort zu melden; den betreffenden Gehilfen ist mitzuteilen, daß sie auf eine schwarze Liste gesetzt werden und ein Jahr lang nirgends mehr beschäftigt werden. Eventuell wird es auch erforderlich werden, erneute Ausperrungen vorzunehmen.“

Die gegenwärtige Zeit erfordert aus diesen Gründen größte Solidarität und eiserne Disziplin. Bewahren wir diese, so werden wir gegen die Angriffe der Gewerkschaft gefeit sein. Angegriffenen Kollegen wird durch Unterstützung von Arbeitskräften aus anderen Werkstätten geholfen werden.

Warnung vor Sondertarifen mit der Gehilfenschaft!!!

Dr. Coelich, Syndikus.

Der Hauptverband der Unternehmer steht diesem Scharfmacherstücken, Trenn- und offenem Abfall dieses Gaubandes völlig hilflos gegenüber.

Ebenso treibt es der als Scharfmacher bekannte Hamburger Vorsitzende der Unternehmer und Innungsobermänner offensichtlich zum Bruch. Er hat entgegen den getroffenen Abmachungen einen einseitigen Unternehmerarbeitsnachweis eröffnet und erklärt seinen Mitgliedern offiziell, daß keine allgemeine Lohnerhöhung stattfinden, obwohl bei den Verhandlungen protokollarisch festgelegt wurde, daß die Unternehmer die moralische Pflicht haben, die ausgesprochene Lohnerhöhung allgemein zu gewähren, also auch den älteren und leistungsfähigeren Gehilfen, die seither schon mehr als den Minimallohn erhielten. Angesichts dieser offenen Tarifverletzungen haben die Hamburger Gehilfen beschlossen, die Arbeit vorläufig nicht aufzunehmen.

Auch in einigen anderen Städten bestehen ähnliche Differenzen, wieder in anderen Städten lehnen die Unternehmer jede örtliche Verhandlung ab.

Der tatsächliche Umfang der noch bestehenden Differenzen kann erst in den nächsten Tagen endgültig festgestellt werden. Jedenfalls wird es noch einige Zeit dauern, bis die durch die sinnlose Aussperrung heraufbeschworenen Differenzen vollständig erledigt sind. Die Gehilfen sind natürlich bereit, jede Ungerechtigkeit der Scharfmacher energisch abzuwehren.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik bei der Firma Dapag in Spandau ist beendet. Die Sperre ist hiermit aufgehoben. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Beschäftigungsrückgang im Berliner Lithographiegewerbe.

Wie sehr das lithographische Gewerbe, speziell das in Berlin, infolge unerer „bewährten“ Wirtschaftspolitik einen Niedergang erlitten hat, kommt in einer von der Berliner Filiale des Steinbrückerverbandes am 5. Mai 1913 aufgenommenen Statistik drastisch zum Ausdruck. Nach einer statistischen Aufnahme im Juni 1911 wurden damals in Berlin 652 Chromolithographen beschäftigt; nach der Aufnahme am 5. Mai 1913 nur noch 592. Das sind in knapp 2 Jahren 200 Gehilfen oder rund 40 Proz. weniger.

Das Chromolithographische Gewerbe in Berlin ist in der Hauptsache auf den Export nach dem Auslande angewiesen, es werden große Hoffnungen auf die Zolltarifrevision in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gesetzt. Nordamerika war in früheren Jahren einer der Hauptabnehmer.

Vor einigen Jahren sind eine größere Anzahl von Chromolithographen aus Berlin und anderen Städten des Reiches, in der Mehrzahl sehr tüchtige Arbeitskräfte, nach Nordamerika ausgewandert und haben dort gutlohnende Beschäftigung gefunden. Die amerikanischen Unternehmer waren insondane, mit deutschen Qualitätsarbeitern die deutsche Konkurrenz erfolgreich zurückzudrängen. Selbst wenn das lithographische Gewerbe durch den neuen amerikanischen Zolltarif bessere Einfuhrbedingungen erhalten sollte, so ist es doch sehr zweifelhaft, ob der Export die Höhe der früheren Jahre jemals wieder erreichen wird. Inzwischen hat sich in Amerika die Industrie dieser Branche kräftig entwickelt, ist leistungsfähiger geworden und wird in der Lage sein, einen großen Teil des Bedarfs — gute Qualitätsware inbegriffen — selbst zu decken.

Achtung, Normarbeiter! Wegen Vahregelung ihres Wohlfühlens sind die Kollegen der Firma Wiesenbrand, W. m. b. H., Reichenerger Str. 79, einmütig in den Streik getreten. Schon längere Zeit war dem Leiter des Geschäftes die Wahrnehmung der Interessen seiner Arbeiterschaft durch ihren Vertrauensmann ein Dorn im Auge. Aus wichtigen Gründen war die Entlassung desselben vor einigen Wochen schon einmal perfekt; doch gelang es durch das Eingreifen der Organisationsleitung, die Vahregel rückgängig zu machen. Wie die nachfolgenden Ereignisse gelehrt, war es jedoch nur ein „fauler Friede“, der auf dem Wege gegenseitiger Verständigung zustande kam. Nachfragen sind auf dem Gebiete des Arbeiterrechtes eben mehr und mehr nachfragen geworden. So auch hier. Die Streikenden sehen dem Ausgang des Kampfes trotz entgegen und erwarten nur, daß ihnen Augen-sehende nicht in den Rücken fallen.

Zentralverband der Steinarbeiter, Ortsverwaltung Berlin.

Berlin, Redakt.: Alfred Wietzky, Reußstr. 10. Inzeratenteil berontm.

Achtung, Destillationsgehilfen! Herr Sagerstroh, Pantstraße 4, will, wie er sich zu Ostern äußerte, einen von ihm entlassenen organisierten Angestellten auf die von der „Vereinigung der Destillationsgeschäfte“ beschlossene schwarze Liste bringen, um auf diese Weise seine Rache für die Sperre zu fühlen. Neuerdings hat er wieder einen Gehilfen entlassen, weil er annahm, daß dieser Verbandsmitglied sei.

Der Betrieb ist für organisierte Destillationsgehilfen nach wie vor gesperrt. Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung II.

Deutsches Reich.

Die Beendigung der Lohnbewegung im Betongewerbe.

Bei den Verhandlungen über die Lohnbewegung im Baugewerbe wurde mit den Parteien vereinbart, daß auch das Betongewerbe mit in den Tarifvertrag für das Baugewerbe aufgenommen werden soll. Es wurde weiter vereinbart, daß für das Betongewerbe eine besondere Verhandlung an zentraler Stelle stattfinden und eventl. die Bewegung durch einen Schiedspruch beendet werden soll, den sich die Parteien unterwerfen. Am 26. und 27. Mai haben diese Verhandlungen in Berlin stattgefunden. Nach nahezu zweitägiger Debatte kamen die Unparteiischen zur Fällung eines Schiedspruches.

Die Unterschiede bei den im Betongewerbe beschäftigten Arbeitern 1. Zementfacharbeiter, 2. Zementarbeiter. Das Schiedsgericht definierte näher, was unter Zementfacharbeitern und Zementarbeitern zu verstehen ist.

In der Lohnfrage wurde bestimmt: Die Löhne der Zementfacharbeiter sollen denen der Maurer und Zimmerer, die Löhne der Bauhilfsarbeiter im Betongewerbe denen der Bauhilfsarbeiter im Hochbau gleichstehen. Die Löhne der Zementarbeiter werden auf 10 Proz. über die Löhne der Bauhilfsarbeiter festgesetzt. Es ist daher anzustreben, die Betonbauhöhen den Hochbauhöhen allmählich gleichzustellen.

Als besondere Grundlage für die Tarifperiode 1913—1916 wurde festgesetzt: 1. Wo die Betonbauhöhen den Hochbauhöhen gleichstehen, soll die für das Baugewerbe vorgesehene Lohnerhöhung eintreten. 2. Wo die Betonbauhöhen niedriger sind als die Hochbauhöhen, soll der Ausgleich möglichst innerhalb der drei Tarifjahre erfolgen und zwar durch gleichmäßige Sonderzuschläge bis höchstens 2 Pf. für ein Jahr. Bei Spannungen über 8 Pf. soll der weitere erforderliche Ausgleich in der späteren Tarifperiode vorbehalten bleiben. 3. Wo die Betonbauhöhen höher sind als die Hochbauhöhen, soll ein allmählicher Ausgleich in der Weise durchgeführt werden, daß für die jetzige Tarifperiode die Erhöhung der Betonbauhöhen sich wie folgt vollzieht:

a) Lohnerhöhungen bis 4 Pf. gelten ohne Kürzung auch für das Betongewerbe.

b) Lohnerhöhungen über 4 Pf. im Baugewerbe erfahren im Betongewerbe eine Kürzung um einen Pfennig und zwar um den im Laufe der Vertragsperiode vorgesehenen letzten Pfennig (z. B. Baugewerbe 2, 2, 1; Betongewerbe 2, 2, 0).

Außerdem wurden im Schiedspruch noch die Ueberstunden geregelt.

In den Orten, in denen auf Grund bestehender Verträge eine Erhöhung der Löhne am 1. April 1913 stattgefunden hat, ist sie auf die hier festgesetzten Lohnerhöhungen anzurechnen. — Anderweitige Regelungen bleiben in Kraft.

In der Begründung sagen die Unparteiischen, daß der Schiedspruch den ersten Versuch enthält, das Betongewerbe vertraglich in das Baugewerbe einzugliedern. Es heißt dann weiter in der Begründung:

„Bei der großen Verschiedenheit der Arbeit und Lohnbedingungen innerhalb des deutschen Baugewerbes mußte davon abgesehen werden, schon jetzt eine genaue Anpassung an das Baugewerbe zu versuchen. Es ist vielmehr durch den Schiedspruch im weitesten Umfang der bestehenden Verschiedenheit Rechnung getragen und eine Lohnannäherung des Baugewerbes an das Baugewerbe unter äußerster Schonung der bisherigen Lohnverhältnisse vollzogen. Es muß den Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifvertrages im Jahre 1916 vorbehalten bleiben, auf Grund der inzwischen neu gewonnenen Erfahrungen auf dem durch diesen Schiedspruch grundsätzlich vorgeschriebenen Wege fortzuschreiten.“

Nach Bekanntgabe dieses Schiedspruches entstand eine längere, teilweise sehr scharfe Auseinandersetzung über die Vorschläge der Unparteiischen vom 6. Mai, die eine Ergänzung ihrer Vorschläge vom 1. Mai bedeuten und das übrige Baugewerbe betreffen. Nachdem auf Unternehmerseite wiederholt erklärt worden war, daß man nur die Vorschläge der Unparteiischen vom 1. Mai anerkenne und auf Arbeiterseite betont war, daß nur im Zusammenhang mit der Ergänzung eine Annahme der Vorschläge zustande gekommen sei, gaben die Unparteiischen die Erklärung ab, daß sie ihre Vorschläge vom 1. Mai und die Ergänzung dazu vom 6. Mai als ein untrennbares Ganzes ansehen, das entweder angenommen oder abgelehnt werden müsse. Nach langer Sonderberatung, die die Unternehmer unter sich hielten, ließ der Unternehmerverband dann durch seinen Sprecher, Rourat Enke, erklären, daß der Unternehmerverband nunmehr die Vorschläge und den Hauptvertrag nebst Vertragsmuster anerkenne.

Ueber die eintretende Lohnerhöhung wurde noch einmal ausdrücklich festgesetzt, daß alle Lohnerhöhungen, auch für die Betonarbeiter, rückwirkend vom 2. Mai in Kraft zu treten haben, und daß sie am nächsten Lohnzahlungstage, längstens jedoch am übernächsten Zahlungstag, nachzuzahlen sind.

Dann wurde die Unterschrift unter den Hauptvertrag von den anwesenden Vorsitzenden der in Betracht kommenden Organisationen vollzogen und damit endgültig der Friede im Baugewerbe bis zum Jahre 1916 abgeschlossen.

Die Unparteiischen übernehmen es, etwaige Unklarheiten in den Ortsverbänden über die Auslegung der gemachten Vorschläge, die nunmehr als Beschlüsse gelten, schriftlich aufzuklären. Ueber die Erreichung der im Vertrag vorgesehenen Tarifinhalten (Tarifamt, Haupttarifamt) werden sich die Organisationsvorstände am 26. Juni verständigen.

Die geeinten Scharfmacher.

Die erste Mitgliederversammlung der im Anfang April dieses Jahres neugegründeten Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die aus der Verschmelzung der bisherigen Hauptstelle und des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände hervorgegangen ist, wurde am Dienstag in Berlin unter dem Vorsitz des Fabrikbesizers Garbens in Hannover abgehalten. Den Geschäftsbericht erstattete Syndikus Dr. Längler in Berlin. Er teilte mit, daß die Vereinigung noch im Laufe dieses Jahres eine allgemeine Arbeitssachverständigenkonferenz einberufen wird, in der über die Ausbreitung der Arbeitgeber-Arbeitssachweise verhandelt werden soll. Dem Arbeitgeberverein in Krefeld, der augenblicklich in einem Kampf mit dem Textilarbeiterverband steht, wurde die volle Unterstützung der übrigen Industrien und auch der Zentrale in der Form zugesagt, daß die Krefelder Arbeitgeber finanziell für die bisher gedachten Opfer voll entschädigt werden sollen und daß ihnen auch die finanzielle Hilfe der neuen Vereinigung für die Folgezeit bis zur endgültigen Beendigung des Kampfes zugesagt wurde. Die Mitgliederversammlung erledigte weiter die Auswahlgewahlen und wählte etwa 40 Industrielle aus allen Teilen des Reiches und aus allen Industrien in den Ausschuss. Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung betrafen Verwaltungsangelegenheiten.

In der mechanischen Weberei von Salzmänn u. Comp. in Einbeck legten am 27. Mai zirka 30 Spulerrinnen die Arbeit nieder. Seit Wochen fanden dieselben mit der Firma in Verhandlungen, um eine Lohnherabsetzung von 33 Proz. abzuwehren. Die Verhandlungen, die teilweise mit einer Arbeiterinnenkommission und dem Arbeiterausschuß gepflogen wurden, führten zu keinem befriedigenden Ergebnis. Der Arbeitsdienst auf Grund der

neuen Löhne blieb in fast allen Fällen um ein Drittel des früher erreichten Lohnes zurück. Die Firma, welche neue Maschinen zur Einführung gebracht hatte, führt den Winderdienst auf die „Faulheit“ der Arbeiterinnen zurück und kam nur mit ganz winzigen Zugewinnen in den Verhandlungen herbei. Die Spulerrinnen reichten deshalb die Kündigung ein, sie legten aber, weil die Firma mit Entlassung einer Spulerrin glaubte die Widerstandskraft der Spulerrinnen zu brechen, dann sofort die Arbeit nieder. Die Firma unterhält außer der Fabrik in Einbeck in Cassel, Melchingen, Friedland i. Schl. und Oederan i. S. gleichfalls Betriebe. Wir bitten alle arbeiterfreundlichen Blätter um Abdruck.

Wegen Verleumdung der Führer des christlichen Arbeiterverbandes wurde am Dienstag der verantwortliche Redakteur für den sozialen Teil der „Frankfurter Zeitung“ vom Schöffengericht Essen zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Der Beklagte hatte in der Nummer vom 31. Dezember 1912 eine Zuschrift aus Bergarbeiterkreisen veröffentlicht, in der die Lohnbewegung des christlichen Verbandes im Saargebiet als eine Komödie bezeichnet worden war. Diese sei lediglich in Szene gesetzt, um dem rapiden Mitgliederzuwachs, den der Gewerksverein im vorigen Sommer dort zu verzeichnen hatte, entgegenzuwirken. Die Vorbereitungen zu dem Streik könnten unmöglich ernst gemeint gewesen sein. Dagegen spreche die Tatsache, daß die Christlichen die anderen Verbände brüskiert haben, anstatt mit ihnen gemeinsam vorzugehen, und ferner der Umstand, daß die Führer schon früher dem damaligen Staatssekretär, jetzigen Handelsminister Delbrück das Versprechen gegeben hätten, im Saargebiet auf das Streikrecht zu verzichten.

Der Beklagte ließ durch seinen Verteidiger erklären, daß er den Beweis der Wahrheit nicht anzutreten gedenke. Sofern in dem Artikel, von dessen Aufnahme er gebeten worden und der auch für die „Frankfurter Zeitung“ als Handelsblatt und deren Leiter von erheblicher Bedeutung gewesen, eine Verleumdung erblickt würde, nehme er den Schutz des § 193 in Anspruch. Der Vertreter der Kläger, Rechtsanwalt Wallach, wollte den Handelsminister als Zeugen vernommen wissen. Dieser sollte die Unrichtigkeit der Behauptung, den Verzicht auf das Streikrecht betreffend, bezeugen. Das Gericht lehnte den Antrag ab, das Gericht sei nicht dazu da, dem Kläger den Weg zur Führung des negativen Beweises zu ebnen.

Bemerkt sei noch, daß in einem anderen Prozeß Herr Wiesberts bei seiner kommissarischen Vernehmung erklärt hat, er wisse nichts von einer derartigen Erklärung gegenüber Herrn Delbrück. Dieser selbst hat bisher noch keine Gelegenheit genommen, sich zu der Sache zu äußern.

Ausland.

Zum Streik der Mailänder Metallarbeiter.

Rom, 28. Mai 1913. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute früh wurde der Syndikalist Corridoni, der Führer des Mailänder Metallarbeiterstreiks, verhaftet, weil er für einen Solidaritätsstreik der gesamten Arbeiterschaft Propaganda machte. Die Verhaftung gab zu lebhaftem Widerstand der Syndikalisten Anlaß. Da sämtliche syndikalistischen Straßenbahner streiken, fahren die Straßenbahnwagen unter Kanalliniebedeckung. Der Straßenbahnverkehr wird vielfach durch Errichtung kleiner Barrikaden gestört. Nur der syndikalistische Teil der Arbeiterschaft ist an der Bewegung beteiligt.

Letzte Nachrichten.

Streik gegen die französischen Lehrersyndikate.

Paris, 28. Mai. (B. T. V.) Senat. Bei Beratung des Unterrichtsbudgets interpellierte Lamargelle (Rechte) den Minister über den Antimilitarismus in den Lehrervereinigungen. Er erinnerte daran, daß die Teilnehmer des Kongresses von Chamern die Confédération du Travail und den „Sous le Soldat“ niemals desavouiert hätten. (Unterbrechungen links, Rufe: Nur eine kleine Winderheit der Lehrer ist unpatriotisch.) Der Interpellant unterstrich seine Ausführungen und versicherte, die Freundschaftsbünde der Lehrer gehorchten blind einigen Syndikalisten, die mit dem Arbeitsverband Verbindung unterhielten. Er warf den Antimilitaristen unangebrachte Verdächtigungen gegen den kriegerischen Geist vor, bei denen vergessen werde, daß der Krieg noch immer eine Notwendigkeit sein könne. (Widerspruch links.) Der Redner wies auf die Jugend in Frankreich hin, die einmütig bereit sei, dem Vaterlande die geforderten Opfer zu bringen, den einzigen Nutzen brächten einige Lehrer da hinein.

Ministerpräsident Barthou erkannte an, daß die Lehrersyndikate ungeschicklich seien und erklärte, es sei eine unzulässige Forderung der Lehrer, sich dem Arbeitsverbande anzuschließen zu dürfen. (Beifall.) Er sei sich mit Lamargelle einig über die Ungeschicklichkeit der Agitation des Arbeitsverbandes. (Lebhafter Beifall.) Dieser stelle sich damit außerhalb des Gesetzes von 1884, welches nur Forderungen wirtschaftlicher Art zulasse. (Beifall.) Gegenwärtig könne man nur die Auflösung des Arbeitsverbandes und eine Geldstrafe von 200 Franks durchsetzen, aber das Gesetz von 1894 gestatte, Vergehen, die in den Krijernen durch gewisse Agitationen hervorgerufen seien, zu verfolgen. Die Propaganda des Arbeitsverbandes sei verabscheuenswürdig und verbrecherisch. Auf Grund des Gesetzes von 1894 sei eine Unterjochung eingeleitet. Wenn das Gesetz als ungenügend anerkannt werden sollte, wird die Regierung neue Gesetze fordern. (Beifall.)

Barthou erklärte ferner, wenn die Verfolgungen von syndikalisten Lehrern eingestellt worden wären, so sei das infolge des Antimilitarismus geschehen. Aber nach dem Kongreß in Chamern seien Strafen gegen eine gewisse Anzahl von denjenigen, welche sich dem Manifest der Bataille syndikaliste angeschlossen hätten, verhängt worden. Wenn die Syndikate sich wieder bildeten, so würden schwerere Strafen folgen. Uebrigens gebe es nur etwa 30 Lehrersyndikate mit etwa 1000 Mitgliedern unter den 15 000 Lehrern, die in Elementarschulen unterrichteten. Auch wiesen die Freundschaftsbünde der Lehrer den Antimilitarismus zurück. Der Ministerpräsident schloß damit, das Land habe auf den Ruf der Regierung gehört, als sie die Verlängerung der Militärdienstzeit gefordert hätte und die Lehrer würden den Notwendigkeiten des Augenblicks Rechnung tragen. Sie könnten wirkliche Lehren nur dann geben, wenn sie ihnen die unumkehrliche Unterjochung ihres eigenen Beifalls zuteil werden ließen. (Lebhafter Beifall auf vielen Bänken des Hauses.)

Der Senat nahm dann mit 238 gegen 17 Stimmen eine Tagesordnung an, durch welche die Erklärungen der Regierung über die Lehrersyndikate gebilligt werden.

Die belgische Heeresreform in zweiter Lesung angenommen.

Brüssel, 28. Mai. (B. T. V.) Die Kammer hat die Heeresreform in zweiter Lesung mit 104 gegen 62 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen angenommen.

Beim Baden ertrunken.

Grossen o. L., 28. Mai. (B. T. V.) Beim Baden in der Oder geriet die 13jährige Tochter Margarethe des Weinbergbesizers Keller in eine tiefe Stelle und extroni. Der Bräutigam ihrer älteren Schwester, der Bankbeamte Otto Hildebrand aus der Dresdener Straße in Berlin, welcher ebenfalls mit zwei Schwimmern der Keller badete, kam bei dem Versuch, die Ertrunkene zu retten, gleichfalls ums Leben.

Reichstag.

153. Sitzung, Mittwoch, den 28. Mai 1913, nachmittags 2 1/2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Albrecht (Soz.) und Genossen betreffend Einschränkung des Vereins- und Pressegesetzes in Elsaß-Lothringen.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich bereit, die Interpellation Ende der Woche zu beantworten.

Es folgt die

Zweite Beratung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.

§ 1 lautet nach dem Kommissionsbeschluss: „Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.“

Ein Antrag Herzog beantragt Wiederherstellung des § 1 der Regierungsvorlage, wonach die Reichsangehörigkeit durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben wird.

Abg. Landsberg (Soz.):

Wir hoffen, daß in einer nahen Zukunft das Prinzip der unmittelbaren Reichsangehörigkeit allein zur Durchführung gelangt, da wir den lebhaften Wunsch haben, daß jeder Bürger des Reichs das Bewußtsein haben möge, unmittelbarer Angehöriger des Deutschen Reichs zu sein.

Den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage lehnen wir ab. Der Entwurf der Regierung hätte zum Ausgangspunkt den § 21 des jetzigen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes, wonach nach siebenjährigem Aufenthalt im Auslande ein Deutscher seiner Reichsangehörigkeit verlustig ging, wenn der Deutsche es unterlassen hätte, seinen Namen in die Matrikel des zuständigen Konsuls eintragen zu lassen.

Die Erkenntnis der Regierung, diese Bestimmung zu befeitigen, konnte der Reichstag dazu benutzen, um das Gesetz überhaupt von dem Staub der Vergangenheit zu reinigen.

Wir haben in der Kommission nach verschiedenen Richtungen Anträge gestellt, deren Annahme dem wahren Fortschritt erheblich gebietet hätte. Zunächst haben wir die Gleichberechtigung der deutschen Frauen beantragt.

Kleines Feuilleton.

Die Sammelwut. „Der Deutsche“ sammelt. Er sammelt des Sammelns wegen. Recht wohl fühlt er sich aber erst, wenn er dem natürlichen Spieltrieb einen wissenschaftlichen Schein geben kann.

Die Sammelwut. „Der Deutsche“ sammelt. Er sammelt des Sammelns wegen. Recht wohl fühlt er sich aber erst, wenn er dem natürlichen Spieltrieb einen wissenschaftlichen Schein geben kann.

Die Sammelwut. „Der Deutsche“ sammelt. Er sammelt des Sammelns wegen. Recht wohl fühlt er sich aber erst, wenn er dem natürlichen Spieltrieb einen wissenschaftlichen Schein geben kann.

Die Sammelwut. „Der Deutsche“ sammelt. Er sammelt des Sammelns wegen. Recht wohl fühlt er sich aber erst, wenn er dem natürlichen Spieltrieb einen wissenschaftlichen Schein geben kann.

möchte ich doch fragen: sind denn die Menschen um der Gesetze und Verträge wegen da, oder die Gesetze und Verträge der Menschen wegen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Deutschen, die einen Staatenlosen heiratet, will die Kommissionsmehrheit die deutsche Staatsangehörigkeit lassen.

Recht auf Einbürgerung zu gewähren, mindestens aber solchen Ausländern, die aus der Ehe zwischen einem Ausländer oder Heimatlosen und einer bis zur Eheschließung deutschen Frau hervorgegangen sind.

Recht auf Einbürgerung zu gewähren, mindestens aber solchen Ausländern, die aus der Ehe zwischen einem Ausländer oder Heimatlosen und einer bis zur Eheschließung deutschen Frau hervorgegangen sind.

Recht auf Einbürgerung zu gewähren, mindestens aber solchen Ausländern, die aus der Ehe zwischen einem Ausländer oder Heimatlosen und einer bis zur Eheschließung deutschen Frau hervorgegangen sind.

Recht auf Einbürgerung zu gewähren, mindestens aber solchen Ausländern, die aus der Ehe zwischen einem Ausländer oder Heimatlosen und einer bis zur Eheschließung deutschen Frau hervorgegangen sind.

Recht auf Einbürgerung zu gewähren, mindestens aber solchen Ausländern, die aus der Ehe zwischen einem Ausländer oder Heimatlosen und einer bis zur Eheschließung deutschen Frau hervorgegangen sind.

felige Bestimmung des bänischen Staatsrechts zu Staatslosen gemacht und nun ein Fangball sind in den Händen der preussischen Behörden. Geht einer dieser 2000 Staatenlosen in der Nordmark Preußens eine Ehe ein, sei es mit einer Dänin, einer Staatenlosen oder einer Preußin, dann wird von ihm verlangt, daß er aus dem Gebiet, in dem er sein ganzes Leben lang gewohnt, wo er seine Familienbeziehungen hat und die Arbeitsverhältnisse kennt, abwandert nach dem rein deutschen Gebiet, dessen Sprache er nicht einmal beherrscht.

wird mit dem freien Ernennen, dann muß dem durch gesetzliche Bestimmungen ein Ende gemacht werden. Die Kommissionsmehrheit aber hat den § 7a beschlossen, der die preussische Praxis auf das ganze Reich überträgt, so daß fernerhin kein Bundesstaat eine liberalere Praxis wahren lassen darf.

Die preussische Regierung hat uns versichert, daß keine sessionelle Momente nicht in Betracht kommen sollen, ebensowenig wie bisher. Aber am 5. Februar 1901 verordnete der preussische Minister des Innern: „Nach den in dieser Beziehung bestehenden Grundfragen ist die Naturalisation der im Inland geborenen oder aufgewachsenen Söhne ausländischer-jüdischer Gewerbetreibenden im allgemeinen auf die Hälfte zu beschränken, in denen die Erfüllung der Militärdienstpflicht nach ausländischen Gesetzen als gesichert zu erachten ist.“

Die preussische Regierung hat uns versichert, daß keine sessionelle Momente nicht in Betracht kommen sollen, ebensowenig wie bisher. Aber am 5. Februar 1901 verordnete der preussische Minister des Innern: „Nach den in dieser Beziehung bestehenden Grundfragen ist die Naturalisation der im Inland geborenen oder aufgewachsenen Söhne ausländischer-jüdischer Gewerbetreibenden im allgemeinen auf die Hälfte zu beschränken, in denen die Erfüllung der Militärdienstpflicht nach ausländischen Gesetzen als gesichert zu erachten ist.“

Die preussische Regierung hat uns versichert, daß keine sessionelle Momente nicht in Betracht kommen sollen, ebensowenig wie bisher. Aber am 5. Februar 1901 verordnete der preussische Minister des Innern: „Nach den in dieser Beziehung bestehenden Grundfragen ist die Naturalisation der im Inland geborenen oder aufgewachsenen Söhne ausländischer-jüdischer Gewerbetreibenden im allgemeinen auf die Hälfte zu beschränken, in denen die Erfüllung der Militärdienstpflicht nach ausländischen Gesetzen als gesichert zu erachten ist.“

Die preussische Regierung hat uns versichert, daß keine sessionelle Momente nicht in Betracht kommen sollen, ebensowenig wie bisher. Aber am 5. Februar 1901 verordnete der preussische Minister des Innern: „Nach den in dieser Beziehung bestehenden Grundfragen ist die Naturalisation der im Inland geborenen oder aufgewachsenen Söhne ausländischer-jüdischer Gewerbetreibenden im allgemeinen auf die Hälfte zu beschränken, in denen die Erfüllung der Militärdienstpflicht nach ausländischen Gesetzen als gesichert zu erachten ist.“

Die Söhne aus diesen Ehen aber werden, wenn sie das neunste Lebensjahr erreichen,

aus Preußen ausgewiesen

und nur ausnahmsweise wird diese Verfügung dann zurückgenommen, wenn durch kreisärztliches Attest bescheinigt wird, daß es unzulässig ist, das in Betracht kommende Kind von seinen Eltern zu trennen. Aber — konfessionelle Momente spielen keine Rolle!! (Hört! hört!) Dem § 7a stehen wohl einige geringe Verbesserungen gegenüber, so daß der Witwe oder geschiedenen Frau, die vor ihrer Verheiratung Deutsche war, ein Einbürgerungsrecht nach der Trennung der Ehe durch Tod oder Urteil gewährt wird, aber nur, wenn sie unbescholten ist — und was preussische Behörden für eine Auffassung von Unbescholtenheit haben, hat der Fall Düwelle uns gezeigt, wo ein junger Mensch die Unbescholtenheit dadurch verlor, daß er wegen Liebertretung des R. V. G. zu 5 Mark Geldstrafe verurteilt worden war. (Hört! hört!) Auch Ausländer, die im Heere gedient haben, erhalten ein Einbürgerungsrecht, aber auch nur in sehr jagthafter Weise. Wenn ein Ausländer ein Jahr im deutschen Heere gedient hat und dann den Einbürgerungsantrag stellt, dann soll er sich gefallen lassen müssen, daß die Verwaltungsbehörde endgültig darüber entscheidet, ohne daß er das Recht hätte, auf die Entscheidung einer Gerichtsbehörde anzutragen. Die Frage, daß das Wohl des Reiches oder eines Bundesstaates durch seine Einbürgerung gefährdet würde, wird mit derselben Leichtigkeit aus der Feder der Verwaltungsbehörde fließen, wie jetzt die stereotypische Redensart: der Einbürgerungsantrag wird zurückgewiesen, weil kein staatliches Interesse für ihn vorliegt. Das Verwaltungsstreitverfahren muß zulässig sein in all den Fällen, wo das Gesetz ein, wenn auch nur bedingtes Recht auf Einbürgerung einem Nichtdeutschen gewährt, sei er früher Deutscher gewesen oder nicht. Ich hoffe, daß es mir gelingen ist, Sie von der Richtigkeit meiner Gründe zu überzeugen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Selzer (P.): Ganz so schlecht wie der Vorredner den Entwurf kritisiert hat, ist er wohl doch nicht, denn seine Freunde in der Kommission haben nicht dagegen gestimmt, sondern sich der Stimme enthalten. Wir erwarten von dem Gesetz eine wesentliche Förderung des Deutschtums. In der Einheit der Familie erblicken wir eine der wichtigsten Grundlagen des Staates, daher bleiben wir bei der Forderung, daß die Frau die Staatsangehörigkeit des Mannes hat. (Sehr richtig! im Zentr.) — Daß bei der Behandlung von Naturalisationsanträgen vielfach Fehler von den Verwaltungsbehörden begangen worden sind, geben wir zu. Aber einen Rechtsanspruch des Ausländers auf Naturalisation erkennen wir nicht an. Im allgemeinen sollen Ausländer nur naturalisiert werden, wenn Deutschland ein Gewinn davon hat. Wir wollen nicht, daß Scharen von galizischen Hausierern oder mittellosen russischen Arbeitern naturalisiert werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) — Das Einspruchsrecht der Bundesstaaten gegen die Einbürgerung in einen anderen Bundesstaat ist deshalb gerechtfertigt, weil es bekannt ist, daß heute einzelne Bundesstaaten sehr leicht naturalisieren und daß durch die Naturalisation in einem Bundesstaat ohne weiteres die Reichszugehörigkeit erworben wird.

Abg. Bed. Heideberg (nat.): Auch wir sind der Meinung, daß das Gesetz uns einen wesentlichen Schritt vorwärts bringen wird. In gewissem Sinne werden natürlich auch politische Momente ausschlaggebend sein für die Naturalisation. Man kann dem Staat nicht zumuten, daß er Elemente aufnimmt, von denen er von vornherein weiß, daß sie Bestrebungen verfolgen, die seinen Zwecken zuwiderlaufen. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) Staat wären, würden Sie noch viel härter in dieser Richtung vorgehen.

Abg. Dr. Giese (L.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den Kommissionsbeschlüssen. Zu der Staatszugehörigkeit der Ehefrau stehen wir ganz auf dem Standpunkte des Zentrums. Ebenso können auch wir nicht jedem Ausländer ein Recht auf Erwerbung der Staats- und Reichszugehörigkeit anerkennen, wie das die Sozialdemokraten wollen.

Abg. Dr. Klum (Sp.): Wir begrüßen besonders freudig die Bestimmungen über den Erwerb einer direkten Reichszugehörigkeit. Allerdings ist das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem einzelnen Staate heute noch in den verschiedenen deutschen Staaten so lebendig, daß man wohl noch nicht einer Resolution zustimmen kann, die diese Staatsangehörigkeiten ganz beseitigen will. Bedauerlich ist, daß der Grundjah, daß die Geburt und Erziehung in einem Lande die Staatsangehörigkeit in diesem Lande ohne weiteres zur Folge hat, nicht durchgegrungen ist. Dieser Gedanke ist sonst in allen Staaten durchgegriffen, er ist noch dazu uralten germanischen Ursprungs. (Hört! hört! links.) Auch in Ländern mit blühendem Nationalbewußtsein ist man liberaler wie bei uns. Den sozialdemokratischen Anträgen über die Beziehung zwischen Ehefrau und Staatsangehörigkeit können wir nicht zustimmen, sie widersprechen zu sehr den sonstigen internationalen Rechtsbestimmungen über die Ehe. Die Behauptung des Abg. Landsberg, daß § 7a die allerdings bedenkliche preussische Praxis auf das Reich übertragen soll, ist ein Anreiz, das zu tun. Um das auszusprechen, hat doch die Kommission die Forderung nach Tatsachen zur Begründung des Einspruchs eingefügt. Es ist richtig, daß Juden in Preußen

nicht naturalisiert werden, aber die Verbündeten Regierungen haben uns vollständig darüber beruhigt, daß dies künftig im Reich nicht der Fall sein wird. Diese Erklärung genügt uns. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Dombel (Pole) spricht über die Behandlung ausländischer, polnischer Arbeiter in Preußen und die Ausweisungspraxis der preussischen Polizei.

Abg. v. Liebert (Sp.) begrüßt das Gesetz und lobt die Arbeit der Kommission. Jeder Deutsche, der sich der französischen Fremdenlegion, dieser außerhalb der Zivilisation stehenden Einrichtung verschreibt, sollte als Paria aus dem deutschen Volk für immer ausgeschlossen sein. (Beifall rechts.)

Abg. Herzog (Wirtsch. Bg.) zieht die Regierungsvorlage in ihrer ursprünglichen Form der Kommissionsfassung vor. Der Ausdruck „Reichsangehöriger“ war dem Ausdruck „Deutscher“ vorzuziehen, der doch einen über den staatlichen Rahmen hinausgehenden völkischen Inhalt hat.

Abg. Haegy (L.): In Elsaß-Lothringen sind vielfach Fälle von unberechtigter Verweigerung der Naturalisation vorgekommen. Daher haben wir an dem Gesetz ein großes Interesse. Wir sind dafür, daß Leute, die zwei Jahre im Lande wohnen, die Naturalisation gewährt werden muß.

Damit schließt die Debatte.

§ 1 wird in der Kommissionsfassung angenommen. Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung, kleinere Vorlagen.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Parteiverein Radow-Greifenhagen hat in den neun Monaten des diesmaligen Geschäftsjahres nur eine geringe Mitgliedererweiterung erzielen können. Die Mitgliederzahl stieg nur von 443 auf 468. Die Zahl der Genossen ist seit dem 1. Juli 1912 um 3 gesunken, während die Ziffer der organisierten Genossinnen um 28 stieg. Wenn auch der Kreis Greifenhagen rein ländlich ist und dadurch das Vordringen der Sozialdemokratie erschwert wird, so ist dafür der Kreis Radow so stark industrialisiert, daß dies bescheidene Resultat unserer Agitationsarbeit kaum eine Erklärung findet. Denn an propagandistischer Tätigkeit hat es die Kreisleitung nicht fehlen lassen. In 16 allgemeinen öffentlichen Versammlungen wurde die Stellung der Sozialdemokratie zu den politischen Fragen der letzten Zeit beleuchtet und in neun öffentlichen Frauenversammlungen die Frauen für die Partei gewonnen. Außerdem wurden, infolge der Flugblätter, 132 500 auflaufende Schriften, 28 000 „Volkswacht“ und 4000 Broschüren: „Ist der Militarismus ein Segen oder ein Unglück für das Volk?“ verteilt. Überdies wurden 132 Mitgliederveranstaltungen in den einzelnen Abteilungen, 2 General- und 1 Kreisgeneralversammlung abgehalten. Es hat also wirklich nicht an mangelndem Arbeitseifer gefehlt, wenn das Resultat ein unbefriedigendes blieb. An Kommunalwahlen beteiligten sich die Genossen in 5 Orten und gewannen dabei 7 neue Mandate, in zwei weiteren Orten blieb unsere Stimmenzahl noch hinter der der Gegner zurück. Der Verein entsendet nunmehr 42 seiner Mitglieder in kommunale Verwaltungskörperschaften. Die Ausgaben überstiegen die laufenden Einnahmen in der Berichtszeit um 946,83 M., und reduzierte sich so das Vereinsvermögen, das am 1. Juli 1911 4246,27 M. betrug, auf 3209,44 M. am 31. März dieses Jahres.

Ein Spiegelbild im Kleinen von dem Wirken der Breslauer Richter gegen die modern organisierte Arbeiterchaft gibt der Bericht des Wahlvereins für den Kreis Breslau (Land-) Neumarkt, der am Sonntag in der Generalversammlung erstattet wurde.

Zwölf Monate mußten einige Genossen allein deswegen hinter Kerkermauern zubringen, weil sie bei der letzten Reichstagswahl einige Wahlvorsteher auf ungesetzliche Handlungen aufmerksam machten. Die Ausgaben für verhängte Strafen betragen 900 Mark, die der für Gericht, Anwalt und Unterführung für die Inhaftierten 3816 Mark. Trotzdem geht es aber mit der Bewegung vorwärts, vor allem macht die geistige Durchbildung der Mitglieder gute Fortschritte, deren Zahl gegenwärtig über 4000 beträgt, darunter 615 weibliche. Die Zahl der „Volkswacht“-Abonnenten beträgt 4660. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß der Kreis stark agrarisch durchsetzt ist. Die Einführung von Distriktsversammlungen hat sich gut bewährt, obwohl einzelne Mitglieder zu den Versammlungsabenden stundenlange Wege machen müssen. Ebenso bewährt haben sich die besonderen Frauenabende. An Flugblättern wurden in der nun neun Monate umfassenden Berichtszeit 28 000 „Volkswacht“-Abonnenten verteilt. In polnischer Sprache für die polnischen Saisonarbeiter verteilt. Außerdem wurde der „Landbote“ in 74 000 Exemplaren regelmäßig an die Landbevölkerung verbreitet. Für Distriktsführer und Leiterinnen der Frauenabende wurden besondere Bildungsabende veranstaltet, um diese mit der Geschäftsführung und dem Programm der Partei vertraut zu machen. Auch diese Bildungsabende haben sich gut bewährt. Die Vereinsgeschäfte wurden in drei Generalversammlungen und 18 Vorstandssitzungen erledigt. Außerdem fanden 224 Mitglieder- und 207 öffentliche Versammlungen statt. Viele von den letzteren mußten unter freiem Himmel abgehalten werden, weil die Lokalverhältnisse der Terror der Agrarier fürchten. Der Bericht hebt aber hervor, daß die Versammlungen unter freiem Himmel ausnahmslos sehr gut besucht waren.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Sielefeld-Wiedenbrück hatte in den neun Monaten des Geschäftsjahres 1912/13 mit einem Kasienbestand von 1158,06 M. 20561,83 M. Einnahmen. Die Ausgaben betragen 18454,15 M., sodas ein Kasienbestand von 2107,88 M. verbleibt. An den Parteivorstand wurden 5770,25 M. abgeführt. Der Verein zählte am 31. März 1913 7789 Mitglieder (davon 896 weibliche), gegen 7142 (inkl. 611 weiblichen) Mitglieder am 1. Juli 1912. Das ist eine Zunahme um 647 Mitglieder. Für Bildungszwecke wurden 2434,14 M. verausgabt. In 312 Mitgliederveranstaltungen und Versprechungen wurden 127 Vorträge gehalten. Öffentliche Versammlungen fanden 29, und Frauenversammlungen 17 statt. Sieben Flugblätter und Broschüren wurden in 61000 Exemplaren verbreitet, außerdem 4000 Exemplare der „Volkswacht“. Die Zahl der „Volkswacht“-Abonnenten im Kreise stieg auf 10800. In 14 Orten hat die Sozialdemokratie 60 Gemeindevertreter, davon 11 in der 2. Abteilung. In 20 Orten bestehen Bibliotheken mit 4149 Büchern. An einem Kurios über „Die deutsche Literatur im 19. Jahrhundert“ von Genossen Dr. Alberts, nahmen 252 Personen, im Durchschnitt 205, teil. 500 Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ sind vorhanden.

Die Generalversammlung des Vereins am Sonntag nahm außerdem Stellung zu der bevorstehenden Wahl der Abgeordneten zum Landtage.

Der vom Sekretariat des Sozialdemokratischen Vereins für Halle a. S. und den Saalkreis herausgegebene Jahresbericht ist nicht sehr befriedigend. Obwohl die Gewerkschaften in Halle und Umgegend im letzten Jahre recht gute Fortschritte machten, ist in der Mitgliederzahl der Parteioorganisation ein kleiner Rückschritt zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl betrug am 31. März dieses Jahres 6075 männliche und 386 weibliche, insgesamt also 7961 Mitglieder, während am 1. Juli vorigen Jahres 8045 Mitglieder gezählt wurden. Die Einnahme betrug zusätzlich des vorjährigen Kasienbestandes von 11 909,13 M. insgesamt 40 688,74 M. Dem steht gegenüber eine Ausgabe von 20 537,88 M. Es verbleibt in diesem Jahre ein Kasienbestand von 20 150,86 M. Diese günstigen Kasienverhältnisse erlaubten es dem Verein, einen not-

wendigen weiteren Sekretär, den Genossen Jul. Hilbrandt aus Neustolln, anzustellen.

Die Verammlungsstätigkeit war in der Berichtperiode sehr reger. Auch der Freitag fand diesmal eine lebhaftere Beteiligung als im vorigen Jahr. Die theoretische Durchbildung der Parteigenossen wurde durch einige Vorträge und durch die erhöhte Unterstützung der sehr gut ausgestatteten Zentralbibliothek gefördert.

Die am Sonntag im Volkspark zu Halle a. S. tagende, von 170 Delegierten besuchte Generalversammlung beschäftigte sich sehr eingehend mit dem Bericht und ehrigen Gründen der Stagnation.

Mit den Ergebnissen der Wahlmannwahl beschäftigte sich der Genosse Reiwand. Er teilte die Abstimmungsresultate mit, die sich nach unseren endgültigen Berechnungen ergeben haben. Danach sind in der Stadt Halle 5579 sozialdemokratische Stimmen abgegeben und 184 unserer Wahlmänner gewählt. Im Saalkreis wurden 2542 Stimmen abgegeben und 78 unserer Wahlmänner gewählt. Die gesamte Stimmzahl von 10 121 hat sich gegenüber der letzten Wahl um fast 3000 vermehrt. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, sich an den aussichtslosen Abgeordnetenwahlen nicht zu beteiligen. Weiter wurde beschlossen, daß leitende Genossen, die nicht gewählt haben, obwohl es ihnen möglich war, und auch diejenigen, die nicht die preussische Staatsangehörigkeit erworben haben, zur Rechenhaft gezogen werden sollen.

Angenommen wurde ein Antrag, daß alljährlich nur eine einheitliche, vom Bildungsausschuss veranstaltete Schulabschlussfeier stattfinden soll. Auch der Antrag, in diesem Jahre eine Gemeindevertreterkonferenz für den Saalkreis abzuhalten, fand Zustimmung.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wie man uns bekämpft.

Bei der Verurteilung eines Parteigenossen in dem schleswig-holsteinischen Städtchen Rendsburg hatte ein Gesangsverein am Tage ein Lied gesungen. Auf die Mitwirkung der Geistlichkeit hatte die hinterlassene Ehefrau des Verstorbenen verzichtet. Zwei Postoren nahmen daran anschließend Vergernis, denn sie erstatteten Anzeige. Sie behaupteten, weil bei dem Leichenbegängnis kein Pastor mitgewirkt habe, sei das Leichenbegängnis ein ungewöhnliches, zu dem die behördliche Genehmigung erforderlich gewesen, aber nicht eingeholt worden sei. Alle möglichen Behörden: Polizeibehörde, Staatsanwalt, Straßenvorstand und Konfistorium wurden in Bewegung gesetzt, aber es schien, trotz aller Bemühungen und Entschäften, als ob es nicht möglich sei, etwas Strafbares aus der Geschichte zu machen. Ein halbes Jahr ist seit dem Leichenbegängnis vergangen, da haben drei Genossen eine Anklageschrift erhalten, in der ihnen vorgeworfen wird, daß sie sich einer Verletzung des Reichsvereins- und Versammlungsgesetzes schuldig gemacht haben. Sie sollen ohne polizeiliche Genehmigung eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel veranstaltet haben. Man darf gespannt sein, was die Gerichte dazu sagen werden. Wenn jedes Leichenbegängnis, an dem kein Geistlicher mitwirkt, als eine genehmigungspflichtige Versammlung unter freiem Himmel angesehen werden soll, dann ist der Willkür der weltlichen und der geistlichen Behörden bei Leichenbegängnissen Tür und Tor geöffnet.

Aus Industrie und Handel.

Wirkungen des Generalstreiks in Belgien. Noch ehe der Generalstreik ausbrach, machte er sich im Wirtschaftsleben Belgiens deutlich bemerkbar. So stellte eine Zuschrift vom 21. April in den vom Reichsamt des Innern herausgegebenen wirtschaftlichen „Mitteilungen“ fest: „Am Vorabend des für den Beginn des Generalstreiks in den Kohlenruben festgesetzten Zeitpunktes ist es selbstverständlich, daß die Preise aller Sorten von Brennstoffen fester als je sind. Insbesondere sind Industriekohlen so knapp, daß eines der Eisenwerke in Hennegau gezwungen ist, die Arbeit einzustellen, und daß andere vielleicht dieselbe Maßregel ergreifen müssen, selbst wenn die Arbeiter der Eisenwerke sollten fortfahren wollen zu arbeiten. Es war sozusagen unmöglich, sich in der letzten Zeit Vorräte von Kohlen zu beschaffen, daher ist es nicht erlaublich, daß Industriebetriebe, ohne daß ihre Arbeiter selbst streiken, mit der Arbeit aufhören müssen.“ Eine deutlichere Sprache wie dieses Zitat reden die Ein- und Ausfuhrziffern des Monats April 1913 im Vergleich zu den Zahlen desselben Monats im Vorjahr. Es betrug an Steinkohlenprodukten (Kohlen, Koks, Briketts) im April 1913 die Einfuhr aus Deutschland 230 394 Tonnen mehr, die Ausfuhr aus Belgien nach Deutschland 23 728 Tonnen weniger als im April des Vorjahres. Also um über 42 Proz. ist die Einfuhr aus Deutschland im April 1913 gestiegen, während die Ausfuhr nach Deutschland um 32 Proz. fiel. Dieser Verlust ist aber nur ein ganz winziger kleiner Teil dessen, was das Volk durch den Generalstreik wirklich verloren hat.

Mittelamerikanischer Staatsbankrott. Nicaragua will von der Silber- oder eigentlich Papierwährung zur Goldwährung übergehen. Es hat sich dazu die Hilfe der Banken Brown Bros. u. Co. und Seligman Co. in New York verschrieben und eine neue Münzeinheit vereinbart, die Cordoba heißen und den Wert des nordamerikanischen Golddollars haben soll. Es ist von den beiden Banken eine Nationalbank eingerichtet worden, die das Geschäft erledigen wird, und zwar zum Konvertierungskurs von 1250 Proz., das heißt für bisherige 1250 Pesos in Ridel oder Papier wird die Nationalbank 100 Cordobas zahlen. Der Peso der bisherigen Währung gilt also nur noch 33 1/3 Pf. Der Silber-Peso hat 1,85 M. Silberwert und muß höher bewertet werden. Sein Kurs wird von der Bank festgesetzt. Ursprünglich war der nicaraguansische Peso 4,05 M. wert. Vor zwei Jahren war er auf 58 bis 68 Pf. gefallen und heute erreicht er gerade noch 33 1/3 Pf. als Höchstfuß. Das bedeutet einen Zusammenbruch der Staatsfinanzen, wie er nicht oft zu verzeichnen sein wird.

Für die Banken ist die „Sanierung“ ein gutes Geschäft. Die von ihnen kapitalisierte Nationalbank gibt gegen das alte Papiergeld nur neues Papiergeld und Silber, Ridel, und Kupfermünzen. Das Gold der Bank bleibt in New York. Dadurch ist das Land in dauernder Abhängigkeit von den nordamerikanischen Kapitalisten. Seine Lieferungen an Gummi, Farbhölzern, Kaffee, Gold und Silber für eine rücksichtslose Ausbeutung frei zu machen, scheint überhaupt der Zweck der ganzen Sanierungsaktion zu sein.

Brüsseler Juckerkonvention. Die Ständige Kommission der Internationalen Juckerkonferenz tagt gegenwärtig in Brüssel. Wie der „Börsen-Courier“ meldet, haben die englischen Delegierten erklärt, daß England die Absicht hat, die Vereinbarungen der Juckerkonvention auch fernerhin anzuwenden, und daß es, falls es genehmigen würde, seine Ansicht zu ändern, sich verpflichten würde, von dieser Absicht den interessierten Mächten sechs Monate im voraus Kenntnis zu geben. England wird demnach gleich den Mitgliedern der Juckerkonvention Jucker, der durch Ausfuhrprämien des Produktionslandes bevorzugt ist, die Einfuhr erschweren. Unsere Agrarier, die gerne Deutschlands Austritt aus der Konvention herbeiführen möchten, um wieder Wucherpreise für Jucker zu erlangen, berufen sich also zu Unrecht auf Englands Austritt aus der Konvention.

Selbstkosten + 10 Proz. Die Herren-Meider-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H. erjucht uns um Aufnahme folgender Verächtigung: „Es ist unrichtig, daß die Geschäftsführer der Herren-Meider-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H.“ ein jährliches Gehalt von 40 000 Mark, d. h. 5 Proz. des Umlages beziehen oder bezogen haben. Richtig ist vielmehr, daß der Geschäftsführer Herr Julius Heine mann ein festes Gehalt von jährlich 12 000 M., der Geschäftsführer Herr Richard Davidsohn ein festes Gehalt von jährlich 6000 M. bezieht und daß diese beiden alleinigen Geschäftsführer außer ihrem festen Gehalt keinerlei weitere Bezüge, Tantiemen und Vergleichen von der H. A. G. erhalten.“

Du sollst es lapieren, wie lieblich vertraut se
Die herrliche urdeutsche Sprach.
Quatsch deutsch, dahstehst, sonst halte die Schnauze,
Jed tipp Dir gewaltiam uns Dach.
Der Feldweibel Schulz ist Muster for'd Reden
Und Muster och for dei Befehl.
Die Hauptache bleibt: völkisch deutsch zu verblöden
Und Ausdauer führt da zum Ziel.

u' g' adan.

Notizen.

Ein „ätherisches Pompeji“ wird, etwas großsprecherisch, die alte Kelten- und Römerstadt Agunt genannt, die man jetzt bei Nieng im tirolischen Drautal (Pustertal) systematisch und unter der Leitung der staatlichen Zentralkommission für Denkmalspflege ausgräbt. Für die Freilegung von 8000 Quadratmetern stehen 16 000 Kronen Staats- und Landesgelder zur Verfügung. Die früheren Probegrabungen des Professors Blonar haben einen Teil der Stadtmauer, die Unterbauten zweier Paläste, einen großen Mosaihboden, interessante Kreuzgewölbe, Wandmalereien, Ton-scherben usw. zutage gebracht. Agunt war eine lebhafte Handelsstadt der römischen Provinz Norikum.

Erinnerung an Whistler. Als Whistler, der bedeutende englische Maler und Radierer, eines Tages die Skizzen seiner Schüler prüfte, brach er vor der Leistung einer Malerin, die ihre Landschaft purpurrot und grasgrün herunterpinfelte, in die Worte aus: „Um Gottes willen, was malen Sie denn da?“ „Ich male, was ich sehe“, antwortete die Dame gereizt. „Sie werden sich schön wundern, wenn Sie erst sehen, was Sie gemalt haben“, sagte Whistler, indem er sich kopfschüttelnd entsetzte.

John Lubbock gestorben. In London ist der englische Naturforscher John Lubbock, der im achtzigsten Lebensjahre stand, gestorben. Er ist einer der namhaftesten Gelehrten aus der Darwin-Zeit, denen die entwicklungsgeschichtliche und biologische Forschung Wichtiges verdankt. Ueber dieses Feld hinaus drang er zu härenen Ergebnissen in die Urgeschichte der menschlichen Kultur vor. Viele seiner Werke sind auch in deutscher Sprache zur Wirkung gelangt. Sein Leben zeigt auch den Einfluß der Auskunfts-Epoche. Ein Buch über „Die Schönheit der Natur“ bewies, daß er die große und kleine Welt nicht bloß als experimentierender Forscher betrachtete. Sozial äußerten sich seine ästhetischen Neigungen in der Einführung des Bankfeiertages — Bank-Holiday — der in London alljährlich an einem August-Donnerstag gefeiert wird und einer Anregung Lubbocks (er war auch ein großer im Reiche des englischen Bankkapitals und avancierte als solcher zum Lord Avebury) entstammt.

Todes-Anzeigen

Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und gute Mutter
Gertrud Karl
 geb. Schaletzki
 am Montag, den 26. Mai, sanft
 entschlafen ist.
 Um stille Teilnahme bittet
Adolf Karl nebst Sohn.
 Beerdigung: Freitag, nachmittags
 4 Uhr von der Halle des Zentral-
 Friedhofes in Friedrichsfelde.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 l. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
 Stralauer Viertel, Bezirk 295.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unsere Genossin Frau
Gertrud Karl geb. Schaletzki
 Rudolphplatz 5, verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 30. Mai, nachmittags
 4 Uhr, von der Leichenhalle des
 Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
 felde aus statt. 214/4
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für Niederharnim.
 Bezirk Mahlsdorf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Drehsler
Ludwig Schierhorn
 am 25. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 29. Mai, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Waidhofs Kirchhofs
 aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Am Dienstag, den 27. Mai,
 entschlief nach langem, schwerem
 Leiden unsere einzig geliebte Tochter
Klara
 im 16. Lebensjahre.
 Dies zeigt, um stille Teilnahme
 bittend, an die tiefbetrübten Eltern
Theodor Bastidon
 nebst Frau.
 Die Beerdigung findet am Frei-
 tag, den 30. Mai, um 3 1/2 Uhr
 vom Trauerhause, Wangelstr. 67,
 um 4 1/2 Uhr auf dem höchsten
 Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde
 statt. 1007b

Dankfagung.
 Für die Beweise herzlicher Teil-
 nahme bei der Beerdigung unseres
 lieben Deubers und Umfelds
Wilhelm Lill
 sagen wir allen Teilnehmenden, sowie
 der Direktion der Englischen Gas-
 anstalt unseren herzlichsten Dank.
Gechwister Lill
 Familie Groß.

**Verein der Berliner Buchdrucker
 und Schriftgießer.**

Am heutigen Tage verstarb nach langem, schwerem
 Leiden unser früherer Schriftführer und langjähriger
 Vereinswirt
Gustav Henning.
 Ein tüchtiges Leiden fesselte ihn in den letzten
 Jahren ans Krankenlager. Nachdem im Januar 1912 die
 Amputation des linken Beines erfolgt war, mußte er jetzt
 auch durch Operation das rechte Bein einbüßen, deren
 Folgen er endlich erlag.
 Wer seinen biederen, humorvollen Charakter kennen
 gelernt hat, wird den Schmerz zu würdigen wissen, den
 sein Hinscheiden seiner Familie und allen seinen Freunden
 und Bekannten bereitet.
 Seit Beendigung seiner Lehrzeit in Stettin dem Ver-
 bände angehörend, verlor die Organisation in ihm, der
 vor kurzem erst das 47. Lebensjahr vollendete, ein treues
 Mitglied, das in jeder Situation allen Aufgaben gerecht
 wurde und bereit war, seinen Mann zu stellen.
 Wir verlieren in dem Dahingeschiedenen ein treues
 Mitglied und einen langjährigen Freund und Mitarbeiter.
 Möge ihm die Erde leicht sein.
 Die Beerdigung findet am **Sonnabend**, den 31. Mai,
 nachmittags 6 Uhr, auf dem Neuen Luisenstädtischen
 Kirchhof, Neukölln, Hermannstr. 186, statt.
Berlin, den 27. Mai 1913.
Der Vorstand
 des Vereins der Berliner Buchdrucker
 und Schriftgießer.
 27/19 **Albert Massini**, 1. Vorsitzender.

Am Dienstag, den 27. Mai,
 verstarb nach langem, schwerem
 Leiden mein innigst geliebter Mann,
 bergensguter Vater, Sohn, Bruder,
 Schwager und Onkel, der Restaurateur
Gustav Henning
 Alexandrinenstr. 44
 im Alter von 47 Jahren.
 Im Namen der Hinterbliebenen
 Frau **Olga Henning**
 und Söhne.
 Die Beerdigung findet statt am
 Sonnabend, den 31. Mai, nach-
 mittags 6 Uhr, von der Leichen-
 Halle des neuen Luisenstädtischen
 Kirchhofes, Neukölln, Hermann-
 str. 186-190, aus.

Weißensee.
 Am Sonntag verstarb im
 58. Lebensjahre unser Kollege
Heinrich Silberberg.
 Er wäre im nächsten Jahre
 25 Jahre bei der Firma tätig
 gewesen.
 Wir verlieren in ihm einen
 guten Kollegen und werden
 ihm ein dauerndes Andenken be-
 mahnen.
 Die Beerdigung findet heute,
 Donnerstag, den 29. Mai, nach-
 mittags 5 Uhr, auf dem Ge-
 meinde-Friedhof in der Hallen-
 berger Straße statt. 90a
 Die Kollegen der Firma
Karl Raspe Chemische Fabrik,
 Weißensee.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 Charlottenburg.
 6. Gruppe.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Tischler
Traugott Buder
 Goethestr. 46, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 30. Mai, nach-
 mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Südwest-Kirchhofes aus
 statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Hierdurch die traurige Nachricht,
 daß mein innigst geliebter Mann,
 unser guter Vater, der Tischler
Rudolf Kuhn
 am 27. Mai nach schwerer Ope-
 ration sanft entschlafen ist.
 Dies zeigt tiefbetrübt hiermit an
Frau Kuhn nebst Tochter.
 Die Beerdigung findet am Sonn-
 abend, den 31. Mai, nachmittags
 3 Uhr, von der Halle des zweiten
 Schöneberger städtischen Friedhofes
 (Blanke Dölle) aus statt. 1017b

Dankfagung.
 Für die rege Beteiligung bei der
 Beerdigung meiner lieben Frau und
 Tochter sage ich allen hiermit meinen
 herzlichsten Dank. 14a
Der trauernde Gatte
H. Bernard.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Sektion der Putzer.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß der Kollege
Friedrich Mehlitz
 am 26. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 29. Mai, nach-
 mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Wilmersdorfer Kirch-
 hofes, Berliner Straße, aus statt.
 143/1 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
 l. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
 Köpenicker Viertel. (Bez. 194)
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Metall-
 arbeiter
Richard Krone
 Götlicher Str. 52, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, nachm. 5 Uhr, von der
 Leichenhalle des Zentral-Friedhofes
 in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Drucker
Richard Krone
 Götlicher Str. 52, am 26. Mai an
 Lungenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 30. Mai, nachmittags
 5 Uhr, von der Leichenhalle des
 höchsten Friedhofes in Friedrichs-
 felde aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 118/19 **Die Ortsverwaltung.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
 Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
 Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
 Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiedervorkäufer.
 Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
 Sämtliche be- **Zigaretten** zu **Originalpreisen.**
 kannten Marken **Amt 4, 3014.**

Kadifahrerarten
Wanderarten
 hält stets vorräthig
Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstr. 69 (Caden)

"Unsere Marine"
 Erstklassig
 Die beste
2 Pfg.
 Cigarette
GEORG A. JASMATZI A. G. DRESDEN
 GRÖSSTE DEUTSCHE
 CIGARETTENFABRIK

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 29. Mai 1913.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Volks-
 vorstellung: Goldberg.
Prater. Das Sommermädchen.
 Anfang 8 Uhr.
Urania. Die Korbweiber. Ept.
Königl. Opernhaus. Salome.
Neues Opern (Kroll). Tannhäuser.
 Veritas. Alt-Wien.
Deutsches. Der lebende Leinwand.
Mauerpfeiler. Die Einnahme von
 Berg-op-Zoom.
Berliner. Jimyander.
Königsplatz. Die fünf
 Frankfurter.
Schiller O. Moral.
Schiller. Charlottenburg. Hasem-
 anns Töchter.
Theater des Weltens. Der
 liebe Augustin.
Montis Operetten. Der lachende
 Ehemann.
Deutsches Schauspielhaus. Ein
 idealer Gatte.
Kleines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Nilsen.
Romödienhaus. Hochherzogliche
 Wohnungen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Thalia. Puppchen.
Puffen. Die drei Schwestern Han-
 holz.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Theater am Nollendorfplatz.
 Extrazug nach Nizza.
Neue Welt
 A. Scholz, Hasenholde 108-114
Heute
 Donnerstag, den 29. Mai:
Elitetag!
 verbunden mit
Großem
Monsterfeuerwerk
 Pyrotechniker: E. Niesandt.
 U. a.: Beschließung u.
 Zerstörung ein. russ.
 Panzers.
 Im neuen Saal:
Großer Ball.
 Anf. 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Schiller-Theater O. Badner-
 Theater.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Moral.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zwei Wappen.
Schiller-Theater Charlotten-
 burg.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Moral.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Geographie und Liebe.
Berliner Theater.
 Täglich
 8 Uhr:
Filmzauber.
Theater in der Königgrätzer Straße
 8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.
Deutsches Schauspielhaus
 8 Uhr: Ein idealer Gatte.
Kroll-Oper
 8 Uhr:
Tannhäuser.
 Freitag: Bajazzo. Dienstag:
 Cavalleria rusticana.
 Sonnabend: Meistersinger.
 Sonntag: Tannhäuser.
Theater des Westens.
 8 Uhr. Volkstümliche Vorstellung:
Der liebe Augustin.
Residenz-Theater.
 Schluß der Spielzeit am 31. Mai.
Die Frau Präsidentin.
 (Madame la Présidente).
 Schment in 3 Akten v. R. Pennequin
 und G. Weber.
 Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 182.
Krone und Fessel.
 Anfang 8 1/2 Uhr:
 Morgen: Krone und Fessel.
 Auf der Gartendüne:
Achtung! Es geht los!
 Gr. Poffe. Konz. Bund. Zeit. Anf. 4 1/2.
Metropol-Theater.
Die Kino-Königin.
 Operette in 3 Akten von Carl Freund
 und G. Klönkowsky.
 Musik von Jean Gilbert.
 In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.
 Anfang 8 Uhr:
Brauerei Friedrichshain
 Am Königsdör.
 Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-Frei-Vorstellung
 der Norddeutschen und Apollo-Sänger
 bei freiem Entree.
Roederei Kahnt & Hertzner
 Billige Extrafabriken ab: **Waisenbrücke**
 An den Sonntagen, **Tempitz** (Tornows) Abfahrt 7 1/2 Uhr
 1. 8. u. 15. Juni nach **Krampeburg** Abfahrt 9 Uhr
 Sonntag, den 1. **Ziegenhals** Abfahrt 9 Uhr
 und 8. Juni nach **Neue Mühle** Abfahrt 2 Uhr
 u. Krampeburg Abfahrt 2 Uhr
 vom 1. Juni ab **Neue Mühle** Abfahrt 10 Uhr. Hin und zurück
 täglich nach **Neue Mühle** Abfahrt 10 Uhr. Sonntag 1 Uhr.
 von **Café Alton** (Schlesische Brücke) Abfahrt 10 1/2 Uhr. Sonntag 1 1/2 Uhr.
 Dampfer sind an Bezugs- und billig zu vergeben.

Montis Operetten-Theater
 (fr. Neues Theater). Am Nordend 1141.
 Sommerpreise! Abends 8 Uhr:
Gastspiel Julius Spielmann:
Der lachende Ehemann.
Neue Welt
 A. Scholz, Hasenholde 108-114
Heute
 Donnerstag, den 29. Mai:
Elitetag!
 verbunden mit
Großem
Monsterfeuerwerk
 Pyrotechniker: E. Niesandt.
 U. a.: Beschließung u.
 Zerstörung ein. russ.
 Panzers.
 Im neuen Saal:
Großer Ball.
 Anf. 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Urania.
 Taubenstraße 48/49.
 Wissenschaftliches Theater.
 Abends 8 Uhr:
Die Nordsee-Insel Sylt.
ZOO-LOGISCHER GARTEN
 Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militär-Doppelkonzert
 Eintritt 1 Mark,
 von 6 Uhr ab 50 Pf.
 Kinder unter 10 Jahren
 die Hälfte.
 Jahresabonnements an allen drei
 Schalterkassen.
Passage-Panoptikum
 Der weltberühmte amerikanische
Negerboxer
Andrea Johnson bei sein
 Training zum Kampf um die
 Weltmeisterschaft.
Jon Got,
 der akrobatische Schlafwandler!
 Der Mann mit der eisernen Hand.
Aga, Jungfrau!
Alles lebend!
 Alles ohne Extra-Entree!
Voigt-Theater.
 Badstraße 58.
 Heute sowie täglich:
Auf nach Amerika.
 Spezialitäten allererst. Ranges.
 Aufführung 9 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater
 Stettiner Sänger.
 „Stucke's
 Pflingstfahrt“
 Berliner
 Burlesko
 von Meyssel.
 Anfang 8 Uhr.
Folies Caprice.
 (Sein letzter Wille
 Der Cowboy
 Soll und Haben.
 Am 2. Juni: Premiere:
Parisiana.
UNA PARK
 Saisonkarten alle Tage
 gültig
 auch für Elitetage
 Mark 3,-
Admiralspalast.
Eis-Arena. - Allabendlich
 das gr. erfolgreiche Eisballett
Flirt in St. Moritz.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
 halbe Kassenpreise.
Restaurant 1. Ranges.
 Wein- und Bier-Abteilung.
 Für den Inhalt der Inserate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Flugwoche Johannisthal

Heute 5-8 Uhr und täglich bis 1. Juni.

Mark 3, —, 1, —, 0, 50.

Wettbewerbe: Kürzester Anlauf — Kürzester Auslauf — Dauer — Zum ersten Male gleichzeitigiger Start auf 6 Anlaufbahnen!

2. Preussisch-Süddeutsche

(228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 16.ziehungstag 28. Mai 1913 Donnerstag

Jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Ziehungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr K. S. L. f. S.) (Nachdruck verboten)

24 01 130 83 197 610 82 607 24 38 91 772 820 28 (1000) 918
1053 197 213 84 (1000) 690 705 85 810 2040 809 416 (800) 643
753 67 (500) 617 61 63 99 3140 90 213 36 644 883 944 4006
105 21 335 43 84 96 362 413 72 807 10 837 5453 60 88 (1000)
675 708 607 83 8089 225 662 (3000) 7006 111 236 60 327 97
691 662 (500) 758 823 54 938 2009 73 (5000) 211 96 320 418
615 794 811 (500) 9333 82 205 (500) 21 85 (3000) 377 878 670
671 (1000) 966

10209 321 58 497 678 643 814 40 11073 126 43 255 449 81
(1000) 587 97 047 785 (500) 538 45 861 12040 300 (500) 28 563
776 645 826 12044 530 (500) 361 86 92 436 709 (1000) 811 809
(500) 37 1407 257 74 452 616 58 78 628 64 18075 160 97
2603 67 432 679 746 897 850 10202 361 453 613 (3000) 73 (1000)
653 90 762 810 45 79 933 48 17408 873 621 (500) 869 18174
214 216 33 (500) 895 828 (1000) 935 (1000) 19042 106 76 79
209 305 434 79 752 854

20209 173 80 394 715 33 80 620 62 (1000) 21044 141 224
405 615 777 511 86 22187 (500) 75 (1000) 613 92 894 (1000)
665 (500) 23003 244 86 (1000) 902 23 29 (1000) 404 34 44 82
85 682 664 24150 363 621 65 663 760 843 81 83 282026 61
120 295 92 374 (1000) 834 635 51 87 794 500 (1000) 26009
(1000) 134 91 417 623 723 625 34 72 93 27331 406 85 801
85 239 734 97 29143 955 820 949 85 29153 66 (500) 201
11 44 595 602 11 30 97 816

30203 (1000) 137 378 469 606 87 64 715 30 85 985 31297
323 655 71 652 32000 (500) 21 223 354 75 98 439 587 632 744
20 813 78 33071 343 47 623 89 730 893 941 34062 414 48 729
669 754 800 (1000) 508 33188 504 528 89 680 609 (3000) 519
13000 76 923 97 36075 137 700 37022 184 557 (500) 684 719
25 33 800 (500) 36017 65 (500) 300 427 525 30 813 (1000) 931
39206 376 408 (3000) 622 755 (1000) 824 965

40303 715 954 85 41065 (500) 107 22 35 207 78 441 823
(1000) 995 42096 (500) 134 40 65 225 437 38 815 873 905 67
42048 83 143 968 371 108 607 746 (500) 891 44007 505 7 84
630 78 811 48100 71 493 64 48016 271 373 369 63 787 954
47073 (500) 147 638 787 968 48178 282 503 613 (1000) 977
(3000) 742 948 49228 77 654 666 755 945

50407 (1000) 14 (500) 79 622 754 71 90 90 943 80 81280
85 329 413 (500) 62 (3000) 81 565 613 940 53 52001 299 566
735 627 (500) 53038 187 84 60 757 514 823 70 818 96 (3000)
54008 18 21 81 218 349 451 696 700 37 894 (3000) 55 868
355 74 431 (1000) 787 63 814 69 500 (500) 43 88054 296 805
477 98 945 720 830 43 87121 64 367 98 577 (1000) 609 769
623 85 88206 807 90 614 758 58 597 59400 (500) 309 306
624 858 812 90 (500)

60200 904 31 4712 638 80 61 804 61073 (500) 140 77
303 47 890 82068 84 871 80 697 740 828 885 83011 63 330
480 48 674 608 92 886 (500) 907 64120 259 718 72 460 601
(500) 74 624 609 (1000) 62 85047 (1000) 80 115 45 (500) 55
375 84 824 67 683 (1000) 94 703 809 86622 83 87718 88
436 (500) 88 889 613 79 790 950 88000 64 214 84 398 565
622 (1000) 735 69371 409 327 918

70409 126 42 54 (800) 249 548 71213 602 609 37 828
72012 78 (500) 282 806 86 480 872 78 742 623 73077 (3000)
173 (500) 541 (1000) 306 555 742 817 74044 352 404 41 03 636
49 65 673 729 828 78 874 302 33 81 411 826 667 665 76059
808 811 27 41 63 (500) 78 903 77058 85 168 320 806 (1000)
936 47 78025 166 220 372 76 689 816 35 920 25 30 79168
321 458

80607 226 219 (1000) 375 79 831 647 72 703 20 81084
210 305 468 516 616 609 (1000) 714 801 40 82011 269 449 644
718 813 86 83064 269 72 703 404 494 611 602 28 582 (500)
84077 (500) 623 731 85063 70 (1000) 95 308 335 541 615
88110 68 89 245 415 20 794 (500) 877 87018 17 36 66 330
8001 (500) 895 948 88024 71 (1000) 102 236 75 77 352 437 603
(1000) 174 613 89025 146 73 208 10 32 44 412 71 (500) 634
46 81 810 (500) 761

90308 (1000) 104 202 481 91 878 327 (1000) 213 81286
481 89 78 623 20 77 783 (500) 92284 241 496 (500) 854
600 718 34 85 825 38 74 909 92000 8 123 335 90 436 696
780 311 (500) 49 72 939 (500) 94088 102 35 46 232 480 712
64 (1000) 823 600 95180 223 31 (500) 6 129 43 484 (800)
726 95 (500) 931 98017 119 99 582 625 62 739 45 97079 (500)
349 97 748 89 (500) 441 515 (1000) 46 731 78 88000 60 (800) 621
70 97 748 89 503 78 99144 89 240 327 84 637 671 708 78
424 82 81 (500) 930

100210 827 743 30 99144 89 240 327 84 637 671 708 78
988 102355 65 661 660 604 109093 (500) 352 39 61 891 11
4 429 99 509 077 761 (1000) 63 725 74 104021 69 81 273

2. Preussisch-Süddeutsche

(228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 16.ziehungstag 28. Mai 1913 Donnerstag

Jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Ziehungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr K. S. L. f. S.) (Nachdruck verboten)

35 88 381 472 531 508 29 769 83 815 (500) 8173 294 430
96 543 628 756 (500) 981 (500) 72 2008 (3000) 144 266 330 428
878 613 745 52 943 3010 658 63 612 62 4136 362 404 747 852
915 5277 313 69 462 807 (3000) 30 890 615 6017 49 207 (1000)
80 313 70 403 35 90 506 35 609 72 71 636 7436 858 661 54
61 64 703 965 8233 90 494 599 708 536 904 63 (1000) 9276
700 (500) 922 (1000)

10029 242 344 (1000) 77 441 622 534 87 11032 95 568 73
99 601 808 903 12056 648 (500) 703 13016 323 63 29 499 633
794 (1000) 75 325 554 14254 261 24 437 630 (500) 18109 250
(1000) 83 988 30 686 (3000) 94 779 948 18014 (500) 217 34 243
303 91 607 777 847 (500) 17122 353 582 502 58 71 88 18044
117 30 (500) 64 84 234 301 27 (1000) 72 617 18068 64 89 281
414 16 89 651 92 83 (1000) 607 27 887

20018 (1000) 37 268 307 543 616 30 30 852 85 (1000) 87
99 973 21315 432 936 22136 232 (1000) 40 866 807 77 917
76 78 84 22003 76 274 552 613 36 62 803 874 24010 115
17 49 67 303 539 761 813 37 64 67 28043 108 018 87 86
22089 501 98 864 69 987 60 27130 310 37 628 742 811 913
26087 148 077 70 (1000) 779 (500) 588 29004 102 04 616 651
(500) 715 21 836 834 64

30013 (1000) 94 385 451 618 94 620 97 (1000) 779 993
31021 168 744 401 702 7 (1000) 84 (500) 914 (500) 41 44 93 94
32571 482 926 906 30041 (1000) 204 74 383 520 34141 422
74 657 65 681 822 917 (1000) 52 (800) 38185 95 207 17 21 67
374 432 823 824 84 32600 201 326 63 689 761 523 940 95
37329 62 78 487 64 327 718 39 99 38180 269 307 483 611
(500) 13 987 (1000) 38060 189 281 75 96 303 528 608 711 818 47 60
40389 37 308 504 15 732 555 976 4157 361 482 654 743
(500) 817 27 810 26 42120 300 61 382 446 (500) 55 671 677
894 928 (500) 43289 356 443 534 98 (500) 670 69 787 856 978
44119 702 97 48046 48 83 56 434 97 725 833 98 596 48006
86 91 102 98 376 599 717 61 69 47007 (500) 8 21 175 285
76 381 60 586 733 849 907 48186 47 317 677 642 618 85
49186 349 312 62 467 527 685 (500) 808

50008 438 628 666 778 969 51101 72 314 508 64 52036
247 363 636 (1000) 799 (500) 958 (1000) 53064 130 243 641 49
744 65 869 84189 (500) 321 81 (5000) 411 602 23 606 979
58622 42 106 341 84 623 606 338 58 58065 153 236 55 328
37 (500) 417 (500) 26 (1000) 80 531 (1000) 790 31 800 995
57040 77 144 261 742 934 87 58093 112 15 83 (1000) 218 44
300 786 59186 201 63 401 80 87 835 84 60 633 65 846 940
64 (500)

60147 244 67 348 569 (500) 625 707 829 32 912 81 81278
(500) 402 (500) 917 70 (1000) 747 830 612 82146 222 469 656
728 390 (1000) 918 49 85 83103 48 61 218 308 17 81 54 609
70 754 83 84044 260 828 970 88519 641 44 709 54 802 18
919 68482 88 (500) 776 67008 154 304 611 87 641 (500)
240 14 88167 61 (500) 87 209 331 64 87 401 617 34 654 719
67 832 89073 (500) 90 249 73 499 618

70035 590 947 760 813 71006 175 604 72211 30 389 96
874 649 731 444 984 71 84 73018 61 600 1 93 674 713 (500)
814 77 74180 87 249 (500) 73 99 481 503 60 623 40 703 82 866
70025 84 248 371 70 669 (3000) 78 704 527 (500) 910 22 76048
402 811 (500) 86 71289 437 54 873 808 73 78729 303 68
451 (500) 597 780 234 307 63 611 85 808

80003 30 182 374 387 81 457 686 810 93 81038 564 623
739 48 94 828 926 (500) 49 82013 323 325 605 783 887 913
83063 187 70 247 705 84024 269 585 93 702 48 601 9 85330
389 487 544 982 69 88146 48 59 242 (1000) 302 63 96 928 54
87195 376 400 861 (800) 88017 67 122 328 318 63 323 721
68 (500) 72 820 88036 349 807 (3000) 702 839 78 911

90040 228 (500) 73 (1000) 431 80 891 815 32 33 956
90306 60 219 (1000) 95 305 72 92025 211 356 544 760 808
21 816 93149 308 16 (500) 838 708 65 (1000) 886 886 886 886
94008 163 931 (1000) 431 612 710 820 695 85401 546
642 (1000) 900 48 80009 113 238 (500) 46 378 478 673 918 914
07025 84 248 371 70 669 (3000) 78 704 527 (500) 910 22 76048
92127 68 (1000) 343 79 378 480 613 849 49 799

100284 81 611 47 89 858 78 934 101218 355 (1000) 85
476 549 79 760 66 111 102232 43 303 648 708 103070 (1000)
81 159 76 496 867 653 922 (1000) 93 104001 125 30 63 225
365 600 45 84 733 856 90 925 (500) 105174 (1000) 83 222
90207 387 748 335 106318 (500) 420 815 19 724 843 62 810
107253 371 82 483 603 600 87 800 108061 131 234 64 639
60 884 966 108038 334 426 87 69 672 639 745 829 94 (1000)
110122 40 74 256 308 438 89 78029 (1000) 90 (1000) 719
111154 268 358 423 634 (800) 1128 903 49 112001 132 218
94 315 28 (500) 738 113048 124 (1000) 234 385 481 (500) 653
607 15 20 42 764 650 (500) 981 114189 729 80 (500) 439 63
83 828 (500) 890 785 823 54 (500) 118026 107 392 (800) 72
434 889 920 23 116106 84 72 79 237 305 17 (500) 478
770 834 (500) 117153 252 73 50 330 (1000) 25 28 58 666 (500)

2. Preussisch-Süddeutsche

(228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 16.ziehungstag 28. Mai 1913 Donnerstag

Jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Ziehungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr K. S. L. f. S.) (Nachdruck verboten)

798 110023 (500) 63 185 307 448 578 635 64 119163 (500)
220 302 3 532 90 42 98 994 94
120078 442 99 812 628 823 (500) 85 121044 83 281 307
(500) 62 97 401 80 335 712 87 916 122188 (3000) 40 74 503
20 639 74 927 123231 (5000) 264 483 616 80 (500) 72 765 66
846 (500) 587 123244 324 82 878 809 992 123190 9 566 803 70
715 39 (5000) 123250 (500) 85 239 (1000) 54 324 401 581 (1000)
878 (1000) 900 4 79 127401 71 875 (500) 625 738 (500)
123064 141 59 257 322 (3000) 78 65 478 966 844 (3000) 61 78
(500) 626 919 (500) 33 192128 20 609 (500) 700 33 (800) 83
015 31

130021 91 180 300 30 45 130189 136 40 273 320 673 (500)
665 836 132272 551 663 (1000) 95 747 814 133171 327 749
(1000) 830 961 (500) 92 134338 90 430 505 615 26 51 758 83
135276 615 82 665 722 839 043 138181 300 330 386 582 633
795 800 914 21 137122 543 67 83 706 64 880 500 138209 477
877 665 782 843 139066 266 376 412 29 61 (5000) 655 746 26
914 22

140044 684 141107 855 637 81 142214 (1000) 20 95
303 (500) 866 708 878 81 143890 82 69 63 78 175 93 248 307
410 33 806 36 734 67 985 144942 178 383 83 484 809 6 40
145114 (500) 84 863 69 145011 35 144 234 324 871 83 901
148038 14 242 (1000) 67 90 414 78 83 (3000) 600 754 97 92
(3000) 140083 131 63 211 61 494 80 (1000) 678 606 92 623
41 956 87

150193 318 78 81 448 666 90 99 151043 550 632 45 (800)
53 795 800 947 152523 116 62 373 447 697 610 778 613 29
60 77 82 908 92 155017 61 322 (500) 90 465 648 728 839 42
(500) 842 923 (500) 79 719 30 84 899 157044 71 844 690 743
530 158300 97 606 706 26 (1000) 33 159027 (500) 152 203
38 (500) 310 410 587 47 68 608 52 889 86

160432 (500) 36 604 80 74 (1000) 732 40 66 896 7 44
160904 210 389 79 87 (500) 619 (1000) 717 67 946 63 162068
243 67 801 798 898 163100 93 226 68 399 459 527 164099
278 218 77 (1000) 682 753 801 165006 126 319 537 751 808
88 907 168116 (1000) 24 84 232 424 697 64 811 28 892
169189 369 99 34

Die Generalversammlungen der Berliner Wahlkreise.

Erster Wahlkreis.

In seinem

Jahresbericht

Genosse Petermann, daß das verfloßene Geschäftsjahr trotz der Kürze von 9 Monaten ein sehr arbeitsreiches war. So wurden unter anderem zwölfmal Flugblätter in einer Gesamtauflage von 179.000 Exemplaren verbreitet, 13 öffentliche und 7 Wählerversammlungen abgehalten usw. Diese zahlreichen Veranstaltungen machten sich denn auch im Organisationsgebiete durch viele Sitzungen usw. stark fühlbar. Im Wahlvereinsmitgliedern zählte der 1. Kreis im Jahre 1912 männliche 808, weibliche 60 und 1913 männliche 862, weibliche 116. Es ist dies dem Vorjahre gegenüber ein Mehr von 64. Der sozialdemokratische Stimmenrückgang bei der Kampfbahn-Wahl ist dadurch erklärlich, daß nach den alten Listen gewählt wurde, bei der Wahl selbst auch die Demokraten gänzlich verjagten.

Holzmann, der den

Rassenbericht

gab, konnte diesen im allgemeinen als günstig bezeichnen. Einer Einnahme von 6404,84 M. steht eine Ausgabe von 4866,15 M. gegenüber, so daß der augenblickliche Bestand 1418,89 M. beträgt. Klage führte er, daß noch immer so unpünktlich abgerechnet wird.

Den

Präskommissionenbericht

gab Genosse Jaduf, Genosse Ege den der Lokalkommission, Düwelle berichtete über die Schieds-, Genossin Kohn-Hart über die Kinderbeschulungs- und Genosse Schwedler über die Schifferagitationskommission. Die letztgenannte Kommission hat im Verhältnis sehr günstige Fortschritte gezeitigt. Gegen ungeschickte Kinderarbeit kam es in 8 Fällen Schritte unternommen werden. Das Vorkommnis hat sich trotz Streichung mehrerer Wirtschaften im 1. Kreis nicht ungenügend gehalten, da der Lokalliste mehrere neue Etablissements zugesetzt werden konnten. Ueber die Notwendigkeit der proletarischen Jugendbewegung berichtete Schwabedahl.

Nach den Neuwahlen arbeiten jetzt im Vorstand als 1. Vorsitzender Petermann, als 2. Schwabedahl, 1. Kassierer wurde Holzmann, 2. Hopfa, 1. Schriftführer Tabbert, 2. Genossin Jaduf, Revisoren sind wieder Otto Schröder, Martha Koad und neu Pjusching. Ferner wurden delegiert in die Präskommission der Genosse Jaduf, in die Lokalkommission Lucht, in die Schiedsgerichtsmission Düwelle, in die Schifferagitationskommission Schwedler, in die Kinderbeschulungskommission die Genossin Richter, als Vertreterin Genossin Kohn-Hart. Der Bildungsausschuß für den 1. Kreis setzt sich aus den Genossen Holzmann, Eisner und Graßmann zusammen. Zentralvorstandmitglieder bleiben die Genossen Petermann, Lucht, Düwelle und Jaduf. Petermann fungiert weiterhin als Aktionsauschussmitglied, Schwabedahl als Vertreter. Jugendauschussmitglied und Kassierer des Vereins Jugendheim ist im 1. Kreis der Genosse Hopfa. Die Abteilungs- und Bezirksführer wurden einstimmig bestätigt.

Unter Verschiebung entspann sich zum Schluß eine längere Debatte über die Geschäftsordnungslegung der Versammlungsleitung.

Zweiter Wahlkreis.

Im Ostjägeraal in der Ostendstraße tagte die Generalversammlung des zweiten Wahlkreises. Der Vorsitzende Schröder gab den

Geschäftsbericht

des Vorstandes, der sich infolge der Verschiebung des Geschäftsjahres auf 9 Monate erstreckt und mit dem 31. März d. J. schließt. Der Kreis war an einer Landtagswahl beteiligt, die den Genossen erhebliche Arbeit verursachte, aber auch einen besseren Stimmenerfolg brachte, als die vorige Wahl. Trotz der Wählerarbeiten ruhte auch die sonstige Agitationsstätigkeit nicht. Es wurden 9 öffentliche Versammlungen abgehalten, von denen 2 der Frauenagitation dienten. Außerdem fanden 8 Generalversammlungen, 4 Kreis-Konferenzen, 26 Vorstandssitzungen, sowie viele Versammlungen und Zusammenkünfte in den Abteilungen statt. Es wurden dreimal Flugblattverbreitungen vorgenommen, bei denen 733.500 Exemplare verteilt wurden. Im Februar und März wurde die Prospektur: „An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt“ in 90.000 Exemplaren verbreitet, aber diese Agitation hatte keinen befriedigenden Erfolg, denn es wurden durch sie nur 172 Mitglieder gewonnen. Ferner wurden noch zwei Prospekturen in 5000 und 4500 Exemplaren verbreitet. — Die Mitgliederbewegung wird durch folgende Zahlen illustriert: Am 1. Juli 1912 hatte der Verein 5773 Mitglieder und zwar 5136 männliche und 637 weibliche. Am 31. März 1913 waren 5200 männliche und 719 weibliche, zusammen 5919 Mitglieder vorhanden. Das ist eine Zunahme von 146 Mitgliedern, nämlich 82 Frauen und 64 Männer. Neuzugewonnen wurden 960, gestrichen und verjagten sind 786, gestorben 28 Mitglieder. — Die Zahl der Abonnenten des „Vorwärts“ im Kreise belief sich am 1. Juli 1912 auf 7200, am 31. März 1913 auf 6607, also 593 weniger. Die Abonnentenzahl des „Wahren Jakob“ ist von 1102 auf 953, die der „Gleichheit“ von 105 auf 94 zurückgegangen. Zu diesen Angaben bemerkte der Redner, es sei notwendig, die Agitation mit größter Lebhaftigkeit zu betreiben. Die jetzige Zeit, wo die Parteiarbeit nicht durch Wahlen in Anspruch genommen werde, biete die beste Gelegenheit dazu. Am 6. Juni solle über ganz Berlin eine Hausagitation vorgenommen werden. Der Vorstand glaube getan zu haben, was notwendig sei, um die Organisation vorwärts zu bringen. Er nehme aber nicht in Anspruch, daß er allein immer das Richtige treffe, und sei deshalb für Anregungen aus Mitgliederkreisen dankbar.

Der

Rassenbericht

den Gustav Schmidt gab, schließt mit einer Einnahme von 23.036,87 M., einer Ausgabe von 21.978,56 M. und einem Bestand von 1067,81 M.

Den Bericht der Präskommission erstattete Ewald. Einer der wichtigsten Beschlüsse der Präskommission sei der, welcher die Herausgabe des Monatsblattes betrifft. Durch sie sei eine Lücke in unserem Zeitungsleben ausgefüllt, aber auch eine erhebliche finanzielle Belastung des „Vorwärts“ herbeigeführt worden. Auch die von der Verbandsgeneralversammlung beschlossene unentgeltliche Lieferung des „Vorwärts“ an Kranke, Arbeitslose und Streikende habe eine bedeutende finanzielle Belastung zur Folge gehabt. Obgleich ein größerer Streik in dieser Zeit nicht stattgefunden habe, bedeute die Gratislieferung in den letzten vier Monaten des Geschäftsjahres einen Kostenpunkt von 6000 M. Dadurch, daß in vielen Fällen die Abonnementsgelder nicht pünktlich bezahlt wurden, hätten sich Außenstände angesammelt, die sich bis über 6000 M. im Monat erstreckten, auch seien aus dieser Ursache nicht unbedeutende Verluste zu verzeichnen. — Ein Antrag des vierten Kreises fordere die Einführung des Wochenabonnements. Mit dieser Angelegenheit habe sich die Präskommission beschäftigt und sie eingehend geprüft. Verschiedene Vorzeigungen, die auf Drängen der Genossen das Wochenabonnement eingeführt haben, hätten sich dahin ausgesprochen, daß dasselbe in jeder Hinsicht unvorteilhaft sei und die Einführung nicht empfohlen werden könne. Auch die Präskommission sei überzeugt, daß das Wochenabonnement nicht den von seinen Befürwortern erwarteten Abonnentenzuwachs, wohl aber Nachteile der verschiedensten Art mit sich bringen werde.

Die juristische Sprechstunde werde stark in Anspruch genommen. Es seien beispielsweise im Monat März 1426 mündliche und 837 Briefkastenfragen erledigt, sowie 227 Schriftstücke angefertigt worden. Der Redner bemerkte zum Schluß, er könne mit Befriedigung konstatieren, daß Beschwerden von wesentlicher Bedeutung gegen die Redaktion nicht vorgelegt hätten. Das sei ein Beweis dafür, daß der „Vorwärts“ seinen Zweck erfüllt habe und die Klasse der Leser mit dem Blatte zufrieden sei.

Reinhardt, der den Bericht der Lokalkommission gab, sagte unter anderem: Mit der jetzigen Gestalt der Lokalliste würden die Genossen wohl zufrieden sein. Einem Antrage, die Liste in Broschürenform herauszugeben, habe die Kommission nicht nachkommen können, weil ihr die Mittel dazu fehlten. — Mit Rücksicht darauf, daß das Bedürfnis nach künstlerischen Genüssen in den Kreisen unserer Parteigenossen immer mehr zunehme, sei die Kommission zu dem Beschlusse gekommen, den Blüthenaal für künstlerische Veranstaltungen freizugeben. — Die Kommission habe 106 Veröffentlichungen erlassen, von denen 102 Vereinsveranstaltungen in gesperrten Lokalen betrafen. Dem zweiten Kreise stehen 22 Lokale zur Verfügung. Der Redner ersuchte um strenge Beachtung der Lokalliste bei Ausfüllen, denn in den auswärtigen Orten sei die Lokalliste von großer Bedeutung für die örtliche Parteibewegung. Schwedler gab einen Bericht über die Einzelfälle, welche die Schiedskommission beschloß.

Den Bericht des Kreisbildungsausschusses erstattete Brunwald. Der Ausschuß, der zu erst kurze Zeit bestanden, habe einen Kursus über preussische Geschichte abhalten lassen. Für das kommende Jahr seien zwei Kurse geplant. In jedem derselben sollten nur etwa 30 Teilnehmer zugelassen werden, damit die Ausbildung eine möglichst intensive sein könne. Der erste Kursus solle sich auf die Erörterung des Erfurter Programms erstrecken, während in dem anderen durch Rosa Luxemburg das Thema „Militarismus und Imperialismus“ behandelt werde. Neben seinen Arbeiten für den gesamten Kreis habe der Ausschuß den Abteilungen, die es wünschten, bei der Veranstaltung ihrer Feste zur Seite gestanden. Von seiner Wiederwahl in den Ausschuß ersucht der Redner, Abstand zu nehmen, weil er durch andere Arbeiten stark in Anspruch genommen sei.

Zur Diskussion über die Berichte meldete sich niemand. Der Vorsitzende Schröder gab bekannt, daß bei der am 1. Juni stattfindenden Vorstandswahl die bisherigen Mitglieder des Vorstandes wieder kandidieren mit Ausnahme der Genossin Baader, die auf eine Wiederwahl verzichtet. An ihrer Stelle ist die Genossin Wurm vorgeschlagen. Ferner sind noch vorgeschlagen Raundorf als Revisor und Pönig für die Lokalkommission.

In den Kreisbildungsausschuß wurde aus jeder Abteilung ein Mitglied gewählt und zwar: Marius, Frau Wurm, Wendel, Schulz, Dohmar, Rudinski, Jakob. Die achte Abteilung hat ihren Vertreter erst zu bestimmen, da der Vorgeslagene in der Generalversammlung zurücktrat.

Zur Verbandsgeneralversammlung wurden die von den Abteilungen vorgeschlagenen Delegierten gewählt. Der auf der Tagesordnung stehende Vortrag des Genossen Schenk über die Jugendbewegung wurde wegen der vorgerückten Zeit abgelehnt.

Jakobowski trug die Ergebnisse einer Statistik über den Besuch der Jahlabende vor. Er bemerkte aber, das Material sei so unvollkommen und so lückenhaft, daß sich Schlüsse daraus nicht ziehen lassen.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Die Generalversammlung für den Dritten Wahlkreis.

Den

Geschäftsbericht

des Vorstandes gab der Genosse Pohl. Er gab eine Uebersicht über die Tätigkeit während der neun Monate bis zum 31. März, zu welchem Zeitpunkt gemäß dem Chemnitzer Parteitagbeschlusse diesmal das Geschäftsjahr schloß. In Mitgliedern nahm der Verein in den neun Monaten nur um 137 zu, wovon 58 männliche und 79 weibliche waren. Der Verein hatte am 1. Juli 1912 insgesamt 3121 Mitglieder (2730 männliche und 392 weibliche), während er am 31. März 1913 insgesamt 3258 Mitglieder (2818 männliche und 440 weibliche) hatte. Durch die Parteispedition des 3. Kreises wird der „Vorwärts“ an etwa 3000 Abonnenten verbreitet, die „Gleichheit“ in 50 Exemplaren und der „Wahre Jakob“ in 450 Exemplaren. — Wenn nun auch, fuhr Pohl fort, die Landtagswahlen nicht in dem verfloßenen Geschäftsjahre fielen, so wolle er doch dazu einige Worte sagen. Allerdings sei der dritte Landtagswahlkreis, der im 3. Reichstagswahlkreis hauptsächlich in Frage kam, noch nicht zu erobern gewesen; indessen hätte nach seiner Meinung das Resultat doch ein besseres sein können. Die Stimmengabe habe ja erfreulicherweise zugenommen. Aber mehr Wahlmänner hätten erobert werden müssen. Insbesondere sei es bedauerlich, daß es dem Freisinn noch gelungen sei, in der 3. Wählerabteilung sieben Wahlmänner zu besetzen. Redner gab eine Uebersicht über das Zahlenverhältnis und über den Verlauf der Wählerarbeiten selber. Genosse Albert Harndt als Kassierer erstattete den

Rassenbericht

für die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913. Bei Beginn dieser Zeit betrug der Kassenbestand 2778,93 M. Einschließlich dieses Bestandes betrug die Gesamteinnahme 15.077,54 M. Die Gesamtausgabe betrug 12.480,07 M., so daß am 31. März 1913 ein Bestand von 2597,47 M. verblieb.

Man schritt dann zur Vorstandswahl. Hierzu nahm Genosse Pohl das Wort, um am Vorstand, beziehungsweise am Vorsitzenden Pohl Kritik zu üben wegen der Vorgänge, welche im vorigen Jahre zu einem vor etwa einem halben Jahre friedlich erledigten Streit mit einer Abteilung führten. Auch berührte er den vom dritten Kreis seinerzeit gegen die Landtagskandidatur des Genossen Vorchardt ausgegangenen Protest.

Genosse Rau geht darauf auf die Angelegenheit Vorchardt ein, indem er sich hauptsächlich dagegen wendet, daß eine Funktionärerversammlung des 5. Landtagswahlkreises einfach die Landtagskandidatur Vorchardts beiseite schiebe, obwohl die letzte Verbands-Generalversammlung nach ihrem ersten Beschlusse gegen den Genossen Vorchardt in ihrem zweiten Beschlusse ausgesprochen habe, daß sie sein Versehen nicht so schmerzlich auffassen wolle, daß daraus eine Anerkennung der Landtagskandidatur zu folgen hätte. Das müßte maßgebend sein. Er könne nicht verstehen, daß eine Vertrauensmänner-Versammlung herkommen und den Beschluß der Verbands-Generalversammlung für null und nichtig erklären könne. Die Verbands-Generalversammlung müsse die entscheidende Instanz sein. Den Tausch, den die Funktionäre mit ihrem neuen Kandidatenvorschlag vorgenommen hätten, könne er auch keinen glücklichen nennen. Er bitte, eine entsprechende Resolution anzunehmen.

Genosse Pohl betonte, daß diese Angelegenheit dem Vorstand, zu dessen Neuwahl man jetzt schreiten wolle, doch nicht angekreidet werden könne. Es müsse später doch noch über den Fall Vorchardt gesprochen werden. Bis dahin müßte auch die Frage des Eingetretens der Funktionäre des 5. Landtagswahlkreises

zurückgestellt werden. Der Vorstand des Wahlvereins im dritten Kreis sei ganz unschuldig an dem Beschluß jener Funktionäre, den er ebenfalls verurteile.

Darauf wird die Angelegenheit zurückgestellt und es folgen erst die Wahlen.

In den Vorstand werden gewählt: August Pohl, 1. Vorsitzender; Paul Jakob, 2. Vorsitzender; Albert Harndt, 1. Kassierer; Georg Feismann, 2. Kassierer; Frik Schmidt, 1. Schriftführer; Paul Genth, 2. Schriftführer. Ferner als Beisitzer: Benkert, Feuchter, Stephan Frik, August Köbler, Rudolf Budde, Eugen Günther, sowie Emilie Reinte (Vertreterin der Frauen). Die Beisitzer und einige der übrigen Vorstandsmitglieder sind zugleich die Abteilungsleiter.

Zu Revisoren werden Buchmann, Fröhlich und Fiedig gewählt.

Genosse Braun berichtete darauf über die Tätigkeit der Präskommission, wobei er die Schaffung des Monatsblattes behandelte und die dadurch notwendig gewordenen Änderungen darlegte. Auch betonte er unter Anführung der Zahlen die Belastung, die durch den Beschluß von Groß-Berlin über die Preisbefreiungen der Zeitung an Kranke, Aussperrte, Erwerbslose usw. erwächst. Leider habe die Abonnentenzahl seit dem Juni 1912 um mehrere Tausend bis zum März abgenommen. Im März habe die Auflage 156.000 Exemplare umfaßt.

Es folgte eine kurze Diskussion, in der ein Redner eine Einschränkung der Illustrationen im Monatsblatt, die er nicht für künstlerisch hält, verlangte.

Genosse Müller berichtete für die Lokalkommission. Er hebt hervor, daß der „Blüthenaal“, soweit künstlerische Veranstaltungen in Frage kommen, für Vereine freigegeben sei. Andere Kunstinstitute seien in der Lokalliste durch einen Stern als solche gekennzeichnet, die für den persönlichen Verkehr frei seien. Leider hätten Beschwerden aus Provinzorten nicht aufgehört, daß sich Vereine, auch von Organisierten, nicht an der Liste hielten. Den Genossen dort sei der Rat gegeben worden, friedlich auf Änderung zu wirken und dann eventuell beim Kartell Ausschlichtungsträger zu stellen. Der dritte Kreis verfuhr jetzt über 35 freie Lokale.

Genosse Jakob berichtete dann über das Wirken der Schiedskommission von Groß-Berlin und Genosse Braun über das der Schiedskommission des dritten Kreises.

In die Präskommission wird Genosse Braun, in die Lokalkommission Genosse Müller und in die Schiedskommission für Groß-Berlin Genosse Jakob gewählt.

In die Kinderbeschulungskommission wählte die Versammlung die Genossin Schröder.

In den Bildungsausschuß wurden gewählt die Genossen Pohl, Fröhlich, Benkert, Schmolinski und Genth. Die Schiedskommission des Kreises setzt sich nach der Neuwahl zusammen aus den Genossen Braun, Behr, Adolf Harndt, Köppen, Schmidt und als Ersatzmann Schahl.

In die Zeitungskommission wählte man die Genossen Körner, Bauer Schmidt, Hing und Paz.

Genosse Braun wurde in die Schiffer-Agitationskommission gewählt.

Die für die Verbands-Generalversammlung von den Abteilungen vorgeschlagenen Delegierten wurden bestätigt. Dem Beschlusse der Kreisversammlung, daß in Zukunft den Delegierten zur Verbands-Generalversammlung für den Tag einschließlich der der Versammlung vorhergehenden Sitzung eine Entschädigung von 3 M. zu zahlen sei, stimmt die Versammlung zu. Hinsichtlich eines zur Verbands-Generalversammlung von Zeltow-Weeslow gestellten Antrags auf Durchführung einer Reorganisation durch Zusammenlegung der acht Groß-Berliner Wahlvereine zu einem Bezirksverband ist die Versammlung mit dem Vorstand darin einig, daß man erst die nähere Begründung hören und darauf dringen will, daß die Angelegenheit dann erst an die Kreise zurückgeht.

Nun schritt man zur Verhandlung der Angelegenheit Vorchardt.

Genosse Pohl nahm zur Begründung eines Vorstandsantrages das Wort. Er rekapituliert kurz die Stellungnahme der letzten Verbands-Generalversammlung und führte weiter aus: Selbst solche Genossen, die für den zweiten, dem ersten widersprechenden Beschluß gestimmt und so Vorchardt eines Landtagsmandats noch für würdig befunden hätten, hätten geglaubt, er werde in den nächsten Tagen von der Kandidatur zurücktreten. Das sei nicht erfolgt. Etwas müßte aber in der Sache geschehen. Wie es der 4. Reichstagswahlkreis beziehungsweise die Funktionäre des fünften Landtagswahlkreises gemacht haben, gehe es aber nicht. Es könne nur ein Schiedsgericht beantragt werden. Der Vorstand des Wahlvereins im 3. Reichstagswahlkreis, der ja beteiligt sei, habe nun beschlossen, beim Parteivorstand ein Schiedsgericht zu beantragen, und er ersuche die Versammelten, dem zuzustimmen. Der Vorstand wolle die Beisitzer, die er zu bestimmen habe, gar nicht aus dem dritten Reichstagswahlkreis nehmen, damit nicht gesagt werden könne, sie seien parteiisch. Er wolle diese Schiedsrichter aus anderen Kreisen nehmen.

Genosse Dahler vertrat darauf lebhaft den Standpunkt, daß Vorchardt Unrecht geschehen sei. Das Ganze sei nur auf einen Knack zwischen ihm und den Genossen Linde und Braun zur Königsberger Zeit zurückzuführen. Der 3. Kreis habe die Sache gedeckelt und Genosse Frik habe in der vorletzten Verbandsversammlung bestellte Arbeit geleistet.

Genosse Genth wendet sich gegen den Vortrager und betont, es sei gerade einem gebildeten Manne wie Vorchardt besonders schwer anzureden, daß er andere in schlimmer Weise schmähe, obwohl ihm das Zerren seiner Behauptungen schonmal nachgewiesen sei. Vorchardt habe sich nicht geschämt, den unberechtigten Vorwurf der Unterschlagung gegen Linde aufrechtzuerhalten, um schließlich zu sagen, er gehe nun soweit, zu sagen, daß Linde eine Unterschlagung nicht nachgewiesen sei. Bei solcher Äußerung bleibe eben immer ein Rakel hängen. Vorchardt habe auch alte Genossen wie Pfannkuch ähnlich verhöhnt.

Genosse Stephan Frik geht ebenfalls auf die Verbands-Generalversammlung ein, indem er sich gegen Vorchardts Verhalten wendet und ganz entschieden befreit, daß er (Frik) bestellte Arbeit geleistet hätte.

Genosse Adolf Harndt, der in der Untersuchungskommission im Falle Vorchardt war, schildert die eingehende Untersuchung, teilt verschiedene Einzelheiten mit und legt dar, daß die Kommission ihre Schuldigkeit getan habe und zu keinem Fehlurteil gekommen sei. Redner ist für den Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts.

Nachdem noch Alfred Fröhlich zur Angelegenheit gesprochen hatte, nahm die Versammlung den Antrag des Vorstandes auf Einsetzung eines Schiedsgerichts im Falle Vorchardt gegen sechs Stimmen an.

Dann war die Resolution Rau zu erledigen, die besagt, daß sich die Versammlung dagegen verwahre, daß eine Vertrauensmännerkonferenz eines Landtagswahlkreises einen Beschluß einer Verbands-Generalversammlung aufheben könne.

Genosse Pohl erklärt, daß er mit dem Sinn der Resolution einverstanden sei, aber doch ersuchen müsse, sie abzulehnen. Man möge solchen Beschluß aus bestimmten Gründen anderen Kreisen überlassen.

Genosse Rau lehnt es ab, die Resolution zurückzugeben und tritt für ihre Annahme ein, aus den Gründen, die schon oben wiedergegeben sind.

Die Resolution Rau wird dann nach kurzer Debatte abgelehnt.

Vierter Wahlkreis.

Die aus Delegierten zusammengesetzte Generalversammlung tagte in den Festhallen, Kappensstraße.

Zu Beginn der Versammlung wurde beantragt, die Tagesordnung dahin abzuändern, daß die Angelegenheit Vorhards vor dem Geschäftsbericht des Vorstandes verhandelt werden soll. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dem durch den Vorsitzenden P. Hoffmann erstatteten Geschäftsbericht sei folgendes entnommen.

Im Vordergrund des Interesses standen die vor wenigen Tagen erledigten Wahlmännerwahlen, sowie die im November v. J. stattgefundenen Gewerkschaftswahlen, welche uns gute Erfolge brachten. Durch die Verlegung des Geschäftsjahres umfaßt der Tätigkeitsbericht des Vorstandes nur 9 Monate. In dieser Zeit wurden die Geschäfte des Kreises in 7 Generalversammlungen, 20 Vorstandssitzungen, 5 erweiterten Vorstandssitzungen, sowie 8 Kreisversammlungen erledigt. Außerdem fanden 24 Viertelversammlungen statt, welche sich mit den Vorschlägen und Anträgen zum Parteitag, Parteitag und Verbands-Generalversammlungen befaßten. Cessantische Versammlungen wurden 27 abgehalten, 10 Flugblätter in einer Gesamtauflage von 1.850.000 Exemplaren gelangten zur Verteilung. Die Agitation unter den Frauen wurde in den Lesesabenden mit Erfolg betrieben. In jedem Monat fanden 41 statt, welche durchschnittlich von 41 Personen besucht waren. Wurde schon in den vorhergehenden Jahren über die geringe Ritaliederzunahme geklagt, so ist in diesem Berichtsjahre die bedauerliche Tatsache eines erheblichen Rückganges zu verzeichnen, bei dem der Wahlverein 1926 Mitglieder verlor. Aufgenommen wurden 2894 Mitglieder, wegen zeitweiliger Beiträge mußten 3071 Mitglieder gestrichen werden. Durch Austritt, Ausschluß und Tod sind 241 Mitglieder verloren gegangen. Bemerkenswert ist noch, daß aus anderen Kreisen nur 989 Mitglieder zugezogen, dagegen nach anderen Kreisen 2497 Mitglieder abgemeldet wurden. Der Mitgliederbestand war am 1. Januar 1926: 8850 Mitglieder, am 1. Januar 1927: 20.967, am 1. Juli 1927: 25.267 und am 31. März 1928: 23.341 Mitglieder.

Der Vorstand hat sich eingehend mit dieser Fluktuation der Mitglieder befaßt, kam dann nach mehreren Beratungen mit den Funktionären zu dem Resultat, der Generalversammlung zu empfehlen, durch Einführung der Hauskassierung diesem Rückgang etwas entgegen zu arbeiten, jedoch wurde dieser Antrag durch Abstimmung auf dem April-Parteitag abgelehnt. Von 6885 Mitgliedern stimmten 2770 dafür und 3955 dagegen.

Auch in dem Bericht des Kassierers

trat der Mitgliederabgang durch Verminderung der Einnahmen in die Erscheinung. Einer Einnahme von 87.151,72 M. stand eine Ausgabe von 85.908,60 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 1243,12 M. vorhanden ist.

In der Diskussion über den allgemeinen Vorstandsbericht äußert Genosse Klingler sein Bedauern über den auffälligen Rückgang an Mitgliedern sowie Vorwärts-Abonnenten. Diese Rückgänge zur jetzigen bewegten Zeit dürften bei Freund und Feind Ausschrei erregen. Redner wünscht, die Vorstände mögen die Energie und Kraftentfaltung, welche bei der Erörterung der Angelegenheit Vorhards verschwendet worden ist, doch lieber auf die Gewinnung und Erhaltung von Wahlvereinsmitgliedern verwenden.

Genosse Kockers wünscht den Ausbau der Bibliothek des Wahlvereins, welche gegenwärtig nur 620 Nummern umfaßt. Redner beantwortet eine gewisse Dezentralisation des Kreises, indem die Hauptarbeit in die einzelnen Viertel verlegt werden soll. Des weiteren beweist Redner die Ineffektivität der Flugblätter, welche gegenwärtig in die Posten gemorfen werden, empfiehlt dagegen periodisch erscheinende Agitationsausgaben des „Vorwärts“.

Es folgen nunmehr die Berichte der Kommissionen. Beim Bericht der Beschwerdekommision ersucht der Berichtserstatter, mit den Ausschlußanträgen etwas vorsamer umzugehen. In den neun Monaten hatte die Kommission über 34 Anträge zu entscheiden. In 3 Fällen mußte auf Ausschluß erkannt werden. Gegen einen Ausschluß liegt Berufung an die Generalversammlung vor. Nach kurzer Debatte wurde diese Berufung an den Vorstand des Kreises zurückverwiesen.

Den Bericht der Kinderbeschulungskommission erstattete Genossin Döhl. Im Ganzen bearbeitete die Kommission 132 Fälle. In 41 Fällen konnte die ungeschehene Beschäftigung beseitigt werden, 50 Fälle sind noch nicht erledigt. Als verabschiedet wurden 9 Kinder gemeldet; hier konnte auf gütlichem Wege Abhilfe geschaffen werden. Fernbeschäftigung der Kinder durch die Eltern kamen 24 Fälle zur Kenntnis, wovon 22 Fälle erledigt werden konnten.

In der Diskussion kritisiert Genossin Kubela die ungeschehene Beschäftigung von Kindern als Zeitungsausträger am „Lokal-Anzeiger“ sowie „Morgenpost“.

Die Berichte der Schiedskommission Groß-Berlin und der Lokalkommission, gegeben durch die Genossen Reile und Wechsborn, werden ohne Diskussion entgegengenommen.

Der Berichtserstatter der Prekmission führt aus, daß die Einführung des nunmehr geschaffenen Montagabblattes durch die Verhandlungen mit den Austrägerinnen recht erheblich verzögert worden ist. Im Anschluß daran betont Redner, daß die immer wieder auftauchenden häßlichen Bemerkungen über die Lohnverhältnisse der Austrägerinnen garnicht scharf genug zurückgewiesen werden können. Ist doch der „Vorwärts“ bezüglich seiner Entlohnung an die Austrägerinnen den bürgerlichen Blättern weit voraus. Laut Tarif erhalten die Potensfrauen pro Monat und 100 Exemplaren 28,00 M., vom 1. Januar 1924 ab 28,50 M. Dazu kommt noch, daß für Ausgaben von Druckschriften usw. pro Exemplar 1 bis 5 Pf. Beistellgeld gezahlt wird. Die Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung bezahlt der Verlag. Entgegen früheren Beschläüssen haben Prekmission und Parteivorstand dem Wunsch der Parteigenossen (bzw. dem Beschlusse der Groß-Berliner Generalversammlung vom 25. August 1922) in bezug auf Gratifizierung des „Vorwärts“ nachgegeben. Demgemäß erhalten arbeitslose Abonnenten auf ihren Antrag (der durch Vermittlung der Bezirksführer zu stellen ist) den „Vorwärts“ frei, vorausgesetzt, daß sie 4 Wochen arbeitslos und zwei Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert sind. (Kranke, Streikende und Ausgesperrte desgleichen.) Die Empfänger von Freieigenen haben sich zweimal im Monat beim Speditoren zu legitimieren. Die Statistik über die finanziellen Wirkungen dieses Beschlusses stellt sich folgendermaßen dar: Ausgabe für Freieigenen in den 4 Monaten Dezember 1922, Januar-Februar-März 1923: Für Kranke und Arbeitslose 3100 M., für Invaliden und in Krankenhäusern befindliche 1680 M., für Heimstätten-Patienten 2175 M. — Diefelbe Statistik beweist, daß aller Anlaß vorliegt, einen Teil der Abonnenten des „Vorwärts“ auf die Notwendigkeit prompter Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen hinzuweisen; denn in den genannten vier Monaten waren neben einem glatten Verlust von 1784 M. folgende Aufwände zu verzeichnen: Dezember 1922 5024,35 M., Januar 1923 5822,23 M., Februar 1923 6260,79 M., März 1923 6739,77 M. Der Abonnentenstand ist gegenwärtig 156.000. Auf den 4. Kreis entfallen davon 26.422 Abonnenten, das sind 1500 weniger als im vorigen Jahre. Für einen Kreis, der bei der Reichstagswahl 90.000 Stimmen aufgebracht hat, wird und muß sich die Abonnentenzahl für den „Vorwärts“ verdoppeln lassen.

In der Diskussion bemängelt eine Genossin, daß in der Expedition Friß nicht alle Potensfrauen im Transportarbeiterverband organisiert sind.

Nunmehr erfolgen die Vorschläge zum Kreis- sowie Zentralvorstand. Die vorgeschlagenen Kandidaten werden sämtlich akzeptiert. Die Urwahl findet am Sonntag, den 1. Juni statt.

Durch Zufall wird für diese Wahl eine siebenstellige Zahl-Losnummer gewährt, bestehend aus den Genossen Großkopf, Langner, Leil, Rosenthal, Weizer, Berner und Genossin Demning.

Als Bezirksführer werden die Genossen Berk, Schmidt, Degenhardt, Gutelunk, Kaulfus und Reue bestätigt.

Für den Aktionsausschuß wird der Vorsitzende Hoffmann gewählt.

Für Groß-Berlin werden die Genossen Ernst, Soesle und Fischer vorgeschlagen.

Der 3. Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Verbandsgeneralversammlung“ entziffelt eine lebhafte Debatte. Folgender

Antrag auf ein Wochen-Abonnement:

für den „Vorwärts“ steht zur Beratung:

„Im den Leserskreis des „Vorwärts“ bedeutend zu vergrößern und dadurch mit der prinzipiellen Auffassung tiefer in die Berliner Arbeiterschaft einzudringen, ist der „Vorwärts“ im obligatorischen 25 Pf.-Wochenabonnement zu liefern.“

In längerer Rede erwähnt Genosse Kettischlag, daß der Verlust an „Vorwärts“-Abonnenten doch zu denken gebe. Der Hauptgrund dieses Stillstandes liegt nach Ansicht des Redners in dem Festhalten an dem veralteten Monatsabonnement. Wenn „Lokal-Anzeiger“ und „Berliner Tageblatt“ Monatsabonnenten haben, so sind doch die Leser dieser Blätter überwiegend Monatsabonnenten. Ohne weiteres ist es klar, daß das Wochenabonnement dem Leserkreis des „Vorwärts“ angepaßt ist. Zum Schluß seiner Ausführungen bezweifelt Redner die Richtigkeit der Berechnungen der Prekmission, stellt demgegenüber eine Gewinnberechnung auf, die bei Einführung des Wochenabonnements durch Gewinnung neuer Abonnenten eintreten dürfte.

Der nächste Redner, Genosse Kockers, erinnert daran, daß bei Berechnung der Ausgaben für das Montagabblatt die gesamten Ueberschüsse des „Vorwärts“ aufgebraucht werden sollten, was aber durchaus nicht der Fall ist. Der Einführung eines 30 Pf.-Wochenabonnements würde Redner zustimmen, wenn damit die Einführung eines Abendblattes verbunden wird.

Diesen beiden Rednern tritt Genosse Davidsohn entgegen, oft von lebhaften Zwischenrufen der Versammlung unterbrochen. Redner konstatiert, daß er ein begeisterter Anhänger des Wochenabonnements gewesen sei. Aber die Schwierigkeiten, die sich dieser Durchführung entgegenstellen, sind so groß, daß er diesem Vorhaben nicht mehr das Wort reden könne. In erster Linie ist es der Kampf, den die Potensfrauen gegen das wöchentliche Kassieren führen und mit Recht, denn dann haben die Frauen überhaupt keinen freien Sonntag mehr. Ich und dann die Berechnungen der Vorredner. Dem kann man entgegensehen, daß bei Verbilligung des „Vorwärts“-Abonnements von 1,35 M. auf 1,10 M. auch nicht die 10.000 neue Leser hinzugekommen sind, wie vorausgerechnet wurde. Die zeitweilige Durchführung des Wochenabonnements in der Expedition Böhm brachte ebenso große Verluste wie beim bisherigen System. Da es mittlerweile 12 Uhr geworden, wird der Schluß der Diskussion beantragt. Ein anderer Antrag liegt vor: „die Versammlung zu verlagern.“

Letzterer wird angenommen.

Fünfter Wahlkreis.

Der Vorsitzende, Genosse Friedländer, gibt den Geschäftsbericht.

der sich diesmal nur auf neun Monate erstreckt. Leider ist das Ergebnis nicht so günstig wie im Vorjahr. Der Fortschritt ist ein ganz minimaler, während die Einnahmen und Ausgaben geringer geworden sind. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß sich der vorige Geschäftsbericht auf zwölf Monate erstreckte, während diesmal infolge der Verlegung des Geschäftsjahres nur über neun Monate Bericht gegeben wird.

Die Fluktuation in den Reihen der Mitglieder war wieder sehr groß. Aufgenommen wurden in der Berichtszeit 346 männliche und 114 weibliche Personen, verloren gingen 530 männliche und 80 weibliche Personen, so daß der tatsächliche Gewinn ein recht bescheidenes ist. Der Mitgliederbestand war am 31. März wie folgt: 2016 männliche und 334 weibliche Mitglieder, insgesamt also 2350 Mitglieder.

Der Stand der Parteipresse ist ungünstig. Wir müssen ganz offen zugeben, daß die Verbreitung des „Vorwärts“ im fünften Wahlkreise zurückgegangen ist. Schuld daran tragen die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, die im November vorigen Jahres einsetzten. Es steht zu hoffen, daß die Verhältnisse in der kommenden Zeit besser werden. Auch das politische Leben wird reger werden. Wir brauchen nur an die Militärvorlage und an die neue Finanzreform zu denken. Bedauerlich ist die geringe Anzahl von Abonnenten auf die „Gleichheit“. Während wir über 300 weibliche Mitglieder haben, können wir nur 60 „Gleichheit“-Abonnentinnen buchen. Das ist ein Zeichen von geringem Interesse. Die Agitation dafür muß lebhafter werden. Mindestens diejenigen Frauen, die unsere Zahlabende besuchen, können als Abonnentinnen gewonnen werden. Der Redner verweist sodann auf eine gedruckt vorliegende Uebersicht über den Besuch der Zahlabende und knüpft daran einige Betrachtungen.

Die Agitation muß jetzt in verstärkter Weise beginnen. Die Wählerlisten zur Landtagswahl können und müssen zur Agitation benutzt werden. Schon jetzt kann festgestellt werden, daß mehr Wähler öffentlich sozialdemokratisch gewählt haben, als „Vorwärts“-Leser in den Wahlbezirken vorhanden sind. Da muß unsere Tätigkeit einsehen. Jeder sozialdemokratische Wähler muß für den Wahlverein und als „Vorwärts“-Abonnent zu gewinnen sein.

Redner beschäftigt sich sodann mit dem neugebildeten Bezirksbildungsausschuß, über dessen Tätigkeit infolge der kurzen Zeit seines Bestehens noch nichts zu sagen ist.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand im letzten Jahre das Thema: Abschaffung der Zahlabende. Es besteht der allgemeine Wunsch, die Zahlabende nicht zu beseitigen, sie aber auszugestalten. Wir freuen uns über diese Ansicht. Der Zahlabend orientiert die Genossen und gibt ihnen den Einfluß auf die Geschäfte des Verbandes von Groß-Berlin, der ihnen gebührt. Eines können wir heute schon mit Sicherheit sagen: An der Einrichtung der Zahlabende wird nicht gerüttelt werden.

Durch Teltow-Beeslow ist die Frage der größeren Zentralisation von Groß-Berlin zur Diskussion gestellt worden. Diese Angelegenheit ist noch nicht spruchreif und ist daher weitgehendste Diskussion notwendig. Die Vertreter des fünften Kreises im Zentralvorstand haben der Frage zuerst sehr wohlwollend gegenüber. Erscheinungen der letzten Zeit haben uns jedoch etwas fähig gemacht und uns die Frage vorgelegt, ob das Interesse der kleinen Kreise bei der Zentralisation auch genügend gewahrt bleibt. Jedenfalls werden die Genossen über alle die Frage beruhigenden Angelegenheiten auf das beste unterrichtet werden.

Friedländer geht dann auf die im fünften Kreise gestellten Ausschlußanträge ein und bittet, mit der Stellung von Ausschlußanträgen sehr vorsichtig zu sein. Es darf kein Ausschlußantrag im Jörn gestellt werden, wie das leider manchmal geschieht.

In Groß-Berlin sind einige Änderungen des Verbandstatuts vorgenommen worden. Die Agitationskommission für Brandenburg ist aufgelöst worden. Dafür haben jetzt Sitz und Stimme im Zentralvorstand die Schiedskommission und die Schifferkommission. Zur Verbandsgeneralversammlung kommen jetzt nur noch auf je 150 Mitglieder ein Delegierter. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen schildert der Redner die Agitation in der Berichtszeit, die eine sehr umfangreiche war. Generalversammlungen fanden sechs statt, während der Vorstand zur Erledigung seiner Arbeiten 24 Sitzungen abhielt.

Friedländer fordert zum Schluß auf, in der Agitation nicht zu erlahmen und besonders das Augenmerk auf die Jugend

zu richten. Wir müssen alles daran setzen, daß die Jugend in sozialistischem Geiste erzogen wird. Dann wird es gelingen, die Jugend von den bürgerlichen Jugendorganisationen fernzuhalten. Eine gute sozialistische Erziehung wird die Jugend auch handhaft machen gegen gewisse Uebergriffe in den Fortbildungsschulen. (Lebhafter Beifall.)

Den

Kassenbericht

gibt Kitzke. Aus dem ausführlichen Bericht seien die folgenden wesentlichen Zahlen wiedergegeben. Die Einnahmen betragen: An Beitragsmarken 6550,40 M., sonstige Einnahmen 4624,39 M., Kassenbestand von 1912 439,21 M., insgesamt 11614 M. Die Ausgaben betragen 11356,42 M., so daß ein Kassenbestand von 287,88 M. verbleibt. An die Verbandskasse wurden an Monatsbeiträgen 2000 M. abgeliefert, sonstige Beiträge 301,37 M., insgesamt 2301,37 M.

In der Diskussion erwähnt Genosse Sonnemann gleichfalls die erhöhte Tätigkeit für die Jugend und bekräftigt besonders die Einführung von Diskussionsabenden für die Jugendlichen von 18 bis 21 Jahren.

Den Bericht der Prekmission gibt Genosse Weis. Leider sei der Abonnentenstand des „Vorwärts“ kein günstiger. Was Friedländer vom fünften Kreise gesagt hat, treffe auf ganz Groß-Berlin zu. Zu den Reichstagswahlen betrug die Abonnentenzahl 172.000. Bei Beginn der Geschäftsperiode waren es 161.000 und jetzt sind es 156.700 Abonnenten. Es muß eine lebhaftere Agitation für den „Vorwärts“ entfaltet werden. Am Mitarbeiterstand sind einige Veränderungen eingetreten. Besonders zu erwähnen ist das Engagement des Genossen Dr. Franz Diederich für das Feuilleton. Es steht zu erwarten, daß dieses jetzt so ausgebaut werden kann, wie es den Wünschen vieler „Vorwärts“-Leser, besonders auch der Frauen, entspricht. Eine Erweiterung der Redaktion für den Lokalen und Bazarartikel ist in Vorbereitung und soll versucht werden, eine erste journalistische Kraft auf diesem Gebiete zu gewinnen. Der langgehegte Wunsch der Berliner Genossen, eine Montagausgabe zu erhalten, ist jetzt erfüllt worden. Das Montagabblatt habe in ganz Berlin großen Beifall gefunden. Dasselbe trägt absichtlich einen von der übrigen Wochenausgabe unterschiedlichen Charakter. Der feuilletonistische Teil ist mehr berücksichtigt und auch die politische Satire findet ihren Platz. Die Kosten der Montagausgabe sind außerordentlich hoch. An die gleichfalls schon lange gewünschte Abendausgabe kann leider vorläufig nicht gedacht werden. Wir nehmen die Schwundelieferate, die in bürgerlichen Blättern erscheinen, nicht auf, und andererseits gibt es eine Anzahl Firmen, die im „Vorwärts“ nicht interessiert sind. Der Redner bespricht in weiteren Verlauf seiner Ausführungen einige Beschwerden, die gegen die Redaktion eingelaufen waren. Besondere Anerkennung findet die juristische Sprechstunde. Diefelbe wurde in der Berichtszeit von insgesamt 13.637 Personen besucht. Briefkastenanfragen wurden 3029 erledigt, außerdem wurden 1653 Schriftstücke angefertigt. Insgesamt also wurden 18.310 Fälle erledigt. Trotz dieser außerordentlich umfangreichen Tätigkeit ist der Prekmission seit keine Beschwerden zugegangen.

Nach einer Besprechung des Strafkontos kommt Weis zum Schluß und fordert zu weiterer Agitation für den „Vorwärts“ auf. Wir werden uns bemühen, denselben immer mehr vorzubereiten zu gestalten. Unser Augenmerk muß aber auch darauf gerichtet bleiben, daß wir Ueberschüsse erzielen, denn wir müssen unseren Stolz daran setzen, die Mittel aufzubringen, um auch in die zurückgebliebenen Gegenden das Licht der Aufklärung zu bringen. (Beifall.)

Genosse Hahnisch gibt den Bericht der Lokalkommission. Im fünften Kreise sind 28 Lokale frei. Die Lokalliste ist übersichtlich gestaltet worden. Aus dem geschriebenen vorliegenden Bericht der Schiedskommission verliest Genosse Friedländer die den fünften Kreis betreffenden Angelegenheiten.

Es wird nunmehr zur Vorstandswahl geschritten. Die folgenden Ergebnisse hat: 1. Vorsitzender W. Friedländer, 2. Vorsitzender D. Zimm, 1. Schriftführer G. Hunschede, 2. Schriftführer Paul Scholle, 1. Kassierer A. Riehe, 2. Kassierer S. Schwallier, Schiedskommission G. Rosenmann, Revisoren Paul Hildebrandt, Hermann Kappenhagen, Rog Wardin, Aktionsausschuß W. Friedländer, Prekmission O. Weis, Lokalkommission A. Hahnisch. Zu Beisitzern für den engeren Vorstand werden gewählt die Genossinnen Blum und Holzappel und die Genossen Hildesheim und Wetter. Als Abteilungsleiter werden bestätigt die Genossen Hubnleisch, Blum, Schmielewski, Weise, Braun, Thiemide, Kapien, Gader und Wötcher.

Unter Verbandsangelegenheiten erhebt Genosse Hirsch Protest gegen die Behandlung der Angelegenheit Vorhards durch die Funktionäre des fünften Landtagswahlkreises. Nachdem Groß-Berlin gesprochen habe, stand den Funktionären nicht das Recht zu, Vorhards die Landtagskandidatur zu nehmen. Er ersucht die Genossen, Protest zu erheben.

Sonnemann bespricht sich über ungenügende Berichtserstattung durch den „Vorwärts“ von der letzten Verbandsgeneralversammlung.

Goldschmidt meint, der fünfte Reichstagswahlkreis kann sich gegen den Beschluß der Funktionäre des fünften Landtagswahlkreises nicht wenden, denn dieser entspricht dem prinzipiellen Standpunkt, daß der Landtagswahlkreis das Entscheidungsrecht haben muß.

Hilfenstein findet den Beschluß von Groß-Berlin in Sachen Vorhards unlogisch und verlangt, daß sich die Genossen die Delegierten für Generalversammlungen Groß-Berlins etwas genauer ansehen. Im übrigen begrüßt er das Vorgehen des fünften Landtagswahlkreises.

Weis gibt nunmehr eine kurze Darstellung des Werdeganges der Kläre Vorhards und kommt zu dem Schluß, daß es selbstverständlich ist, daß Vorhards, solange ein Schiedsgerichtsverfahren gegen ihn schwebt, genau wie alle anderen Genossen in gleicher Lage, kein Ehrenamt ausüben kann. Soviele Redner gehört hat, haben die Funktionäre des fünften Landtagswahlkreises dieses beantragt. Der „Vorwärts“ hat über die Angelegenheit berichtet, wie es im Interesse der Partei liegt.

Friedländer vertritt denselben Standpunkt wie Genosse Weis und meint, des weiteren, der fünfte Reichstagswahlkreis braucht nicht päpstlicher zu sein als der Papst. Die Funktionäre des fünften Landtagswahlkreises sind stets für Vorhards eingetreten. Wenn sie jetzt einen anderen Kandidaten nominieren, so haben wir keine Veranlassung, dagegen zu protestieren.

Hirsch zieht nunmehr seinen Antrag zurück.

Nachdem sich Genosse Goldschmidt für recht energisches Vorgehen gegen die neue Militärvorlage ausgesprochen hat, wird die Versammlung durch den Vorsitzenden, Genossen Friedländer, geschlossen.

Sechster Wahlkreis.

Su dem gedruckt vorliegenden

Bericht des Vorstandes

macht der Vorsitzende, Genosse Henschel, einige ergänzende Ausführungen. Zu Beginn des Geschäftsjahres waren die Gewerkschaftswahlen und die Vertreterwahlen für die Angekündigtenversicherung trotz ungünstiger Verhältnisse mit befriedigendem Resultat erledigt worden. Organisatorisch sei als wichtigste Veränderung die Einführung des Delegierten Systems für die Kreisgeneralversammlung zu erwähnen. Die Erwartung, daß dadurch das Interesse an den Generalversammlungen gehoben werde, habe sich nicht erfüllt. Eine Aufstellung zeigt, daß an vier Generalversammlungen je über hundert, an der vom 21. März 1923 sogar 167 Delegierte ihr Mandat nicht ausübten. In den Zahlabenden sei darauf zu achten, daß hierin eine Besserung eintritt.

Zur Diskussion über den Ausbau der Zehlabende ist Redner der Ansicht, daß diese das Fundament der Parteiorganisation darstellen, ohne dieselben keine intensive Agitation und Wahlarbeit möglich sei. Die Versuche, durch Abteilungsversammlungen mit Vorträgen zur theoretischen Weiterbildung befriedigend nicht, daselbe treffe auch auf die Mitgliederbewegung zu, die durch eine starke Fluktuation beeinträchtigt werde. 5063 männliche und 675 weibliche Mitglieder mühten wegen Zeitmangels getrieben werden. Der Mitgliederbestand betrug 31.886, darunter 5129 weibliche Mitglieder. Die Mitgliederzunahme um 258 wurde durch die Vermehrung der letzteren bewirkt. Protestversammlungen wurden unter guter Beteiligung abgehalten gegen die Lebensmittelteuerung und Aufhebung der Einfuhrbegünstigung für russisches Fleisch, gegen die Kriegsgefahr. Zu dem Festzug der impopulären Demonstration im Lepziger Park hat der 6. Kreis wesentlich beigetragen. Im Kreisbildungsausschuß habe man sich u. a. mit der Ausgestaltung der Parteiveranstaltungen beschäftigt und den Standpunkt vertreten, eher weniger als viel Vergünstigungen abzuhalten. Dafür soll aber versucht werden, Besseres zu bieten. Beschlossen wurde, das Stiftungsfest wieder einheitlich zu begehen und zwar, weil es im Kreise an einem geeigneten großen Lokale fehle, daselbst in der Brauerei Friedrichshain abzuhalten. Die Verbreitung der Parteipresse müsse energisch in die Hand genommen werden; die gegenwärtige Zahl der Vorwärtsabonnenten entspreche nicht der Größe und dem Ansehen des Wahlkreises. Flugblätter wurden aus acht Anlässen insgesamt 28.619.000 Exemplare verbreitet. Die Frauenleisende waren im Durchschnitt von 25 Prozent der organisierten Frauen besucht.

Nachdem Redner noch der in der Berichtszeit verstorbenen Mitglieder gedacht und die Vermählung deren Andenken in der üblichen Weise geehrt hatte, schloß er seine Ausführungen mit einer energischen Aufforderung zur Mitbeteiligung an der Agitation für den Ausbau der Organisation und die Verbreitung der Parteipresse. Der große ungeheure Kampf um die politische Macht werde nur Erfolg haben, wenn es gelingt, die Massen in die Organisation zu bekommen. Sorgen wir dafür, daß der nächste Geschäftsbericht in dieser Hinsicht bessere Resultate aufweist. (Beifall.)

Den Rassenbericht
erhielt Genosse Müller. Der Einnahme im Betrage von 132.700,00 M. steht eine Ausgabe von 129.903,84 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 2867,15 M. verbleibt; an die Verbandskasse wurden 89.985,50 M. abgeführt. Die Einnahmen wiesen gegen den letzten Bericht eine wesentliche Besserung nicht auf, es müsse Aufgabe der Genossen sein, die Zahl der Organisierten im laufenden Geschäftsjahr auf mindestens 33.000 zu bringen, dieser Erfolg würde dann auch finanziell zum Ausdruck kommen. (Beifall.)

Die Diskussion über den Geschäftsbericht eröffnete die Genossin Lohse durch passende Darlegungen über die Tätigkeit der Rindererschaukommission. Rednerin gibt eine eindrucksvolle Darstellung der beobachteten und aufgebotenen Fälle proletarischer Verelendung und bedauert, daß die Stadt Berlin in dieser Beziehung keine ausreichende soziale Fürsorge ausübe. Daß das Wirken der Rindererschaukommission bei der Bevölkerung Anerkennung finde, gehe daraus hervor, daß man sich wiederholt an sie um Hilfe und Beistand gewandt habe. (Beifall.)

Genosse Fischer will im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht auf den Fall Vorhandt zu sprechen kommen, wird aber daran vom Vorsitzenden verhindert mit der Begründung, daß es wohl nicht möglich sein werde, diese Angelegenheit im Rahmen der heutigen Tagesordnung bzw. Versammlung ausreichend zu erörtern; das müsse als besonderer Gegenstand geschehen. Die Versammlung ist dann am Schluß ihrer Beratungen auch damit einverstanden, daß auf den Fall Vorhandt erst zurückgegriffen werden soll, wenn er vor dem jetzt eingeleiteten Schiedsgericht erledigt ist.

Schubert spricht zum Ausbau der Zehlabende und wünscht, daß man nun nach Beendigung der Landtagswahlen mit Energie an die Frage herangehe. Von den Vorträgen in den Abteilungsversammlungen verspricht sich Redner nicht viel, die Einrichtung eines Kurses zur besseren Orientierung über die politischen Tagesfragen sei empfehlenswerter.

Wuttman verspricht sich von den Abteilungsberichten nur einen Erfolg, wenn es den Referenten nicht überlassen bleibt, den Stoff beliebig zu wählen. Die Referenten müssen ihren Stoff kritisch dem theoretischen Arsenal der Partei entnehmen. (Stimmung.)

Henschel stellt in seinem Schlußwort einige Irrtümer richtig und bemerkt, daß die nicht zuzugenden Referate verurteilt schlagenden Genossen Proteste vor, so gegen Stäffler als ersten Vorsitzenden.

Zu den Vorstandswahlen liegen gegen einzelne der vorgeschlagenen Genossen Proteste vor, so gegen Stäffler als ersten Vorsitzenden.

Genosse Krauth begründet hierzu den Protest seiner Abteilung damit, Stäffler habe sich als Versammlungsleiter nicht objektiv genug erwiesen, in der Generalversammlung vom 13. April habe er gegen die Landtagskandidatur Cohens dessen frühere Differenzen mit dem Parteivorstand in Sachen der Reichsperrungunterstützung geltend gemacht, was unkorrekt sei; maßgebend gegen die Aufstellung Cohens konnten nur grundsätzliche Gesichtspunkte sein.

Henschel kann nicht finden, was die Aufstellung Cohens mit der Wahl des Wahlkreisvorsitzenden zu tun habe. Stäffler habe im Auftrag des Kreises gehandelt und im übrigen habe sich ja die Generalversammlung auch auf dessen Standpunkt gestellt und Cohens Kandidatur abgelehnt.

Es sprechen dann noch einige Redner für und gegen Stäffler, der selbst erklärt, er habe im Sinne des Kreises gehandelt und trage nach dem Willen des Vorsitzenden durchaus kein Verlangen.

Schließlich wird Stäffler mit großer Mehrheit zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Gegen die Aufstellung des Genossen Weinmann für die Schiedskommission wird geltend gemacht, er habe auf der Generalversammlung am 13. April gegen die Resolution des 6. Kreises, die Regelung der Kandidatenaufstellung für die Landtagswahlen betreffend, gestimmt. Weinmann verteidigt sich damit, daß er in diesem Falle das Interesse des 10. Landtagswahlkreises im Auge haben mußte.

Genosse Henschel stellt hierzu fest, daß Weinmann verpflichtet war, für die Resolution des 6. Kreises einzutreten und zu stimmen, die Generalversammlung lehnt dann mit Mehrheit den Protest gegen Weinmann ab.

Gegen die Aufstellung des Genossen Krause zum Abteilungsleiter der 21. Abteilung liegt ebenfalls ein Protest vor. Der Vorwurf bezieht sich auf gemerkwürdige und kollegiale Verfehlungen; nach einer ziemlich ausgedehnten Debatte beschließt die Versammlung diese Wahl auszuführen, zumal ja ohnehin in dieser Abteilung noch die Wahl einer Genossin vorzunehmen ist.

Hierauf wird die Vorschlagsliste für die Vorstandswahl einstimmig angenommen.

Es ist nun über die zur Verbandsgeneralversammlung zu stellenden Anträge zu beschließen. Ein Antrag, an Stelle des historischen Kalenders einen praktischen Wandkalender herauszugeben, wird angenommen. Nach längerer Debatte werden angenommen zwei Anträge, welche die Einführung des Wochenabonnements unter Beibehaltung des Monatsabonnements für den „Vorwärts“ bezwecken, sowie ein Antrag, demzufolge die Vorschläge für die Delegationen zu Parteitagen von der Kreisversammlung bis zur doppelten Anzahl der zu Wählenden aufgestellt und der Generalversammlung zur Wahl unterbreitet werden sollen.

Eine Aufforderung, im Interesse der Organisation und der Presse rühmlich tätig zu sein und dreimaliges Hoch auf die internationale Sozialdemokratie (schließt die sachlich verlaufene Generalversammlung. Ihr Mandat nicht ausgeübt haben 114 Delegierte.

II. Bundestag der Arbeiterturner.

Rannheim, 27. Mai.

Dritter Verhandlungstag.

In der heutigen Sitzung gaben zunächst Koppisch und Benedix Leipzig den Bericht der Turnwart. Diese hätten reiche Arbeit gehabt, um die technische Entwicklung des Bundes zu fördern. Der ständige Ausbau des alten Turnens, seine Vereinfachung und Vertiefung sei Aufgabe der Turnwart gewesen. Aber auch das Neue begehre Einlaß und volle Gleichberechtigung. Die tüchtige Bewegung in Licht und Luft, das Wandern, Schwimmen, Spiel und Sport forderten und verdienten liebevolle Pflege.

In der Debatte über diesen Bericht wurde betont, daß das Frauenturnen nur langsam vorwärts gehe. Die Turnerinnen seien meist jung und hätten zu wenig Selbständigkeit. Da die älteren Turnerinnen den Verein bei einer Heirat meist verlassen, halte es schwer, einen Stamm Turngenossinnen zu bekommen, der zur Leitung der Abteilungen geeignet wäre.

Ueber das Bundesgeschäft konnten die Geschäftsführer Dietrich und Bachhaus berichten, daß sich der Umsatz des Bundes fortwährend steigert. Er betrug 1910 185.854 M., 1912 aber 358.507 M. Der Umsatz könnte aber noch größer sein, wenn die Vereine alle Waren im eigenen Geschäft kaufen würden. Das Bundesgeschäft erzielt einen Reingewinn von 30.414 M. Daß das Gesamtvermögen des Bundes in den letzten Jahren ganz gewaltig in die Höhe ging, ist dem Ergebnis des Bundesgeschäfts zuzuschreiben. — Die Bundesverwaltung beantragt, ihr die Ermächtigung zu erteilen, für das Bundesgeschäft eine andere geeignete Rechtsgrundlage zu schaffen.

Nach längerer Debatte wurde dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Ein Antrag, das Bundesgeschäft von der Bundesverwaltung vollständig zu trennen, wurde gegen eine große Minderheit abgelehnt. Beschlossen wurde, daß Bundesangestellte, außer den besoldeten Vorstandsmitgliedern, keinem Bundesverwaltungskörper angehören dürfen.

Ueber die turnerischen Aufgaben des Bundes sprach hierauf Turnwart Benedix-Leipzig und über Spiel, Sport und deren Organisierung Turnwart Koppisch-Leipzig. Die Grundgedanken der Ausführungen der beiden Redner gingen dahin: Das unüberdachte Ziel des Arbeiterturnerbundes ist die allseitige körperliche und geistige Erziehung seiner Angehörigen. Die Beschränkung eines Vereins nur auf ein Spiel, Fußball, Schlagball usw. — oder nur auf eine einzelne sportliche Betätigung — nur Sehen, nur Laufen usw. — ist unvereinbar mit unseren Grundzügen. Solche einzelne sportliche Betätigung ist einseitig und infolgedessen ungeeignet, den Körper harmonisch zu erziehen. Im Gegenteil verführt jede Einseitigkeit gar leicht zu gesundheitsschädlichen und körperverwundenden Ueberreizungen.

Aus diesen Erwägungen heraus legen die Referenten eine Resolution vor, die sie eingehend begründen und in der es heißt:

1. Die Aufnahme von Spiel und sportlichen Übungen in den Turnbetrieb der Vereine ist mit allen Kräften zu erstreben. In den Kreisen und Bezirken sollen besondere Spielleiter gewählt und Spielausschüsse gebildet werden. Wo irgend die Möglichkeit hierzu besteht, müssen sich die Vereine Spielplätze anlegen; wo mehrere Vereine nahe beieinander liegen, empfiehlt sich die Anlegung eines gemeinsamen Spielplatzes.

2. Bestehende Spiel- und Sportvereine, die Aufnahme in den Bund suchen, sollen dazu angehalten werden, sich den bestehenden Bundesvereinen als Abteilungen anzuschließen. Wenn das nicht zu erreichen ist, können diese Vereine Aufnahme in den Bund finden, sofern der bestehende Verein dagegen keinen Widerspruch erhebt. Ueber die Berechtigung eines Widerspruches entscheidet auf Beschwerde die Bezirksleitung. Findet eine Aufnahme als selbständiger Verein in den Bund statt, so ist bei der Aufnahme zu bedingen, daß nach Ablauf einer näher zu bestimmenden Frist nochmals Vereinigungsverhandlungen eingeleitet werden. Scheitern diese Verhandlungen, so entscheidet der Bezirksvorstand über die weitere Zugehörigkeit des Vereins zum Bunde. Nichts aller Bundesmitglieder ist es, mit allen Kräften dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeiterturn- und Sportbewegung in den einzelnen Orten einig und geschlossen auftritt. Jede Vereinsmeierei ist unserer Bewegung nicht nur unwürdig, sondern schädigt auch das Ansehen des Bundes.

Die Verhandlungen wurden sodann auf Mittwoch vertagt.

Gerichts-Zeitung.

Die Polizei und das Mädchen im Morgenrod.

Die Kriminalkommissare Roswadowski und Franke hatten den Auftrag, die Wohnung einer Frau Rantzei in der Potsdamer Straße zu beobachten, weil die Frau im Verdacht stand, die Wohnung als Kuppelquartier zu benutzen. — Eines Tages, um die Mittagszeit, sahen die Beamten am Fenster der verdächtigen Wohnung ein weibliches Wesen sitzen, welches mit einem Nachhemd oder Morgenrod bekleidet war.

Ein weibliches Wesen um die Mittagszeit im — man denke! — Morgenrod. — Das ist verdächtig, dachten die Beamten. Flugs gingen sie in die Rantzeische Wohnung. — Richtig. Da sah Fräulein Dorothea Hilbrecht, ihres Zeichens Friseurin, nur mit einem Morgenrod bekleidet. In ihrer Gesellschaft befand sich ihr Bräutigam, ein Reisender Kassei. — Die Beamten verlangten Legitimation. — Der Mann gab einen Militärpaß, das Fräulein ihre polizeiliche Anmeldebcheinigung, welche auf eine Wohnung in der Steinmetzstraße lautete. Die Anmeldebcheinigung genügte den Beamten nicht, sie schlossen aus einer Beugung Kasseis, daß die Angaben über die Persönlichkeit des Fräuleins nicht zuträfen.

Fräulein Hilbrecht wurde also aufgefordert, nach der Polizeiwache mitzugehen. — Sie weigerte sich, denn — sagte sie — die polizeilich abgestempelte Anmeldebcheinigung sei eine ausreichende Legitimation. — Frau Rantzei, ihr Mann und ihr Dienstmädchen kamen hinzu. Man machte den Beamten den Vorschlag, einer von ihnen möge nach der kaum 150 Schritt entfernten Polizeiwache gehen und feststellen, ob die in der Anmeldebcheinigung enthaltenen Angaben auf Fräulein Hilbrecht zuträfen. — Die Beamten lehnten das ab und beharrten auf ihrem Verlangen, Fräulein Hilbrecht müsse ihnen nach der Wache folgen. Das Fräulein blieb bei seiner Weigerung. Sie berief sich darauf, daß sie krank sei, wies auf ihr Gesicht, das geschwollen war, weil sie sich kurz vorher sechs Zähne hatte ziehen lassen. Sie deutete auch an, daß sie gegessenen Leibes sei und legte sich ins Bett.

Aber wann wird wohl ein preussischer Schutzmann, der einen Verdacht hat, von seinem Verlangen Abstand nehmen? Was einmal verlangt war, wurde also mit Schneidigkeit durchgeführt. — Einer der Kriminalkommissare holte Verstärkung. Vor der Haustür stand die zweite Hälfte des Expeditionskorps, zwei uniformierte Schutzmänner, in Reserve. Nun rückten auch diese beiden auf den „Kampffeld“. Nach Angabe der Kriminalbeamten sollen die Wohnungsinhaber eine „drohende Haltung“ angenommen und das Dienstmädchen sogar eine

Bratpfanne geschwungen

haben. Doch es steht fest, daß sich aus der „drohenden Haltung“ keinerlei Tathandlungen gegen die Beamten entwickelten und konnten sie denn mit vereinten Kräften zur Zistierung von Fräulein Hilbrecht und ihrem Bräutigam schreiten. — Während einer der Kriminalkommissare diesen nach der Wache brachte, bemühte sich der andere Kriminalkommissar, Fräulein Hilbrecht aus dem Bett zu zerrren. Daß Mädchen fränkte sich nach Kräften, hielt sich

fest und brachte ihre Hand mit dem Gesicht ihres Widersachers in eine Berührung, die nicht als Liebkosung empfunden wurde und auch keine solche sein sollte.

Natürlich blieben

die Polizeibeamten

im Kampf gegen das schwache Mädchen

Sieger.

Fräulein Hilbrecht wurde,

nordwärts bekleidet,

wie sie war und

ohne Schuhe

an den Füßen nach der Wache gebracht. Hier wurde in ganz kurzer Zeit festgestellt, daß ihre Anmeldung durchaus in Ordnung und auf ihre Person zutreffend war.

Fräulein Hilbrecht konnte die Polizeiwache bald wieder verlassen. Sie hat aber, wie sie angibt, infolge dieser aufregenden Vorgänge kurz darauf eine Fehlgeburt gehabt.

Schließlich kam auch noch das gewohnte gerichtliche Nachspiel in Form einer Anklage gegen Fräulein Hilbrecht wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt.

Daß Fräulein Hilbrecht dem Schutzmann, der sie aus dem Bett zerrte, Widerstand geleistet, ihm auch ins Gesicht geschlagen hat, gibt sie zu. Das Schöffengericht Berlin-Schöneberg hat sie freigesprochen, weil es zu dem Ergebnis kam, daß die Beamten im vorliegenden Falle nicht in berechtigter Ausübung ihres Amtes handelten. — Das Landgericht II dagegen hat der Berufung des Staatsanwalts stattgegeben, berechtigte Amtsausübung als verbleibend angesehen und die Angeklagte zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Die von der Angeklagten durch Rechtsanwalt Dr. Cofar Cohn eingeleitete Revision hatte den Erfolg, daß das Kammergericht das Urteil aufhob und die Sache zur erneuten Verhandlung an das Landgericht I verwies. In der vom Kammergericht gegebenen Begründung wird gesagt: Das Urteil des Landgerichts lasse nicht erkennen, ob die Angeklagte als Beschuldigte oder nur als Zeugin habe sistiert werden sollen. An sich habe die Polizei das Recht, auch Personen, die nur als Zeugen in Anspruch genommen werden, behufs Feststellung ihrer Persönlichkeit nach der Wache zu bringen. Aber sie dürfe das Mittel nicht nach Willkür oder Bequemlichkeit wählen, sondern nur aus besonderen künftigen Gründen, namentlich, wenn ihr keine, von Zeugen weniger beschwerende Mittel zur Verfügung ständen. Die Angeklagte habe aber richtige Angaben über ihre Persönlichkeit gemacht und einen richtigen Ausweis vorgezeigt, auch seien die Beamten darauf hingewiesen worden, wie sie die Legitimation prüfen könnten ohne die Angeklagte zu sistieren.

In der erneuten Verhandlung, die gestern vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I stattfand, drehte es sich im wesentlichen um die Frage, die nach der Entscheidung des Kammergerichts gelöst werden mußte: Sollte die Angeklagte nur als Zeugin, oder auch als Beschuldigte nach der Wache gebracht werden?

Die beiden Kriminalkommissare jagten zunächst, Fräulein Hilbrecht sei nur als Zeugin in einem etwaigen Appellverfahren gegen die Wohnungsinhaberin in Frage gekommen. Der Vorsitzende stellte fest, daß die Beamten auch in der früheren Prozedur nichts weiter als dies gelagt haben. — Inzwischen wird den Kriminalbeamten wohl ein Licht darüber aufgegangen sein um was es sich dreht. Jetzt traten sie mit der Angabe hervor, sie hätten die Angeklagte auch als Beschuldigte unter dem Verdacht der gewerdmäßigen Anzucht festgenommen. Wie der Vorsitzende feststellte, hat keiner der Beamten dem Fräulein gesagt, daß sie als Beschuldigte festgenommen werde. Sie ist auch auf der Wache nicht als Beschuldigte behandelt und es ist auch kein Verfahren gegen sie eingeleitet worden.

Der Vorsitzende fragte den Kriminalkommissar Roswadowski, warum er nicht dem Ersuchen, nach der Wache zu gehen und dort die Legitimation zu prüfen, nachgegeben sei. — Roswadowski meinte: „Dann hätte sich Fräulein Hilbrecht inzwischen aus dem Staube machen können! — Nun wurde dem Zeugen entgegengehalten: Der Schutzmann, welcher mit Kassei nach der Wache ging, hätte doch dort die Legitimation des Fräuleins prüfen können, dann wären doch immer noch drei Beamte in der Wohnung gewesen, die ja eine Flucht sicher verhindert hätten. — Hierauf gab Roswadowski die Antwort: „So machen wir keine Feststellungen. Wohin kämen wir denn, wenn die Polizei in solcher Weise Feststellungen machen sollte!“

Nachdem der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 20 M. beantragt hatte, plädierte Rechtsanwalt Dr. Cofar Cohn für Freisprechung. Er legte dar, daß hier von berechtigter Amtsausübung gar keine Rede sein könne, denn die Beamten hätten die Möglichkeit gehabt, die Persönlichkeit der Angeklagten, welche nur als Zeugin in Frage kam, festzustellen, ohne sie nach der Wache zu bringen. Der Einwand, es habe sich um die drohende Haltung der Wohnungsinhaberin kein Beamter aus der Wohnung entfernen können, sei völlig haltlos, denn nach der Entfremdung des einen Kriminalkommissars würden ja in der Wohnung noch zwei mit Säbel und Brönningspistole bewaffnete, uniformierte, sowie ein ebenfalls nicht waffenloser Kriminalkommissar zurückgeblieben sein. Die drei bewaffneten Männer würden doch wohl der Situation, selbst der geschwungenen Bratpfanne des Dienstmädchens gewachsen gewesen sein.

Das Gericht kam zu einem freisprechenden Urteil. Es hielt für festgelegt, daß die Angeklagte zwar Widerstand geleistet habe, die Beamten sich aber nicht in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes befunden hätten. Die Sistierung sei nicht berechtigt gewesen, denn es habe nicht im Wege gestanden, daß einer von den vier Beamten nach der Wache gegangen wäre und dort die Legitimation der Angeklagten geprüft hätte.

Dämmerzustand.

Verfälschungsbüchse werden einem Tischlergesellen Albert Bech zur Last gelegt. Er wird beschuldigt, im letzten Winter mehrere Tischlerwerkstätten mit Nachschlüssel geöffnet und aus ihnen allerlei Werkzeug und auch einige Verbandsbücher gestohlen zu haben. Vor dem Landgericht Berlin I (Strafkammer II), wo gestern der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Angeklagte sich zu verantworten hatte, entstanden bald Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit. Die Polizei hatte die Sachen in seiner Wohnung bei einer Hausdurchsuchung gefunden, er erklärte aber dem Gericht, nicht zu wissen, wie sie da hineingekommen seien. Hinterher sagte er mit Bezug auf den einen Einbruchfall wieder, er müsse die Sachen, wenn sie bei ihm gefunden worden seien, wohl gestohlen haben. Der Gerichtsarzt Dr. Marx, der den an Epilepsie leidenden Angeklagten schon aus früheren Strafprozessen kennt, gab als Sachverständiger sein Gutachten dahin ab, daß hier ein Dämmerzustand vorliegen könne. Bech habe allerdings in seinen früheren Prozessen sich nach nie darauf berufen, daß er von den ihm zur Last gelegten Straftaten nichts wisse. Es empfehle sich, Bech zur Beobachtung seines Geisteszustandes an eine öffentliche Anstalt zu überweisen. Staatsanwalt und Verteidiger stimmten zu, und das Gericht beschloß so.

Strafgesekbuchnabele.

Wegen eines im Straßenbahnwagen begangenen Hausfriedensbruchs hatte sich gestern der Fahrstuhlführer Hermann Wipperfurth vor der Strafgeschwengerkammer zu verantworten. — Bekanntlich

wurde vor Einführung der Robelle zum Strafsgefängnis als Hausfriedensbruch angesehen, wenn der Täter in die Wohnung, die Geschäftsräume oder das umfriedete Besitztum eines anderen widerrechtlich eingedrungen oder sich auf die Aufforderung des Berechtigten nicht entfernt hatte. In der erwähnten Robelle ist nun der Hausfriedensbruchparagraf 123 St. G. B. dahin geändert worden, daß auch ein Hausfriedensbruch in Abgesperrten, dem öffentlichen Verkehr dienenden Räumen verübt werden kann. — In der jetzigen Anklagesache handelte es sich um den ersten derartigen zur Aburteilung gelangten Fall. — Der Angeklagte W. hatte, nachdem er die Fahrstuhlführerprüfung bestanden hatte, etwas über den Dreck getrunken und dann in der nach Roabit fahrenden Straßenbahn gestiegen. Er wurde von dem Schaffner Robdach wiederholt aufgefordert, den Wagen zu verlassen und mühte sich schließlich gewaltsam herauszubekommen. Der Angeklagte sprang dann in eine Troschle und fuhr hinter dem Straßenbahnwagen her, dabei fortwährend auf den Schaffner in den gemeinsten Ausdrücken schimpfend. — Das Schöffengericht verurteilte ihn mit Rücksicht auf die Schwere des Erzeugtes zu 2 Monaten Gefängnis. Die Befugung des Angeklagten wurde von der Strafkammer verworfen.

Jugendbewegung.

Der Kampf gegen die Arbeiterjugend.

Die Schulinspektion in Meinen hat die Schulvorstände ihres Bezirkes in einem Rundschreiben aufgefordert, den Fortbildungsschülern die Teilnahme an den Turnstunden der Arbeiterturnvereine zu untersagen. Es sei mit dem Geiste der staatlichen Fortbildungsschule unvereinbar, wenn Fortbildungsschüler an den Zusammenkünften dieser Turnvereine teilnehmen. Man fügt sich bei diesem Verbot auf den § 4 Absatz 2 der Verordnung vom 4. November 1878. Die Gerichte haben aber bereits im Vogtlande die auf Grund von gleichen Verboten ausgesprochenen Geldstrafen aufgehoben und damit zum Ausdruck gebracht, daß die Schulbehörden kein Recht haben, den Fortbildungsschülern das Vereinsrecht zu verweigern. Jedenfalls wird die auf diese Weise verübte Förderung der bürgerlichen Turnvereine gerade das Gegenteil bewirken.

Aus aller Welt.

Christliche Toleranz.

Das „Monistische Jahrhundert“ erzählt folgende erbauliche Geschichte von der Toleranz der christlichen Kirche:

Sie ist einfältiger, waderer Leute Kind, dient in Dresden Blasewitz als Magd — und tötet sich. Der Arzt bescheinigt, daß die Unglückliche in geistiger Unmündigkeit gehandelt. Der Dienstherr läßt der Toten, um den hartbetroffenen Eltern doch einen Trost zu schaffen, einen schönen Grabstein setzen mit der üblichen Inschrift: „Hier ruhet in Gott...“ Aber die Kirche, die mit Gott in genauer Verbindung steht, widerspricht. Der Stein muß weg. Der Dienstherr läßt ihn abhaken und das Kergernis „Gott“ beiseitelegen. Die Inschrift lautet alsbald: „Hier ruht in Frieden...“ Doch auf einem christlichen Friedhofe darf eine geistig kranke Selbstmörderin auch nicht in Frieden ruhen. Die Kirche dekretiert demgemäß. Der Stein wird also zum zweiten Male abgeschliffen. Jetzt gibt er nun an: „Hier ruht sanft...“ Da im ganzen lieben Europa ja doch kein verständiger Mensch mehr glauben kann, daß die arme, im Grabe von der barmherzigsten aller Kirchenbehörden so herb gerichtete Unschuld auf diesem „Friedhof“ sanft ruhe, genehmigten die Nachfolger des „Friedesfürsten und Menschenheils“ gnadenreich den Text:

„Und da jammern die Frommen auf ihren Lagungen über die immer mehr zunehmende Ungläubigkeit der Massen. Letzten Endes sind die Selbsten doch selbst daran schuld, wenn die Erkenntnis sich immer mehr Bahn bricht, daß das Treiben der Frommen mit wahrer Seligkeitsität wenig gemein hat.“

Raubmord an einem Kaufmannslehrling.

Einem raffiniert angelegten Verbrechen ist am Mittwochvormittag in Hannover der vierzehnjährige Kaufmannslehrling Hans Steins zum Opfer gefallen. Wie uns ein Telegramm meldet, hatte der Lehrling für seine Firma beim Postfachamt drei Beträge von zusammen 191 M. abgehoben. Er wurde von einem gutgekleideten etwa 25jährigen Mann nach einem möblierten Zimmer in der Schillerstraße, das der Verbrecher etwa eine Stunde vorher angeht für seinen Bruder gemietet hatte, verschleppt und dort durch einen Schuß in den Kopf getötet. Der Täter ist auf seine Ergreifung eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt.

Der kirchliche Terror.

Eine lustige Pfaffen Geschichte aus Galizien erzählte Genosse Daszynski im österreichischen Abgeordnetenhaus. Die Pfaffen im ganzen Land müssen jetzt die Vereitelung der Landtagswahlreform durch die Bischofe rechtfertigen und haben daher, auf oppositionelle Zeitungen. Einer Bauernfrau drohte ein Seelenhirt, daß sie „schiefe Kinder“ gebären würde, wenn ihr Mann das volksparteiliche Blatt nicht abbestelle. Daraufhin erreichte sie wenigstens, daß der Bauer das Blatt jetzt immer dem Pfarrer ausliefert; der liest es nun. Hoffentlich, so schloß Daszynski, bekommt jetzt nicht der (katholische) Pfarrer die schiefen Kinder!

Kleine Notizen.

Absturz eines Fliegers. Am Mittwochmorgen ist der Pilot Horn mit einem Jathoebinder auf einem Heberlandfluge bei Burgwedel aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache aus einer Höhe von 150 Meter abgestürzt; er war sofort tot.

Schweres Explosionsunglück. Auf einem Grundstück in Rheydt wollten Arbeiter den im Schacht befindlichen Schpon, der an die städtische Kanalisation angeschlossen war, ausbessern. Um sich davon zu überzeugen, ob die Grube Gase enthalte, warf einer der Arbeiter ein brennendes Stück Papier hinab. In demselben Augenblick erfolgte eine Explosion, wodurch fünf Arbeiter schwere Brandwunden erlitten.

Untergang eines deutschen Dampfers. In der Nähe der französischen Küste geriet der deutsche Dampfer „Oswango“ aus Stettin infolge dichter Nebels gegenüber von Quezant auf Grund. Das Schiff sank sofort. Die Besatzung von fünfundsiebzig Mann wurde gerettet.

Ein Führer der „Pfadfinder“. In Singen (Amt Konstanz) hat sich der Hauptfeldmeister Sch. gegenüber jungen Pfadfindern sittlich schwer vergangen. Er ist unter Hinterlassung von Schulden geflüchtet. Sch. war Anführer der Pfadfinder. Die Angelegenheit erregt in Singen und in der Umgegend großes Aufsehen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	27. 5.	26. 5.		27. 5.	26. 5.
Remel, Lüst	187	+10	Saal, Großh.	109	-4
Bregel, Ansternburg	24	-6	Savel, Spandau ¹⁾	22	-6
Beichsel, Thorn	120	+2	Rathenow ²⁾	10	+1
Dder, Rathbor	150	-13	Spree, Spremberg ³⁾	72	0
Krossen	171	+38	Beeskow	82	0
Krausfurt	123	+7	Bejer, Rinden	162	-2
Barthe, Schimm	96	-8	Rhein, Ramin	240	-2
Landberg	56	-7	Rhein, Ramin	452	0
Reje, Bordanum	-16	0	Raub	219	-5
Elbe, Zeitmeritz	-45	-7	Rain	215	-10
—	-158	-10	Redar, Heilbronn	70	-5
Barbo	102	-1	Main, Hanau	150	-4
Magdeburg	94	-2	Rosel, Trier	73	-2

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall, — ²⁾ Unterpegel. — An der preussischen Weichsel ist nach telegraphischer Meldung Steigen zu erwarten, doch nicht über Mittelwasser.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 60, vorn der Treppe — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmte Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abmündigungsanfrage beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. S. 300. Rein, da Sie wahrscheinlich den Betrag unterschrieben haben. — **C. S. R. 38.** 1. Leider muß 2. Sprechen Sie mit dem Armenvorsteher. — **S. M. 65.** 1. Das ist möglich. 2. Der Termin muß wahrgenommen werden, falls Vorladung erfolgt. — **B. G. 14.** 1. Sie sind zur Herausgabe nur Zug um Zug gegen Rückzahlung des Kaufpreises verpflichtet. 2. Schriftliche Prozeßvollmacht genügt. — **S. M. 51.** Ka, und zwar die Staatseinkommensteuer soll, Gemeindefiskalsteuer nur bis einschließlich September 1911. Richten Sie an die Steuerbehörde eine Eingabe. — **A. 1913.** Rückzahlungstermin unterliegt der Vereinbarung. Ist eine Vereinbarung nicht getroffen, so ist der Betrag Ende des Monats fällig. Kündigung ist bis zum 15. eines Monats mit Wirkung zum nächsten Erten zulässig. — **C. S. 27.** Ihre Kündigung ist zurücksendend. — **B. G. 2.** Der Standpunkt der Steuerbehörde entspricht dem Gesetz. — **C. S. 6.** 1. Leider nicht. 2. Kommt auf die Zeitdauer der Verankerung an. Falls nicht länger als 14 Tage andauert, halten wir einen Abzug nicht für zulässig. — **S. J. 15.** Der Vermerk war zulässig. — **B. 209.** 1. und 2. Ka, sofern die Veranlagung der Höhe des Einkommens entspricht. — **B. G. 1913.** 1. Nach überlegender Rechtsprechung nein, da eine Wahlpflicht nicht besteht. 2. und 3. Mit Rücksicht auf den § 2 der Arbeitsordnung nein. — **B. T. 30.** Ka. — **A. M. 100.** 1. M. 65 St. pro Tag. — **C. W. 56.** 1. 4 bis 6 Wochen. 2. Vorausschüssig nein. 3. Ja. 4. Nicht zu beantworten, da die Höhe des Einkommens der Parteien nicht angegeben ist. Im übrigen legt das Gericht das Objekt nach freiem Ermessen fest. 5. Die gesetzliche Verzinsung beträgt 10 Monate. Wird wegen des Scheiterns geschieden, so ist ein Antrag auf Dispenzerteilung vor Ablauf eines Jahres von der Rechtskraft des Urteils an gerechnet, aussichtslos. 6. Der Antrag auf Dispenzerteilung ist bei dem Landgericht, welches die Ehe geschieden hat, einzureichen. Beschaffung besonderer Papiere ist nicht erforderlich. — **C. S. 44.** Rückstufung. — **J. W. 4.** Rein. — **T. S. 101.** Rein. — **J. S. 13.** Die angegebene Wasserwärme zu der von Ihnen genannten Zeit erscheint ausreichend. Sie halten es nicht für ausreichend, gegen den Vermietter vorzugehen. Eine Kündigung der Miete ist nach den üblichen Rechtsregeln für alle Fälle unzulässig. — **J. R. 3a.** — **M. 36.** 1. Mit Ablauf des Versicherungsjahres. 2. Ihre Frau ist zur Zahlung der Prämie für das im September vorigen Jahres abgelaufene Versicherungsjahr verpflichtet, falls diese Prämie nicht schon bezahlt war. — **D. W. 38.** Ja. — **M. 21.** 86. 1. Das ist haltbar. 2. bis 7. Ob ein Strafverfahren eingeleitet wird oder nicht, hängt von dem Standpunkt der Staatsanwaltschaft beim der Strafkammer ab. Verjährungsfrist: fünf bzw. zehn Jahre. — **R. D. 100.** 1. Ja. 2. Rein. — **C. S. 27.** Sie sind zur Einlösung verpflichtet. — **C. S. 13.** Schadenersatzklage erscheint nicht durchführbar. — **Testament.** Es fehlt beim Datum die Jahreszahl. Ferner muß die Ehefrau eigenhändig einen mit Ortsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehenen Zusatz machen, daß das Testament auch als das ihrige gilt. Der Testamentstext muß von Ihnen ebenfalls eigenhändig geschrieben sein. — **Pantow 18.** Handelt es sich um eine Entnahme zum Privatbedarf, in zwei Jahren, mit Ende des Kalenderjahres, in dem die Ware geliefert ist, beginnend. Ist die Ware zum Gewerbebetrieb geliefert, in vier Jahren. — **M. 86.** Ja. — **S. Nowawed.** Es empfiehlt sich, bei der Zentralstelle für Auswanderer, Berlin, Karlshof 110, Informationen einzuholen. — **Vier Streikende.** Wir raten Ihnen, sich darüber nicht zu streiten, sondern doch lieber sofort einen Arzt aufzusuchen. Wenn es Ihnen aber nur um Klärung zu tun ist, so sehen Sie sich mit der Buchhandlung Bornäris, Lindenstr. 69, in Verbindung. — **Reinmuth Opperheim.** Wenn Sie Gelehr des „Barnäris“ sind, so müßten Sie doch unsere Ansicht zu der Sache gelesen haben. Am übrigen ist zu bemerken, daß zur Entscheidung derartiger Fragen nicht der Briefkasten des „Bornäris“ da ist, sondern die Anstalten der Organisation gegeben sind. — **Wettende, Torfür. 14.** Derartige registrieren wir nicht. — **M. S. 5.** Richten Sie einen sogenannten Kammerfänger zu Rate. Adressen im 2. Band des Adreßbuchs, Teil IV. — **Ulf. S. 1913.** Darüber sind wir auch nicht informiert. — **M. S. 112.** Bei S. Heise, Bonenstr. 19. — **M. S. 13.** 1. und 2. Richten Sie Ihre Anfrage an die Gewerkschaftskommission, Engelauer 15. — **B. A. 17.** Eine Satire, erschienen in München, Verlag Birk. — **S. G. 4.** Die sogenannte Berliner Richtung der Gelben, Lebia. — **S. 56.** Rein. — **G. S. 38.** Nur dann, wenn die Aufsichtsräte nicht für den Privatbesitz, sondern zur Berechtigung von Arbeitern, die mit einem Gewerbebetriebe in Verbindung stehen, tätig ist. — **Martina I.** In strafrechtlicher Hinsicht in 5 Jahren. Ein zivilrechtlicher Schadenersatzanspruch in 3 Jahren. — **B. G. 12.** 1. und 2. Die Lohnbeschlagnahme ist zulässig, es müssen pro Woche etwa 25 M. belassen werden. 3. Rein. 4. In der Regel Geldstrafe, deren Höhe im Ermessen des Richters liegt. Die Klage ist bei dem Schöffengericht zu erheben. — **M. S. 100.** Der Vermietter kann schon jetzt die Klage erheben. Gutbedachtliche Sachen kann er einbehalten. —

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158.
Wunderbare Neuheiten, Gardinen, Stores, Vitrages, Tüllbettsdecken etc. in allen Stilart.
Portieren, Möbelstoffe, Tischdecken.
1 Posten reichgestickter **Erbstüll-Bettdecken mit Volant** à 335 485 (bisher 6 bis 8 M.).
Erbstüll-Stores mit Volant à 335 475 (bisher 6 bis 8 M.).
Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko

Wir schwören
auf
Selowsky's Caruso-Cigaretten

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.
H. Pfau, Bandagist
Berlin, Direksenstraße 20
C., zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Voltzeplatz. — Amt Kst. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Referent für alle Krankefälle.

5 Pfund Limonadesirup aus 75 Pf.
1 Fl. Original-Reichel-Extrakt für
von wirklichem Fruchtgeschmack und vollem edlen Aroma bereitet man sich selbst durch einfaches Ruffochen mit Zucker in Himbeer, Erdbeere, Kirsche, Zitronen, Grenadine, Orangensaft (Apfelsine) usw. Röstlich zu Nachtweiden und Limonaden, nadehalt, gesund, erquickend, der Kinder liebtes Getränk. Unglaublich vorzuziehen und einzig schön. Nur nach einem Versuche hat man den richtigen Begriff. Vor Nachahmungen schützt die Köpfeleinschneide-Mark. Vollständiges Rezeptbuch zur realen Selbstbereitung kleinerer Mäße, Brauntweine usw. gratis. Kleiniger Fabrikant Otto Reichel, Berlin SO. Eisenbahnstr. 4. Fernspr. Amt Rpl. 4751-53. Niederlagen in den bekannten durch Schilder kennlichen Drogerien, wo nicht, wende man sich an die Fabrik.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.
Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Der gutsitzende Anzug
macht den Gentleman. Heute und folgende Tage: Verkauf von großen Posten neuer oder gebrauchter Monatsgarderobe, Anzüge, Ulster, Paletots, Beinkleider, getragen, teils von ersten Schneidern aus besten Materialien angefertigt (auch auf Selde) für jede Figur (auch den ältesten Herrn) passend am Lager. Anschaffungspreis bis M. 120.— zu folgenden billigen Preisen:
Jackett-Anzüge M. 9.— 12.— 16.— 20.— etc. bis zu 4. Leuten
Rock-Anzüge „ 12.— 16.— 20.— 24.— „
Gehrock-Anzüge „ 18.— 22.— 27.— 32.— „
Herren-Ulster „ 10.— 16.— 18.— 22.— „
Sommer-Paletots „ 6.— 8.— 12.— 14.— „
Hosen „ 2.— 3.— „
Jünglings-Anzüge „ 7.— 10.— 14.— 18.— „
Frack- u. Gesellschaftsanzüge werden verflohen.
Garderobenhaus
Gr. Frankfurter Straße 116
an der Andreasstraße.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.
Soeben erschienen:
Die Kaserne
Ein Roman aus dem Leben unter den Fahnen: von Joh. Ferch.
Preis broschiert 3 M., gebunden 4 M.
Ein österreichisches Seitenstück zu Beyerleins Roman: Jena oder Sedan?

Phänomenen
Qualitäts Cigarette
KON-LINON

Vorwärts-Bibliothek.
Eine Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen
Neuerscheinung
Der Pariser Garten
und Anderes. Von Minna Kautsky.
Preis gut gebunden 1 Mk.
Die Erzählungen der jüngst verstorbenen Genossin sind in den Kreisen des arbeitenden Volkes stets gern gelesen worden. Der vorliegende Band wird daher breiten Schichten willkommen sein.
Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Aus der Frauenbewegung.

Frauen- und Kinderelend in der Thüringer Heimarbeit.

In einem herrlichen Frühlingstage fuhr ich mit der Bahn durch das schöne Thüringen nach Sonneberg. Die Sonne schien prächtig und beschönigte noch die so reizvolle Gegend mit ihren Bergen und Tälern, so daß bei ihrem Anblick einem das Herz aufgehen konnte. Im Wagen aber war's fürchterlich. In drangvoller Enge saßen wir bei einander, kaum konnte man sich bewegen. Arbeiterfrauen waren meine Mitgefährtinnen, Heimarbeiterrinnen, die aus dem Innern des Thüringer Waldes kamen und die in Sonneberg ihre Arbeit abliefern und den lärglichen Lohn entgegennehmen wollten. Es war Sonnabend, der Ruhetag.

Es waren wohl zwanzig an der Zahl. Sie hatten alle ihre hochbepackten Tragkörbe vor sich stehen. Allen sah man die Not und die Sorge, die schlechte Ernährung und das abgearbeitete, müde Wesen auf den ersten Blick an. Die Hände und Fingernägel dieser Arbeiterinnen waren von Weize und Farbe braun und schwarz geworden.

Ich mischte mit einigen Frauen ein Gespräch an und sie erzählten mir von ihren Leiden, erzählten, wie sie bei angestrengtester Arbeit nur 8 und 10 M. wöchentlich verdienen, daß auch die Kinder häufig mitleiden müssen und daß sie trotz aller Arbeit nicht durchkommen könnten, denn der Lebensunterhalt wäre doch zu teuer. Ein junges Mädchen sagte: „Wenn ich doch nur mal fort könnte von hier, ich möchte gern etwas anderes arbeiten, aber die fränke Mutter und die Geschwister zu Haus, es geht ja nicht.“

Auf jeder Station stiegen immer mehr Frauen mit ihren Körben ein, und wir waren alle froh, als endlich unser Ziel erreicht war.

Sonneberg hat eine prächtige Umgebung, schön und herrlich erscheint alles dem Fremden, der nur oberflächlich hinschaut, und doch bergen die Stadtmauern das grenzenlose Elend. Da ich einen halben Tag in dieser Stadt verweilen konnte, benutzte ich diese Zeit, um die Stätten des Elends anzusehen. Ein Genosse stellte sich mir in lebenswichtigster Weise zur Verfügung und führte mich in die Höhlen der Heimarbeit. Durch enge Straßen mit niedrigen Häusern führte uns unser Weg. In einem dieser Häuser traten wir ein. In einem Raume saßen vier Mädchen, die Puppenperlen arbeiteten. Und wie arbeiteten sie! Vor ihnen lag ein Berg gemähter Perlen, die noch frisiert werden mußten. Auf ihrem Schoße hatten die Mädchen eine größere Puppe, der legten sie eine Perle auf und mit einem Brenneisen brannten sie die Perlen und zwar mit einer Geschwindigkeit, die mich in Staunen versetzte. Sie arbeiteten immerfort, ohne auch nur aufzusehen. Wah und schmal sahen diese Mädchen aus, man merkte an ihnen nichts von jugendlicher Frische. Ihr Wochenlohn betrug 8—12 M.

In einem anderen Hause wurden vollständige Puppen mit Wachsblöpfen, circa 20—25 Zentimeter groß, hergestellt. Für das ganze Duzend solcher Puppen, die noch mit einem Hemd bekleidet waren, erhielt der Arbeiter nur 1 M. Aber was für eine ungeheure Arbeit muß dafür geleistet werden. Da werden die Wachsblöpfe in Formen gegossen, dann werden die Glasaugen darin befestigt, die aber erst von einem Glasbläser gekauft werden müssen. Darauf wird der Kopf mit Gips ausgegossen, bemalt und dann wird die Perle befestigt. Der Puppenleib besteht aus Stoff und wird mit Sägespänen und dergleichen ausgefüllt. Die Arme und Beine, die aus Papiermaché bestehen und die ebenfalls gekauft werden müssen, werden in eine Flüssigkeit getaucht, damit sie Farbe erhalten. Und diese Flüssigkeit verbreitete einen unangenehmen süßlichen, beizenden Geruch, von dem die ganze Wohnung angefüllt war. In dieser Luft arbeitete nun die ganze Familie, oft bis in die kühnende Nacht hinein. Man kann sich denken, wie gearbeitet wird, wenn der Lohn für das ganze Duzend solcher Puppen nur 1 M. beträgt, wovon noch das Material selbst bezahlt werden muß.

Ich atmete auf, als wir den Raum verließen und auf der Straße wieder frische Luft schnupfen konnten. Nun führte mich mein Begleiter zu einem anderen Arbeiter, einem Dicker. Er wohnte in einem niedrigen Hause mit kleinen Fenstern. Als wir durch die Haustüre gingen, mußten wir uns bücken, um nicht anzustoßen. Ich öffnete die Stubentür. Aber entsetzt prallte ich zurück. Ein so fürchterlicher Geruch entströmte diesem Raume, daß ich nicht zu atmen wagte. Der Hals war mir wie zugeschnitten. Aber dann trat ich näher. In einem engen, dunklen und sehr niedrigen Raume wurde gearbeitet. Der Mann knete in einer Wanne eine Papiermachémasse durch. Ein jüngerer Arbeiter, der an einem Tisch saß, rollte diese Masse mit der Hand lang aus, legte sie in eine Form und drückte dann mit aller Kraft den oberen Teil der Form darauf. Dann legte er die Form wieder auseinander und nahm das fertige gepreßte Puppenbein heraus. Und diese Arbeit ging mit einer gar nicht zu beschreibenden Hast vor sich. Ohne auch nur aufzusehen, arbeitete er fortwährend mit feberhafter Eile. In diesem Hofen sind die Arbeiter gezwungen, denn der Verdienst ist auch bei dieser Arbeit erbärmlich niedrig. Für 12 Paar Arme und 12 Paar Beine bekam der Arbeiter zusammen nur 12 Pfennige und dabei mußte er noch das Papiermaché selbst liefern. Wenn diese Puppenarme und -beine aus der Form herauskommen, sind sie noch lange nicht fertig. Sie werden auf Bretter mit lang herborstehenden Nägeln gesteckt und diese eines über das andere zum Trocknen auf den Ofen gestellt, wobei dann der fürchterliche Geruch entsteht. Wenn die Masse getrocknet ist, müssen noch die Drucknähte verputzt werden, was meistens die Arbeit der Frauen und Kinder ist. Jetzt erst sind für die genannte Anzahl die 12 Pfennige verdient. „Wenn ich mit meiner Familie 15 Mark verdienen, kann ich zufrieden sein, oft aber ist's auch weniger,“ sagte mir der Arbeiter. Das sind wahrhaft grauenhafte Zustände. Jedem fehlenden Menschen muß sich das Herz zusammenreißen, daß in solchen Räumen und bei solch elenden Löhnen Menschen arbeiten, und daß Kinder, die kaum ihre Händchen gebrauchen können, gezwungen werden, mitzuarbeiten. Die armen Frauen haben überhaupt nichts von ihrem Leben. Immer müssen sie schaffen, von morgens bis in die späte Nacht, einen Tag wie den andern.

Als wir die Wohnung dieses Arbeiters verließen, packte mich die Empörung über diese Zustände, aber mein Begleiter sagte mir, daß ich das Schlimmste noch gar nicht gesehen habe, und wenn ich Zeit hätte, würde er mich in die umliegenden Dörfer führen, da könnte ich noch größeres Elend sehen.

Ein anderer Tag führte mich in einen Ort, der zu den hochgelegenen des Thüringer Waldes gehört. Derselbe war der Weg durch den Wald mit den allen hohen Tannen. Eine herbe, frische Luft wehte. Das erweichte Dorf war von Glasbläsern bewohnt. Fast in jedem Hause arbeitete ein Glasbläser mit seiner Familie, um Christbaumkugeln und Kerlen anzufertigen. Die Lohnverhältnisse sind ähnlich wie in der Sonneberger Spielwarenindustrie. Die Heimarbeitler liefern ihre Waren sauber in Kartons verpackt an die Großhändler. Für ein Duzend Glasgugeln, für die man in Berlin im Warenhaus 80 Pf. bis 1 M. bezahlen muß, erhalten sie von den Händlern nur 30—36 Pf. Und doch gehören eine Menge Verordnungen dazu, ehe der Christbaumkugeln zum Verkauf fertig ist. Das Blasen der Kugeln, eine außerst anstrengende Arbeit, geschieht meist durch Männer. Aber die übrigen Arbeiten, Silberglanz fertigen, Lackieren, Bemalen, Verzieren usw. ist Sache der Frauen und Kinder. Die Kerlen werden von Frauen und oft auch von Kindern geblasen. Für tausend solcher Kerlen gibt es 70 Pf. Auch in gesundheitlicher Be-

ziehung ist diese Arbeit sehr schädlich. Das fortwährende Hineinsehen in die Stichtanne und das ewige Sehen führen zu Erkrankungen der Augen und der Lungen. Die Frauen verdienen im Durchschnitt 8—10 M. pro Woche bei angestrengter Arbeit.

Rechtlich schlechte Zustände findet man auch dort, wo Frauen für die Porzellanindustrie in der Heimarbeit beschäftigt werden. Wenn man die elenden Wohnungen der Heimarbeiterrinnen, die oft nur aus einem Raume bestehen, und die kleinen, schlecht genährten Kinder sieht, dann kann einen der Menschheit ganzer Jammer packen. Beim Stehen und beim Verputzen wird viel Staub entwickelt, den die Frauen und die Kinder ständig einatmen müssen. Die Folgen sind häufige Erkrankungen der Atmungsorgane. Die Lungentuberkulose, dieser fürchterliche Würgengel, sucht und findet seine Opfer bei Männern, Frauen und Kindern, die in der Porzellanindustrie arbeiten, in reichstem Maße. Eine Frau sagte mir ganz verzweifelt: „Was nützt es mir, wenn ich die Stube reinmache, wenn ich eine Stunde arbeite, sieht es genau so aus, wie vorher. Ich gebe mir die größte Mühe, die Wohnung sauber zu halten, aber es geht nicht.“ Der weiße Staub lag hier auf den dürftigen Möbeln, auf dem Fußboden, auf den Haaren der Frau, auf ihrer ganzen Kleidung. An der Wand stand eine alte Wiege mit einem 6 Wochen alten Kinde. Das arme Kind! —

Und so könnte man weiter berichten. Nicht als Feind steht man im Thüringer Walde. Ja gewiß schön ist diese Gegend, aber was haben die Arbeiterfrauen und -Mädchen davon? Die Frauen kommen nicht einmal dazu, einen Spaziergang zu machen. Sie sehen nichts von der Schönheit ihrer Heimat, sie kommen aus ihrer Wohnung gar nicht heraus. Wieviele Frauen habe ich angetroffen, die vielleicht 2 Stunden von einer Stadt entfernt wohnen, aber diese noch nie gesehen hatten. So spielt sich das ganze Leben solcher Arbeiterinnen nur in einem Orte ab, immer in denselben elenden Verhältnissen. Nicht nur die Frauen, sondern auch die Kinder haben schwer darunter zu leiden. Frühzeitig werden sie in den Kampf ums Dasein hineingetrieben. Die schönste Zeit der Kindheit wird ihnen rücksichtslos geraubt, im Interesse des Kapitals.

Nach ist es schwer, die Arbeiter und Arbeiterinnen für den Gedanken der Organisation empfänglich zu machen, die Löhne sind überall niedrig und dabei der Lebensunterhalt so teuer, daß sich die Ausgebeuteten scheuen, die paar Pfennige für die Organisation zu zahlen. Sie haben eben noch nicht erkannt, daß diese Beiträge hundertfältige Frucht für sie tragen würden. Allerdings, vordarüber geht es auch hier schon. In einigen Orten hat der Porzellanarbeiter- und der Glasarbeiterverband festen Fuß gefaßt und Verbesserungen für die Mitglieder erzielt; auch unsere Partei nimmt an Mitgliedern immer mehr zu.

Züchtigungs-„recht“ der Dienstherrschaft.

Die mittelalterlichen Gefindeordnungen sprechen ein Züchtigungsrecht der Dienstherrschaft nicht aus. Wo dies vereinzelte geblieben, sind solche Verordnungen durch Artikel 96 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch aufgehoben. Dort heißt es:

„Ein Züchtigungsrecht steht dem Dienstherrn dem Gefinde gegenüber nicht zu.“

Allerdings verdrängen einige Gefindeordnungen der Herrschaft, wenn sie den Dienstherrn mit „geringen Tätlichkeiten“ behandelt, Strafrecht. So sagt z. B. § 77 der Preussischen Gefindeordnung:

„Reizt das Gefinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn, und es wird in selbigem von ihr mit Scheltworten oder geringen Tätlichkeiten behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Genugung fordern.“

Ob dieser Paragraph noch zu Recht besteht oder nicht, darüber streiten sich die Kommentatoren der Gefindeordnungen. Herzberg sagt: § 77 ist bereits aufgehoben durch das Strafgesetzbuch. Lindenbergl sagt: In der Theorie nimmt man dieselbe an, daß § 77 in die vom Strafgesetzbuch geregelten Materien eingreife und daher durch das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch außer Kraft gesetzt sei. Die Praxis habe daran festgehalten, daß § 77 durch das Strafgesetzbuch weder aufgehoben noch geändert ist.

In der Tat beweisen ja die Gerichtsverhandlungen und Urteile, daß Dienstherrn beschimpft und geschlagen und obendrein noch bestraft wurden. Wir müssen aber die Praxis bekämpfen, die darauf hinausläuft, daß wohl der Herrschaft kein Züchtigungsrecht zusteht, daß ihr aber, wenn sie es ausübt, dafür keine Strafe droht. Das Fortbestehen der veralteten Bestimmungen der Gefindeordnungen ermuntert manche „Herrschaft“, sich das Recht anzumessen, ihre Angestellten roh und ehrverleidend zu behandeln.

Aber auch die Dienstherrn werden wegen der vielen Schwierigkeiten, die der kognativen Partei zufallen, und wegen der geringen Bezahlung der Schuldigen in der Ueberzeugung bestärkt, daß die Herrschaft ein Recht habe, die bei ihnen in Arbeit Stehenden zu drangsalieren, zu peinigen, zu beschimpfen und schließlich gar zu züchtigen. Dieses Recht besteht aber nach dem Gesetz nicht und es ist unsere Aufgabe, die Arbeiterschaft, deren Kinder in Dienst gehen, und die Hausangestellten selbst davon zu unterrichten, daß sie der Herrschaft nicht mehr Rechte einräumen, als diese sowieso schon haben und daß sie die geringen Rechte, die den Hausangestellten nach dem Gesetz zustehen, mit Hilfe ihres Verbandes ausnützen.

Allerdings werden ja die Dienstherrn selten in der Lage sein, den Rechtsweg zu beschreiten, wenn sie nicht dem Verbands der Hausangestellten angehören, der es sich neben seinen sonstigen Zwecken, der Hebung der wirtschaftlichen Lage und der Förderung der geistigen Interessen der Hausangestellten, ganz besonders angelegen sein läßt, seine Mitglieder gegen ungesetzliches Unrecht zu schützen und zu verteidigen.

Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands (Berlin, Engelauer 21).

Frauenarbeit.

Das Wachstum der Arbeiterfrau beleuchten hell folgende Ausführungen in dem Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten Württembergs für 1912: „Wie sehr die Arbeiterinnen unter der Unmöglichkeit leiden, neben der Fabrikarbeit ihren Hausfrauenpflichten voll nachzukommen, beweist wohl die Tatsache, daß in Fabriken, in denen die Gewährung bezahlten Urlaubs eingeschätzt ist, eine verschwindende Anzahl verheirateter Arbeiterinnen sich hierbei persönliche Anwesenheit gönnt. Sie verwenden die Urlaubstage, um eine größere Arbeit im Haushalt vorzunehmen, zu der die sonstige Zeit nicht ausreicht. Gewiß keine Erholung für die das ganze Jahr in doppelter Hinsicht angespannte Arbeiterin; aber auch die wohlmeinende Absicht des Arbeitgebers wird dadurch vereitelt, da die Arbeiterin nach dem Urlaub nicht frisch und arbeitsfreudig wieder kommt, sondern unter Umständen erhebliche Bedrückung mit sich bringt.“ — Daß sodann die Mittagspause, wenn auch meistens auf 1 1/2 Stunden verlängert, für die verheiratete Arbeiterin nicht die nötige Erholung, sondern eher das Gegenteil bildet, ist eine anerkannte Tatsache. Es ist ein Sorgen für die Familie unter Hintansetzung des eigenen Jäh, bis die Zeit wieder da ist, zur Arbeit zu eilen. Daß hierdurch neben dem zu großen Verbrauch an körperlicher Kraft auch die Nervenkräfte vorzeitig aufgetrieben werden, ist außer Zweifel.“

Nach dem Bericht ist die Zahl der Arbeiterinnen in den zehntausend-pflichtigen Betrieben Württembergs abermals gestiegen, von 72 770 im Jahre 1911 auf 75 464 im Jahre 1912. Die Zunahme beträgt 3,7 Prozent. Darunter waren Arbeiterinnen im Alter von 14 bis 16 Jahren 11 688 Mädchen, unter 14 Jahren 720. In einigen Industriezweigen steigt die Zahl der Arbeiterinnen ständig, z. B. in der Lederfabrikation der Lederfabriken, ferner in der Schuhindustrie. Früher waren sie hier im wesentlichen auf die Stepperei beschränkt, jetzt werden bereits Frauen in der Fertigmacherei wie auch an Oberlederarbeiten verwendet. Der Bericht gibt einige Fingerzeige, wie sich die Frauenarbeit immer mehr spezialisiert, z. B. in der Damenschneiderei und Putzmacherei, wo ein fabrikmäßiger Betrieb bisher unmöglich schien. Die Teilarbeit ermöglicht zwar eine bessere und raschere Ausführung, die Arbeiterinnen werden aber durch diese Arbeitsmethode sehr einseitig ausgebildet, ihr späteres Fortkommen außerordentlich erschwert. Der Bericht stellt ferner fest, daß in Damenschneidereien etwa ein Fünftel der Beschäftigten 2—3 Monate jährlich auslegen muß, daß in Putzmachereien häufig zwei Drittel der Arbeiterinnen nur während der Hälfte des Jahres beschäftigt haben. Den Beruf einer Modistin sollten daher nur Mädchen ergreifen, die hierfür besonderes Geschick zeigen und die in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit einige Monate jährlich ohne Verdienst sein können, rät der Berichtsstatter. Ein gut gemeinter, leider sehr schwer zu befolgender Rat.

Der Bericht gibt ferner einige Proben von Unternehmerschlaueit, zur Umgehung des Arbeiterinnengesetzes angewendet. Noch ein schärferer Treiber als die Profitgier der Unternehmer ist die Not. Ueber der Durchführung des gesetzlichen Arbeiterinnengesetzes bemerkt eine Assistentin: „Die verheirateten Arbeiterinnen schämen die ihnen zukommende Ruhezeit und wissen sie gut zu vertieren; die ledigen Arbeiterinnen dagegen, die ihre Kinder sehr bald in Pflege geben und für keinen Haushalt zu sorgen haben, versuchen immer wieder, vor Ablauf der gesetzlichen Schutzzeit Arbeit zu bekommen. Den Beamtinnen sind Fälle bekannt, wo die Mädchen schon nach 3 bis 4 Wochen den Arbeitgeber vollständig gelassen haben, sie wieder arbeiten zu lassen, sie fühlten sich wieder gesund und kräftig und seien durch die Ausgaben für die Kinderkuren und die Pflegekosten für das Kind vollständig ohne Existenzmittel.“ — Die Gesamtzahl der Betriebe, in denen Jurisprudenzklagen gegen Bestimmungen des Arbeiterinnengesetzes festgestellt wurden, ist 221, die Zahl der hierwegen bestraften Personen 11.

Heimarbeiterrinnenelend in Brüssel. Man schreibt uns aus Brüssel: Was in der Luxusstadt Brüssel für Heimarbeiterrinnen gezahlt werden, geht aus einer Veröffentlichung hervor, die die „Ligue sociale des cacheteurs“ verbreitet, in dem lässlichen, aber nicht gerade erfolgversprechenden Bestreben, das Gewissen der Brüsseler durch solche Publikationen zu wecken.

Die von der Liga veranstaltete Enquete ergab u. a., daß eine Brüsseler Arbeiterin für ein Duzend Wäsen 250 Frank, das ist 21 Cent, für das Stück, erhalten hat. Für 11 Kinderkleider mit Holans wurden 275 Frank, das ist 25 Cent, per Stück, bezahlt; für ein Duzend Kinderkleider, 180 Frank, das ist 15 Cent, per Stück; für ein Morgenkleid 40 Cent; für sidereibefestigte Unterrock mit einem Duzend Schürchen, 40 Cent, per Stück; für Frauenhemden mit Häutchen und handgearbeiteten Entendeng 18 bis 20 Cent, per Stück, 170 Hemden, an denen 4 Arbeiterinnen zwei Wochen arbeiteten brachten den Näherinnen zusammen 36 Frank ein, das heißt, jede Arbeiterin verdiente wöchentlich 4,75 Frank! Die Untersuchung ergab ferner, daß Wäschnäherinnen in einer Arbeitswoche von sechs Tagen bei 15 stündiger täglicher Arbeit 11 Frank verdienen, andere 8 Frank pro Woche bei zwölfstündiger Arbeit, andere wieder 6 Frank pro Woche bei achtstündiger Arbeit. — Einige „große Firmen“ protestieren und erklären es für „unmöglich“, daß in der Hauptstadt solche Löhne in der Heimarbeit gezahlt würden. Dieß diese und jene Firma anders, besser bezahlt (um wieviel wird nicht gesagt), kann schon sein, berührt aber weiter nicht die mitgeteilten Erhebungen, die schließlich nur bestätigen und in anderer Form feststellen, was die Heimarbeiterrinnen auf der Brüsseler Weltausstellung von 1910 so reichlich und so ergreifend demonstriert hat: die unzulässige Ausbeutung der heimarbeitenden Frauen in Stadt und Land. Daß auch die Luxusstadt Brüssel dieses Elend beherbergt, zeigen die wenigen Stichproben. Wenn einzelne Unternehmer behaupten, daß die Schmutzkonkurrenz der Kleinstarbeit mit schuld an den niedrigen Löhnen sei, so liegt darin gemiß ein Teil Wahrheit. Aber die Ausbeutung der Privatunternehmer ist bekanntlich auch nicht geringer, wenn die Konkurrenzkonkurrenz fehlt.

Italienische Rechtsanwältin gegen Frauen. Der in Neapel tagende gerichtliche Kongress hat in namentlicher Abstimmung mit 131 gegen 45 Stimmen, sich für den Ausschluß der Frauen von dem Rechtsanwaltsberuf ausgesprochen. Vorher hatte man die Frage der Beschänkung der Zahl der ausübenden Advokaten und dann die der Honorare behandelt. Von Futternord darf natürlich bei dem Votum, daß die Frauen als Konkurrenten ausschließen will, bei Rede nicht die Rede sein!

Vermischtes.

Niedriger hängen! Der Byzantinismus feiert in diesem Jahre — an Anlässen wie Hochzeitsfeier, Regierungsjubiläum, Erinnerung an 1813 fehlt es ja nicht — die ekelhaftesten Blüten. Nur eine Probe dafür, was Frauen sich auf diesem Gebiete leisten:

„Jetzt gilt es, eine besondere Frauengabe darzubringen, eine Gabe von Frauen für Frauen. Und diese Gabe wollen wir nicht unserer Kaiser widmen wie die anderen alle, sondern unserer geliebten Kaiserin, die durch Gottes Güte nun auch volle 25 Jahre uns allen Führerin und Vorbild war. 25 Jahre voll Liebe und Fürsorge hat die hohe Frau uns vorgelebt! Nichts ist in Deutschland zur Erleichterung des Frauenloos geschähen, ohne daß nicht unsere Kaiserin tat, was sie konnte, um zu helfen und zu fördern. Gerade die Ärmsten unter den deutschen Frauen, die Heimarbeiterrinnen, haben immer und immer wieder die warme Anteilnahme der Landesmutter an ihrem schweren Geschick gespürt.“

Die christlich-nationalen Heimarbeiterrinnen haben angefangen, Pfennige und Groschen zu sammeln, um durch ein „Altersheim für Heimarbeiterrinnen“ für ihren unverlorenen Lebensabend Hilfe zu schaffen. 5010,84 M. haben sie mühsam zusammengebracht. Viele Jahrzehnte würden noch vergehen, ehe an den Bau des Hauses zu denken wäre. Laßt uns Bausteine hinzutragen, große und kleine! Wenn jede deutsche Frau gibt, was sie vermag, so können wir unserer Kaiserin zu ihrem Jubiläum die Freude machen, daß das Altersheim für Heimarbeiterrinnen Wahrheit wird. . . Wir wollen beweisen, daß die deutschen Frauen in Dankbarkeit und Treue ihrer Kaiserin gedenken!

Diese Betheile unterzeichneten Frauen von Erzellenzen, Ministern, Geheimen Kommerzienräten, Großkaufleuten. Neben Vertreterinnen des deutschen Frauenbundes, des weiblichen Seitenstrahls zum Reichsverband, des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes, des Verbandes der kirchlich-sozialen Frauengruppen hat auch die Hauptvorsitzende des nationalen Gewerks der Heimarbeiterrinnen den Aufruf unterschrieben. Ferner finden sich darunter die Namen: Dr. Alice Salomon, Leiterin der Sozialen Frauenschule, Frau Rudolf Woffe, Frau v. Bethmann Hollweg, Frau Oberbürgermeister Wermuth.

Blendax

scheuerl Blitzblank Alles

Pakete za 10, 15 und 20 Pfg. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Vera Gold

QUALITÄTS 3's CIGARETTE

Joselli

KON-LINON

Spezialarzt
Haut-, Horn-, Frauenleiden,
neu. Schwäche, Weinkranke jeder
Art, Eitlich Gata-Kuren in
u. Co. fong.
Laborat. f.
Blut-
untersuchung, Jäden i. Harn usw.
Friedrichstr. 81, Banoptikum.
Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Zellsahl.
Separates Damenzimmer.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

5. Landtagswahlbezirk.

Freitag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr,
findet in Grammanns Festsälen, Nauhuferstraße 27,
eine **Parteimitglieder-Versammlung** statt
Tagesordnung:
Bericht des Wahlkomitees.
— Mitgliedsbuch legitimiert! —
Das Wahlkomitee.
Zahlreichen Besuch erwartet.
N. N.: A. Berl., Reichensberger Str. 109.

**Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter
und verwandter Berufsgenossen.** Berlin.
Geschäftsstelle: C. 54, Rulandstr. 10 I. Fernsprecher: Amt Norden 4518

Sonntag, den 1. Juni, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engelauer 15 (großer Saal):
**Gemeinsame Versammlung
aller Brauereiarbeitergruppen.**

Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit dem Verein der
Brauereien zwecks Umwandlung des Ringarbeitsnachweises in
einen paritätischen Arbeitsnachweis. — 2. Beschlussfassung. —
3. Wahl der Kuratoriumsmitglieder.
Die hochwichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mit-
glieder. Duzh oder Karte legitimiert; ohne diese kein Eintritt.
43/13* Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Räderstraße 9.
Fernsprecher Amt Npl. Nr. 4787. Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Freitag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
Die Bau-Ausstellung in Leipzig (Lichtbilder-Vortrag).
Vortragender: Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Weill-Vog.
Zahlreichen Besuch erwartet 139/12* Die Ortsverwaltung.

Verkaufe.

Teppiche! (sehr billige) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Gadescher Markt 4, Bahndorf Börje. (Leier des Vormärts* erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Wetten. Stand 9., Brunnenstraße 70, im Keller. 12008*

Garbinnen! Steppdecken! Vorziehen! Tischdecken! außerordentlich billig! Vormärtsleier 5 Prozent Rabatt! extra! Garbinnenhaus Brunn, Gadescher Markt 4 (Bahndorf Börje). Sonntags geöffnet.

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer, Gebunden 3 Bde. Buchhandlung Vormärts, Lindenstraße 69 (Laden). 12008*

Blendenkniff- und Toll-Nachrichten für Hand- und Fußbetrieb, Gas- und Holzheizung, billigst, nur prima, bei Teilszahlung günstige Bedingungen. Sellmann, Gollnowstraße 26. 2948*

Teppiche, farbschlechte, spaltbillig, Garbinnen, Vorziehen, Steppdecken, halben Preis. Vormärtsleier 5 Prozent Extrarabatt. Teppich-Thomae, Oranienstraße 126. 6458*

Similiseidene Steppdecken (Seidenerlag) 4,10, Seidatlas-Steppdecken 8,50, große Schlafdecken, grau-farbig, 1,10, Normal-Schlafdecken 1,95. Teppichhaus Emil Lejebore, Oranienstraße 158. 2718*

Luft-Verdecken, Erbsen, reichgeleitet, mit Bolant 3,35, Englisch Lila 1,65, Tüllbettrüchende 6,50. Teppichhaus Emil Lejebore, Oranienstraße 158. 2728*

Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Spottbilliger Bettenverkauf. Mädchenverkauf. Garbinnenverkauf. Teppichverkauf. Goldwarenverkauf. Kleiderverkauf. Herrenrockverkauf. Sonntagsverkauf ebenfalls.

Zitronwäschkäse, Jeder, 50 Mannen, Bademänner. Spezialfabrik Reichensbergerstraße 47. Leier 5 Proz.

Teppiche (Farbentlicher) enorm billig. Garbinnen, Steppdecken direkt Fabrik. Rauerhof, Große Prantfurter Straße 9, partierre. Vormärts*leier zehn Prozent! 6098*

Vorzährige elegante Herrenmütze und Valetots aus feinsten Maykosen 20-40 Mark, Hosen 6-14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Anerkannt billigste Bezugquelle für Teppiche, Garbinnen, Steppdecken, Tischdecken usw. ist Volks-Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuscher). Abonnenten noch zehn Prozent Rabatt.

Wundervolle Steppdecken! Similiseide: 3,85, 4,85, 6,00 bis 13,50. Elegante Lüllbettrüchende 2,50 bis 10,00. Abonnenten erhalten 10 Prozent Rabatt. Volks-Teppichhaus, Dresdenerstr. 8 (Kottbuscher). 3658*

Roköme, direkt aus Arbeitsbüden, Staubmütze, Valetots, Besäße, Besäße, Besäße, Blumen, Röcke, Kleider, rüchde, spaltbillig, da auch Kademiete (Horn), Mädchenstraße 13, 1. Etage. Sonntags geöffnet. 6408*

Wunderkarten und Bücher, Reisebücher, Kursbücher hält stets am Lager. Buchhandlung Vormärts, Lindenstraße 69.

Englische Bettstellen 25,00, Chaiselongues 18,00, Mädchen 40,00, Kleiderständer, Kuscheleisen, Trueme 33,00. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. 5628*

Ruhbaumwirtschaft, bildschöne Etage, herrliche Kücheneinrichtung für jeden annehmbaren Preis verlässlich. Händler werden. Bauer, Große Frankfurterstraße 85, eine Treppe. 94/1*

Waebe - Boebel, Oranienstraße (Korrigplatz) 56, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 280,-, 335,-, 407,-, 475,-, 496,-, 537,-, 574,-, 609,-, 651,- bis 1000,-. Zwei Zimmer und Küche 445,-, 536,-, 640,-, 690,-, 736,-, 895,-, 909,-, 1035,-, 1105,- bis 2000,-. Schlafzimmer 189,-, 202,-, eich Eiche 343,-, 371,-, 434,-. Wohnzimmer, modern 215,-, 268,-, 306,-, 341,-, Speisezimmer, eich Eiche, 341,-, 414,-, 475,-, 562,-. Herrenzimmer 334,-, 424,-, englische Bettstelle mit Watte 40,-, Trueme, gefüllten 36,-, Mädchen 58,-, Umbau 10,-. Beschäftigung ohne Kaufzwang erbeten. Fünf Jahre Garantie. Eventuell Zahlungsvereinfachungen. Gedemmt 8-8. Sonntags 8-10. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 198*

Gebrauchte Möbel, als wie Bettstellen, Matrassen, Tische, Trueme, Kleiderständer, Vertikos, Sofa, Umhauer, Sofas, Garnituren, Küchen-Möbel, eiserne Bettstellen usw. sind zu billigsten Preisen gegen bar oder auch zu laufenden Zahlungsbedingungen in direkter Weise sofort zu verkaufen. Beschäftigung täglich von 8 Uhr ab Brunnentstraße 1, Eingang Weinbergweg, 1. Etage. 6468*

Waher Arbeitermöbel in zeitgemäßester Ausführung, in Eiche (alle Farben) und Nussbaum, unerreichte Ausdauer, zu den allerbilligsten Preisen, in solider Arbeit, direkt vom Tischlermeister Julius Pfeil, Halberstraße 6, am Kottbuscher Tor. 5098*

60 Schlafzimmer, eich, birch, Nussbaum, Nussbaum, mahagoni, Nussbaum, weispoliert, in den modernsten Ausführungen zu enorm billigen Preisen. Möbelabrik W. Hirschowitz, Kaiserstraße 2, Hochbahn Kottbuscher Tor. 6338*

Christliche Fahräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a, 1. Etage. 798*

Teilsahlungen, eventuell ohne Anzahlung. Hehle, Reinholdenstraße 121 I. 5678*

Kaufgesuche.

Platinabfälle, alte Goldschalen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Steingold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände laufe Droh, Edelmetallschmelze, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telefon Norkplatz 3476. 5808*

Platinabfälle, Gramm 5,70, Alu-gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber laufe höchstbillig Blümel, Schmelzerei, Auguststraße 19 III. 73*

Zahngebisse, Goldschalen, Silber-schalen, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstbillig. Schmelzerei Christian, Köpenickerstraße 20 a (gegenüber Rautenfelstraße). 59/1*

Goldschmelze laufe Silber, Platinabfälle, Zahngebisse, Quecksilber, Stanniol, alle Metalle, höchstbillig. Witwe Marie Neper, Kur Köpenickerstraße 157. 4798*

Zahngebisse, Platinabfälle, Goldschalen, Silber, Quecksilber, Stanniol, höchstbillig. Schmelzerei Müller, Teufelstraße 10. 9415*

Zahngebisse, Alu-gold, Silber, Platin, Stanniol, höchstbillig. Edelmetall-Glasfabrik 41, Friedrichstraße 93/10. 93/10

Kaufe Frauendoare, ausgefallene. Habie höchste Preise. Kasfa, Reußstr. 3. 698*

Zahngebisse, Gold, Silber, Zellen, Platin, laufe höchstbillig Blumenreich, Brunnenstraße 3, Rosenbaler Tor. 698*

Zahngebisse, Zahn bis L. 30, Platinabfälle 5,75, Goldschalen, Silber-schalen, Steingold, Goldwatten, gold-, silber-haltige Rückstände, Quecksilber, Stanniolpapier, Ann 3,30, Kupfer 1,30, alle Metalle* höchstbillig. Edelmetall-Glasfabrik Brunnen-Weberstraße 31. 6148*

Mietsgesuche.

Zaden mit einem anstehenden Zimmer oder eine Zweizimmerwohnung vorn partierre, für Zeitungsexpedition, zwischen Brunnen- und Raderstraße, nördlich der Bernauerstraße, und ebensolchen im Stadtteil Moabit, Umgegend der Wilhelmshafenstraße, zum 1. Oktober zu mieten gesucht. Offerten mit Preisangabe unter "Expedition" an die Expedition des "Vormärts", Lindenstraße 69, erbeten.

Vermietungen.

Wohnungen.

Kleine freundliche Wohnungen der sofort oder später von 19 Mark an, Lichtberg, Herzbergstraße 125/127.*

Billige Zweizimmerwohnungen, Küche, Bad, Balkon, Vorderhaus 40,-, Gartenhaus 32,-, Reinholden-dorf, Schwanenstraße 53, Straßenbahnhaltestelle. 6018*

Stellengesuche.

Arbeiter, 20, Parteigenosse, sucht irgendwelche Beschäftigung. Chemie G. 1, Hauptexpedition des "Vormärts". 10096*

Geschäftsverkäufe.

Restaurant billig zu verkaufen, wegen Umdeutung. Reinholden-dorf, Heidestraße 51. 451

Altes Drehrohrlokal zu verkaufen. Röhres Sahlwerk, Steglitz, Lenbachstraße 6a, Gartenhaus. 10158

Schrankgeschäft, fruchtbringend mit Piano 1200. Ritterstraße 114.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für Herrn oder Dame. Wiesenstraße 10, II links. 8256*

Möbliertes Zimmer, 30 Mark, Weiszahl, Pringestraße 43. 10118

Teilnehmer zum möblierten Zimmer, Juli, Pringestraße 2 III. 431

Vorderzimmer, gut möbliert, mit Piano, 1 oder 2 Herren sofort, Kelling, Waldemarstraße 67 III. 710

Kleines möbliertes Zimmer, einen Herrn, Rheinsbergerstraße 64 III. Klein Schmidt. 10106

Möbliertes Zimmer, Sofa, mit Kaffee 17 Mark, Reiter, Dieselbachstraße 54, Luerggebäude III. 10085

Zimmer, möbliert, Gartenansicht, 12,-, Frau Müller, Rantzen-allee 21. 788

Möbliertes Zimmer, allein, so- fort, 15,-, vermietet. Witwe Hoffmann, Garmen-Straße 133 oder 162, Luerggebäude IV. 788

Möbliertes Zimmer, 15,-, Ver-bach, Watterstraße 2. 478

Stellenangebote.

Gandereitung zum 1. Juni oder später an ländliches Gutshaus zu vergeben. A. Blod, Berlin 80, Gratzstraße 62. 94/13

Arbeiterin auf amerikanische Unterleinen im Hause verlangt. Schmitt, Schilddelberstraße 49. 456

Schulstufen verlangt. Ase, Samariterstraße 39. 444

Krauferrinnen für prima Strumpf-fabrik, aber nur sehr geübte Arbeiterinnen finden dauernde und sehr gut bezahlte Beschäftigung bei Gebrüder Nelson, Leipzigerstraße 71/72. 9915*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache, für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Kreis, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Stewens, Rechtsrat Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 (Gartenhaus III). 448*

Auto-Schule (Ingenieur Schapiro), Anzahlung langjähriger, mit großer Reparatur-Werkstätte, Berlin-Bilmersdorf, Berlinstraße 10. Tag- und Abendkurse. Honorar 100 Mark. 1376*

Schlafstellen.

Gemütliches Heim vermietet. Witwe Schwabe, Reinholdenstraße 15, Seitenflügel IV rechts. 10125*

Schlafstelle (möbliert) vermietet. Daad, Wittenlebenstraße 17, Hof, 1. Aufgang III. 784

Schlafstelle, Schmidt, Bernauerstraße 45. 488

Möblierte, bessere Schlafstelle billig vermietet. Weingartenstraße 4, hochpartierre. 10125*

Möblierte Schlafstelle (Herrn) Reinschneckenstraße 24, vorn III rechts. 431

Möblierte Schlafstelle vermietet (10,00) Herr oder Dame, Partierre, Lantzenstraße 3, vorn I, Ede Wiesen-straße. 410

Möblierte Schlafstelle (allein) Einzelzimmer, Ederstraße Nr. 12, Luerggebäude 4 Treppen. 434

Möblierte Schlafstelle (Herr oder Dame) Garmenstraße 12, 1. Aufgang, 4. Etod. 488

Separate, bessere Schlafstelle, zwei Herren, Wamersfelstraße 11, vorn I rechts. 410

Schlafstelle Bismarckstr. 45, vorn III, Morann. 470

Möblierte Schlafstelle, allein, billig. Pringestraße 24, vorn 4 Treppen. 10136

Möblierte, freundliche Schlafstelle vermietet. Dresdenerstraße 107/8, vorn II links. 94/15

Möblierte Schlafstelle für Herren bei Kasse, Reichensbergerstr. 13. 94/16

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Arbeiter, 20, Parteigenosse, sucht irgendwelche Beschäftigung. Chemie G. 1, Hauptexpedition des "Vormärts". 10096*

Musikinstrumente.

Piano, tonigste, 100,-, Teilsahlungen, Reußstr. 3, Juliusstraße 53, Bachmann. 34/4*

Piano, Harmoniums, Aligal jeder Preislage, gebraucht 120,00 an, Teilsahlungen. Scherer, Schaeffers-straße 105. 5348*

Piano 100,- (eventuell Teilsahlungen). Jander, Turmstraße 9.

Schlafstellen.

Gemütliches Heim vermietet. Witwe Schwabe, Reinholdenstraße 15, Seitenflügel IV rechts. 10125*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Arbeiter, 20, Parteigenosse, sucht irgendwelche Beschäftigung. Chemie G. 1, Hauptexpedition des "Vormärts". 10096*

Bilder.

Bilder. Sie kaufen Silber nirgends billiger als direkt Fabrik bei Silber-Dogdan, Weinmeisterstraße 2. 2248*

Schlafstellen.

Gemütliches Heim vermietet. Witwe Schwabe, Reinholdenstraße 15, Seitenflügel IV rechts. 10125*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Arbeiter, 20, Parteigenosse, sucht irgendwelche Beschäftigung. Chemie G. 1, Hauptexpedition des "Vormärts". 10096*

Fahrräder.

Fahrräder, Teilsahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Vorkäuferstraße 40. Jiliani: Steglitz, Schloßstraße 116. Bilmersdorf, Wilmers-straße 100. Charlottenburg, Rantzen-straße 37. 12038*

Schlafstellen.

Gemütliches Heim vermietet. Witwe Schwabe, Reinholdenstraße 15, Seitenflügel IV rechts. 10125*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Arbeiter, 20, Parteigenosse, sucht irgendwelche Beschäftigung. Chemie G. 1, Hauptexpedition des "Vormärts". 10096*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gütchen-straße 81. 24398*

Patentanwalt Senel, Gütchen-straße 94a.

Pfandleihe, höchstbilligste, Schwanenstraße 11. 248/5*

Kunsthilferei Große Frankfurter-straße 67. 23998*

Schlafstellen.

Gemütliches Heim vermietet. Witwe Schwabe, Reinholdenstraße 15, Seitenflügel IV rechts. 10125*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Arbeiter, 20, Parteigenosse, sucht irgendwelche Beschäftigung. Chemie G. 1, Hauptexpedition des "Vormärts". 10096*

Verkaufe.

Teppiche! (sehr billige) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Gadescher Markt 4, Bahndorf Börje. (Leier des Vormärts* erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Schlafstellen.

Gemütliches Heim vermietet. Witwe Schwabe, Reinholdenstraße 15, Seitenflügel IV rechts. 10125*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Arbeiter, 20, Parteigenosse, sucht irgendwelche Beschäftigung. Chemie G. 1, Hauptexpedition des "Vormärts". 10096*

Verkaufe.

Teppiche! (sehr billige) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Gadescher Markt 4, Bahndorf Börje. (Leier des Vormärts* erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Schlafstellen.

Gemütliches Heim vermietet. Witwe Schwabe, Reinholdenstraße 15, Seitenflügel IV rechts. 10125*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Arbeiter, 20, Parteigenosse, sucht irgendwelche Beschäftigung. Chemie G. 1, Hauptexpedition des "Vormärts". 10096*

Verkaufe.

Teppiche! (sehr billige) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Gadescher Markt 4, Bahndorf Börje. (Leier des Vormärts* erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Schlafstellen.

Gemütliches Heim vermietet. Witwe Schwabe, Reinholdenstraße 15, Seitenflügel IV rechts. 10125*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Arbeiter, 20, Parteigenosse, sucht irgendwelche Beschäftigung. Chemie G. 1, Hauptexpedition des "Vormärts". 10096*

Verkaufe.

Teppiche! (sehr billige) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Gadescher Markt 4, Bahndorf Börje. (Leier des Vormärts* erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Schlafstellen.

Gemütliches Heim vermietet. Witwe Schwabe, Reinholdenstraße 15, Seitenflügel IV rechts. 10125*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Arbeiter, 20, Parteigenosse, sucht irgendwelche Beschäftigung. Chemie G. 1, Hauptexpedition des "Vormärts". 10096*

Verkaufe.

Teppiche! (sehr billige) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Gadescher Markt 4, Bahndorf Börje. (Leier des Vormärts* erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Schlafstellen.

Gemütliches Heim vermietet. Witwe Schwabe, Reinholdenstraße 15, Seitenflügel IV rechts. 10125*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Arbeiter, 20, Parteigenosse, sucht irgendwelche Beschäftigung. Chemie G. 1, Hauptexpedition des "Vormärts". 10096*

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neudün. Für den Anzeigenteil verantw.: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Treptow-Baumhulsenweg. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr. In den Concordiasälen, Jah. Schneidereit, am Treptower Park 99: Fortsetzung der verlagten Jahresversammlung. Tagesordnung: 1. Neuwahl aller Kommissionen. 2. Wahl eines Bildungsausschusses. 3. Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung und Generalversammlung Groß-Berlin. Wahl der Delegierten. 4. Beratung der Anträge. 5. Stellungnahme und eventuelle Anträge zum Parteitage. 6. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Wie EM sich räuspert. . . .

Derjenige Teil der Berliner Bevölkerung, der keine größere Sorge kennt als die um das Amüsament des kommenden Tages, dem die Frage: „Was ist morgen los!“ dauernd auf den Lippen schwebt, ist in diesen Tagen reichlich auf seine Kosten gekommen. Die Prinzessinnenhochzeit gab allen müßigen Pflastertröttern und Großstadtbummelern Gelegenheit zum Staunen und Gaffen. Die Ankunft und Abreise der allerhöchsten, höchsten, hohen usw. Herrschaften, die Aufzüge der Ehrenkompagnien und militärischen Eskorten, die Ausschmückung zahlreicher öffentlicher und privater Gebäude und last not least die Ausstellung des Brautkleides und der Hochzeitsgeschenke im Kunstgewerbemuseum ließen für einige Tage den „Männerstolz vor Fürstenthronen“ und das „Selbstbewußtsein des freien Bürgers“ etwas hinter die persönliche Reugier zurücktreten. Gerade die Kreise aus Berlin W, die sich bei jeder Gelegenheit über den Byzantinismus des ostelbischen Adels lustig machen und allezeit mit höchst oppositionellen Redensarten um sich werfen, die sich über allen „Dofschranzengeist“ weit erhaben glauben, gerade diese Leute standen in den vordersten Reihen, als man sich vor dem Kunstgewerbemuseum blüte, Feisuren und Kleider vom Leibe riß, als Hunderte und Tausende von Frauen „aller Stände“ in der Sonnenglut um einen Platz kämpften und Dutzende von Neugierigen vor Aufregung in Schreikrämpfe oder tiefe Ohnmata stürzten. Das waren nicht die Damen der Hofgesellschaft, es waren auch nur in wenigen Ausnahmefällen Arbeiterfrauen, es waren vor allem Angehörige der sogenannten besseren Bürgerkreise aus dem nahen Tiergartenviertel und den übrigen vornehmen Teilen von Berlin W. Es war dasselbe Publikum, das sich jetzt in einem der größten Berliner Kintheater zusammenperschen läßt, um sich einen besonders aktuellen Film, der die Lebensgewohnheiten des Kaisers veranschaulicht, vorführen zu lassen. Es sind dies ferner dieselben Kreise, die dort, wo es nichts schaden kann, eine gar arge oppositionelle Gesinnung zum Ausdruck bringen, in ihren täglichen Lebensgewohnheiten aber nur die allerhöchsten und höchsten Herrschaften — allerdings — kopieren. Diese Teile des Berliner Bürgertums haben schon lange auf jegliche eigene Lebenskultur verzichtet. Diese Herrschaften müssen sich erst in Wort und Bild vorführen lassen, wie man bei Hofe lebt. Danach richtet man dann seine eigenen Gewohnheiten ein. Das nennt man Ausdruckskultur! Und wenn heute an allerhöchster Stelle die Sittlichkeit eingeführt wird, ein richtiges Diner mit dem Dessert und Käse zu beginnen und mit der Suppe zu schließen, so wird man sich in gewissen Kreisen höchstens wundern, warum eigentlich bisher die Reihenfolge eine andere war. Man wird sich beeilen, die Aufstellung des Menüs nach allerhöchsten Vorbildern abzuändern! Und wenn heute ein besonders hochstehender Herr es für passend hielte, sich einen Ring als Schmuckstück an der Nase zu befestigen, so würden Tausende in Berlin W. daselbe tun, ohne zu bedenken, daß der gleiche Gegenstand nicht die verschiedensten Nasen zieren kann.

Wir stehen noch vor einer ganzen Serie großer Hoffeste in diesem Jahre. Dem Berliner Bürgertum ist also noch reichlich Gelegenheit geboten seiner Reugier und Disziplinlosigkeit freien Lauf zu lassen, es wäre aber ebenso auch die Möglichkeit gegeben, zu zeigen, daß das Publikum nicht dazu da ist, sich als Staffage in den Feststrahlen verwenden und von der Schutzmannschaft über Takt und gute Sittlichkeit zu lassen.

Festgestellt muß allerdings werden, daß an den geschilberten Zuständen auch die bürgerliche Presse ein hollgerüttelt und geschüttelt Maß Schuld trifft, die täglich das Publikum mit dem abgefaulsten Zeug füttert und dadurch geradezu vergiftend wirkt.

Am Böhsee.

Die Vorortzüge über die Stadtbahn nach Strausberg folgen sich ungefähr zweimal in der Stunde. Wir wählen einen in den Frühstunden, nicht weil der Ausflug besonders weit ist, sondern weil in der warmen Jahreszeit die Morgenstunden die schönsten sind. Der Fahrpreis beträgt in dritter Klasse ab Friedrichstraße 70 Pf., von den anderen Bahnhöfen entsprechend mehr oder weniger. Diese Vorortzüge fahren jedoch nur über die Fernzüge und halten daher nur an den Hauptbahnhöfen. Für diejenigen Ausflügler, die von einer Station der Ringbahn kommen, sei noch bemerkt, daß sie in Stralau-Kummelsburg und dann in Kaulsdorf umsteigen müssen, um den Strausberger Zug zu erreichen. Bei der Heimfahrt umgekehrt, erst in Kaulsdorf, dann in Kummelsburg.

Vom Bahnhof in Strausberg gehen wir nach links in wenigen Schritten zum Walde, der zwischen dem Bahnhof und Eggersdorf liegt, und durchwandern ihn auf einem Fußwege, indem wir uns nach links halten und den Wegweiser nach Eggersdorfer Mühle (aber nicht den nach dem Böhsee) folgen. Wenn wir Eggersdorf, ein hübsch in grünen Bäumen gebettetes Nest, erreicht haben, durchschreiten wir seine Hauptstraße nach Norden, an der Kirche und am Mühlenteiche vorbei und stehen dann sogleich am Beginn eines prächtigen Mischwaldes, des Alt-Landsberger Stadtwaldes. Vom breiten Fahrweg geht sogleich nach rechts ein schmaler, grüner Kuppel ab, den wir einschlagen. Er führt immer in der Nähe des Mühlenteiches nach Norden, mit vielen Windungen, die uns an manchen Stellen gestatten, das Ufer des Fließes zu betreten. Von einer üppigen Vegetation begleitet und stets auf der linken Seite von Hochwald überschattet, in dem

Virole und Spechte, Grasmücken und Meisen und zahlreiche andere Vögel musizieren, erreichen wir die Alt-Landsberg-Strausberger Chaussee bei der Kolonie Hohenstich. Dem „Wirtshaus zum hungrigen Wolf“ gegenüber führt ein Fußweg an einem Garten vorbei wieder in den Wald zum Fließ, das wir auf einer Brücke überschreiten, um dann am anderen Ufer nach rechts dem Wasserlauf zu folgen. Er endet nicht lange darauf im südlichen Ende des Böhsees, und unser Weg folgt nun dessen westlichem Ufer nach Norden. Der Böhsee ist der südlichste und zugleich größte See einer Seenkette, die von Leuenberg her den westlichen Teil des Mümentalwaldes durchzieht. Er ist länger und viel breiter als der Schlachtensee. Wir können am hohen Ufer entlang gehen, dann sehen wir mehr von der Wasserfläche und von den Uferlandschaften. Oder wir steigen hinab zu der Buschwildnis, die das ganze Westufer säumt, dann haben wir ständig eine überaus lieblich wuchernde Baum-, Strauch- und Krautvegetation zur Rechten und Linken, die das Sonnenlicht durch einen Schimmer dämpft. Der Fußpfad hier unten ist freilich nicht für vermohnte Naturen. Er besteht aus schwarzem, stellenweise etwas feuchtem Humus, den hervortretende Baum- und Strauchwurzeln kreuz und quer durchziehen. An verschiedenen Stellen erreicht man das Seeufer mit seinen hübschen Ausblicken. Wenn wir das Nordende erreicht haben, können wir den Weg, je nach der vorhandenen Zeit, auf verschiedene Weise fortsetzen. Wir können das Westufer des nächsten Sees, des Kangersees, begehen und von dessen Nordende zum Strausberger See wandern oder wir können auch gleich vom Böhsee aus das gleiche tun. Beim Restaurant „Seebad“ finden wir verschiedene Gelegenheiten zum Ueberleben nach Strausberg und von hier erreicht man den Ostbahnhof Strausberg mit der Kleinbahn. Ist die Zeit aber knapp, so kann man am Nordende des Böhsees in das Motorboot steigen, das zu gegebenen Zeiten den See der Länge nach durchfährt und eine angenehme Wasserfahrt bietet. Vom Endpunkt der Fahrt führt ein schöner Waldweg zum Bahnhof Strausberg.

Gegen die Kirchenflucht.

Auf den Kirchensynoden wird lebhaft gejamert über die Kirchenflucht, und die Vertreter der Kirche zerbrechen sich die Köpfe, wer hieran schuld ist und wie dem abgeholfen sei. Die beiden sich befindenden kirchlichen Richtungen werfen sich vor, daß die andere Richtung die Schuld an dieser Erscheinung treffe. Die sogenannten Positiven behaupten, daß die Liberalen schuld hätten, weil diese die reine Gotteslehre verweltlichen wollen, während die Liberalen erklären, die Positiven seien mit ihrem starren Orthodoxismus an der Abwendung vieler Personen von der Kirche schuld. Dann wurde gemeint, daß auch die Kirchensteuer viele Leute vor den Kopf stoße; man solle die Kirchensteuer in kleineren Raten erheben und nicht jährlich, damit das Publikum diese Abgabe nicht so sehr merke.

Von der Synode Berlin-Rölln wurde der geschäftsführende Ausschuss der Stadtsynode ersucht, die Kirchensteuer in vierteljährlichen Raten einzuziehen. Helfen wird das auch nicht viel. Bezeichnend waren die Ausführungen, die der Hofprediger Ohly auf der Stadtsynode Berlin-Rölln machte: Er meinte, man könne nicht leugnen, daß die kirchliche Gleichgültigkeit riesenhaft gewachsen sei. Der wesentliche Grund dafür sei das Reichwerden unseres Volkes. Der Geist des Materialismus habe in unserem Volke eine ungeheime Macht gewonnen und ihm die Ideale geraubt. Es scheint, daß die Furcht vor dem Kriege die Leute doch zu einer gewissen inneren Einkehr gebracht habe.

Man sieht, daß die Kirchenvertreter vollkommen blind sind gegen die wahren Ursachen der Kirchenflucht. In Wirklichkeit liegt der Grund darin, daß immer weitere Kreise erkennen, daß die Kirche ein Instrument des heutigen Staates zur Niederhaltung des aufstrebenden Volkes ist.

Der Umbau des Bahnhofes Friedrichstraße.

Die Pläne für den Umbau des Bahnhofes Friedrichstraße hat Minister von Breitenbach genehmigt. Es wird nunmehr an die Ausarbeitung der Einzelzeichnungen gegangen; diese soll so beschleunigt werden, daß mit der Ausführung des Erweiterungsbauwerks noch in diesem Jahre begonnen werden kann. Wie bekannt, hat der Bahnhof Friedrichstraße jetzt nur zwei Bahnsteige mit vier Gleisen, von denen zwei dem Stadt- und zwei dem Vorort- und Fernverkehr dienen. Da die Abfertigung der Fernzüge naturgemäß längere Zeit in Anspruch nimmt, so kam es häufig vor, daß die auf denselben Gleisen ankommenden Vorortzüge auf diese warten mußten, in die Bahnhofshalle also erst einfahren konnten, nachdem die Fernzüge sie verlassen hatten. Es sollen daher noch zwei Ueberholungsgleise mit den nötigen Weichen eingebaut werden, so daß die Vorortzüge schlank durchgeleitet und die Fernzüge zugleich in aller Ruhe auf der Station abgefertigt werden können. Danach wird der Bahnhof Friedrichstraße drei Bahnsteige mit sechs Gleisen erhalten. Die dazu erforderliche Verbreiterung erfolgt an der Nordseite, aus welchem Grunde ja, wie bekannt, ein Streifen von dem Grundstück der Kaiser-Wilhelm-Akademie vom Eisenbahnstrecke erworben worden ist. Hier wird an Stelle des ehemaligen Verbindungsweges zwischen Friedrichstraße und Reichstagsufer, eine 21 Meter breite Zufahrtstraße angelegt werden, welche den gesamten Abfahrverkehr der Fernzüge aufnehmen soll. An der Südseite, Georgenstraße, wird sich der Anfahrverkehr abspielen. Für den Stadtverkehr wird eine Reihe von Zu- und Abgängen geschaffen werden, welche es ermöglichen, daß die Reisenden sowohl vom Schiffbauerdamm, wie vom Reichstagsufer und von der Friedrichstraße her zum Bahnsteig gelangen können; als besondere Erleichterung des lehrerwähnten Zu- und Abganges ist hervorzuheben, daß der Stadtbahnsteig über die Friedrichstraße hinweg sich erstrecken wird, so daß man ihn von Osten her erreichen bzw. verlassen kann, ohne den Fahrdamm überschreiten zu müssen. An diesem (östlichen) Zugange wird auch ein Fahrkartenschalter angeordnet werden. Diese Neuerung kommt auch den Fahrgästen der städtischen Nord-Südbahn zugute, welchen an der Ecke der Friedrich- und Georgenstraße ein bequemer Uebergang auf die Stadtbahn geboten sein wird. Die Hauptverantwortung der ganzen Aufgabe besteht darin, daß die Bauarbeiten während des vollen Betriebes ausgeführt werden müssen. Zunächst wird der dritte Bahnsteig an der neuen Zufahrtstraße angelegt, sodann einer der älteren Bahnsteige außer Betrieb gesetzt und erneuert werden usw. Unter diesen erschwerten Bedingungen muß auch die Sprecherbrücke verbreitert und sechsgleisig ausgebaut werden, ebenso die anschließenden Brücken über das Reichstagsufer und den Schiffbauerdamm. Die Gesamtkosten für den umfangreichen Erweiterungsbau sind auf 10,7 Millionen Mark veranschlagt worden. Davon kommen auf Grunderwerb 3,6 Millionen, so daß die reine Bau summe etwas über 7 Millionen Mark betragen wird.

Der Bau der Schnellbahn Wedding-Hallesches Tor-Neußeln (Nord-Südbahn) hat in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht. Von der See- bis zur Schlegelstraße sind die Wasserleitungs-, Kanalisations- und Gasröhren schon verlegt. In der Müllerstraße ist mit den Tunnelarbeiten begonnen worden. Mehrere Hundert Arbeiter sind jetzt ununterbrochen beschäftigt. In der Chausseestraße sind zum Schutz der Gebäude mächtige T-Träger aus starkem Eisen in die Bürgersteige eingerammt worden, um Senkungen und Risse in den Häusern zu vermeiden. Der Verkehr von Süden nach Norden mußte wegen dieser Arbeiten abgelenkt werden. Von Norden nach Süden können die Fahrzeuge ungehindert passieren. Die Müller- und Chausseestraße sind so breit, daß Verkehrsstörungen nur selten vorkommen. Anders wird es in der Friedrichstraße, besonders nahe den Linden werden.

Zur Erhöhung der Feuerfestigkeit in den städtischen Schulen sind zahlreiche bauliche Veränderungen erforderlich geworden. Die Veränderungen erstrecken sich auf 88 höhere Lehranstalten, 15 Turnhallen der höheren Lehranstalten, 166 Gemeindeforschulgebäude, 21 Mietschulgebäude, 12 Fach- und Fortbildungsschulgebäude und eine Volksschule. Die Kosten belaufen sich auf insgesamt 846 820 M.

Eine neue Art der Linienbezeichnung hat die Straßenbahn im Einvernehmen mit dem Polizeipräsidenten mit dem heutigen Tage eingeführt. Die Westliche und die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn unterscheidet ihre Linien bekanntlich durch Buchstaben. Bei einzelnen dieser Linien macht ein Teil der Wagen einen anderen Weg. Um diese verschiedenen Wege kenntlich zu machen, ist jetzt der Linienbezeichnung ein zweiter Buchstabe beigefügt worden, der den Weg bezeichnet. Dieser zweite Buchstabe wird ebenfalls groß geschrieben, aber etwas kleiner ausgeführt. So fährt der eine Teil der Wagen der Linie B über Schöneberg und Schmargendorf, der andere über den Kurfürstendamm und Döberitz. Die Wagen der Linie B, die von der Linienstraße über Schöneberg und Schmargendorf verkehren, haben die Bezeichnung B¹ an der Laterne und an den Seitenschildern erhalten. Die Wagen, die über den Kurfürstendamm und Döberitz verkehren, führen jetzt die Bezeichnung B². Eine weitere Neuerung ist bei den Wagen der Linien A und B eingeführt worden. Die Kopfschilder der Wagen, die durch die Königsallee fahren, sind mit roter Aufschrift versehen. Die Wagen, die über die Quertalallee verkehren, haben noch wie vor weiße Kopfschilder.

Die Kleidungsstücke einer unbekanntem Leiche

solten, so wird mancher denken, von der Polizei möglichst lange aufbewahrt werden, damit später vielleicht doch noch die Persönlichkeit des Toten sich feststellen läßt. Ein anderes Verfahren scheint im Berliner Leichenschauhaus für zulässig zu gelten, wenigstens ist dort anders in einem Fall verfahren worden, bei dem eine lange Aufbewahrung der Kleidungsstücke eines zunächst unbekannt gebliebenen Toten wegen der den Tod begleitenden Umstände zu wünschen gewesen wäre.

Als in der Nacht vom 25. zum 26. August 1912 an der Ecke der Dragoner- und der Ringstraße der Schuhmann Gabbert den Fürstorgelgänger Artur Fischer niedergeschossen hatte, erklärte die Polizei, sie könne nicht feststellen, wer der Erschossene sei. Die Feststellung der Persönlichkeit gelang nachträglich im Dezember 1912 der eigenen Mutter, die ihren Sohn seit Ende August vermißt hatte, und erst im Januar 1913 erkannte die Polizei die Richtigkeit ihrer Behauptung an. Frau Fischer fragte damals nach den Kleidungsstücken des seit Monaten beerdigten Sohnes und erfuhr um deren Übergabe, weil es gute Sonntagkleider waren, die noch Wert hatten. Es hat mancher Hin- und Hergerästel bei mehreren Behörden bedurft, bis Frau Fischer endlich im Mai 1913 aus dem Leichenschauhaus, wo sie schon früher mündlich ohne Erfolg angefragt hatte, auf ihre schriftliche Eingabe folgenden schriftlichen Bescheid erhielt:

Auf Ihr Schreiben vom 20. 4. 13 teile ich Ihnen ergebenst mit, daß die Kleidungsstücke des Artur Fischer vernichtet worden sind, weil sie infolge ihrer Beschädigung mit Schmutz und Blut einen üblen Geruch verbreiteten. Die Sachen sind durch den Leichendiener Rentsch vernichtet worden. Berlin, den 17. 5. 13. Dr. Moesth, Kriminalkommissar, Vorsteher des Königl. Kommissariats zur Sicherstellung der Leichen.

Der Einsatz, die Kleider zu vernichten, ist sehr fonderbar. Hatte denn die Polizei gar kein Interesse mehr daran, die Persönlichkeit des Erschossenen festzustellen und alle etwaigen Beweismittel aufzubewahren? Wenn die Kleidung wirklich einen üblen Geruch verbreitete, so konnte man sie ja wohl reinigen lassen. In Kriminalprozessen erlebt man, daß noch ganz andere Dinge viele Monate hindurch aufbewahrt und dem Gericht vorgelegt werden. Verwunderlich ist übrigens auch, daß die Kleidung so übel gerochen haben soll. Fischer dürfte nicht sehr viel Blut verlorren haben, und wenn die Kleider des Zusammenbrechenden von Straßenschmutz beschudelt worden sind, so würde dessen Geruch wohl nicht auf Monate hinaus unerträglich für Polizeinasen geblieben sein. Und warum hat man sogar die Stiefel vernichtet? Schmutzige Stiefel zu reinigen, ist doch gewiß kein Kunststück.

Nach der Vernichtung der Kleidungsstücke Artur Fischers ist der Mutter die Möglichkeit genommen, aus der Durchsicherung festzustellen, von wo aus der Schuhmann Gabbert geschossen haben kann. Der Obduktionsbefund, der hierüber Aufschluß geben muß, ist ihr niemals im Wortlaut mitgeteilt worden.

10 000 Mark Belohnung hat nunmehr die Dresdner Bank nachträglich auf die Wiederherbeischaffung der fehlenden 110 000 Mark von den durch den Kassenboten Bruning gestohlenen 200 000 Mark ausgesetzt. Wie bereits mitgeteilt, hatte die Dresdner Bank gegen den Kauter Hattke und dessen Frau auf Herausgabe dieser Summe gellagt. In dem geätzigen Termin wurde Bruning selbst als Zeuge vernommen. Auch hierbei wiederholte er, daß er kein Geld hinter sich habe, machte vielmehr über den Verbleib der fehlenden 110 000 M. dieselben Angaben, die er auch bei der Verhandlung gegen ihn gemacht hatte. Die Dresdner Bank glaubt jedoch seinen Erzählungen nicht, nimmt vielmehr als sicher an, daß Bruning das Geld irgend jemandem zur Aufbewahrung übergeben hat. Da alle Nachforschungen nach dem Verbleib der großen Summe bisher ohne Erfolg geblieben sind, so sichert sie demjenigen, der für den Rachweis über die Aufbewahrung des Geldes zweidienliche Angaben machen kann, eine Belohnung von 10 000 M. bzw. 10 Proz. der dadurch wiedererlangten Summe zu.

Wagen und Ladung gestohlen.

Zur 5000 M. rober Kaffee fiel gestern mittag Fußmehrsdieben in die Hände. Als ein Kutscher der Kolonialwarengroßhandlung von W. Raetebus u. Co. in der Lausiger Str. 31 den mit einem braunen Wallach bespannten Geschäftswagen der Firma kurze Zeit unbeaufsichtigt vor dem Hause Reichstagsufer 1 stehen ließ, schwangen sich Diebe auf den Wok und jagten mit dem Fuhrwerk davon. Der braungestrichene Wagen war mit 60 Sack Kaffee beladen, die zusammen einen Wert von 5000 M. haben. Ohne Zweifel haben es die Diebe auch nur auf die Ladung abgesehen und werden sie wahrscheinlich Pferd und Wagen irgendwo stehen lassen. Die Kaffeesäcke tragen die Zeichen N. C. 524. Auf die Wiederherbeischaffung des gestohlenen Gutes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt worden.

Zwei Großfeuer in Schöneberg. In den gestrigen Spätnachmittagsstunden brachen in Schöneberg zwei Großfeuer aus. Zuerst wurde die Feuerwehrröhre nach der Hauptstraße 51, Ecke Mühlentstraße, gerufen, wo der Dachstuhl des Wohnhauses in großer Ausdehnung in Flammen stand. Es brannte hauptsächlich der Flügel an der Mühlentstraße, und die Rauchentwicklung war so stark, daß die Löschmannschaften anfangs nur unter großen Schwierigkeiten vordringen konnten. Es wurde mit mehreren Schlauchleitungen Wasser gegeben, doch konnte nur langsam dem Feuer Terrain abgenommen werden. Die Leitung der Löscharbeiten hatte Branddirektor Floeter persönlich übernommen. Während hier das Feuer noch in vollem Gange war, wurde ein zweites Großfeuer aus der Gothenstr. 9 in Schöneberg gemeldet. Da von der Schöneberger Feuerwehrröhre nur noch ein Löschiug zur Verfügung stand, so wurde auch die Berliner Feuerwehrröhre zu Hilfe gerufen. Es rückte der 12. Löschiug unter Führung des Brandmeisters Ritzbach an und gemeinsam wurde dann mit drei Schlauchleitungen gegen den Brand vorgegangen. Der Löschiugriff erfolgte über zwei mechanische Leitern und die Treppen hinweg. Nach einstündiger Arbeit war die Gefahr beseitigt, doch ist die Hälfte des Dachstuhls vom Vorderhaus niedergebrannt. Während hier die Löscharbeiten ohne Unfall verliefen, verunglückte auf der Brandstelle in der Hauptstraße ein Feuerwehrmann. Es fiel ihm, als der große Eckurm des Hauses in sich zusammenstürzte, ein Balken auf den Körper, wobei er erhebliche Verletzungen erlitt. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich auf beiden Brandstellen mehrere Stunden lang hin. Die Ursache der beiden Großfeuer ist nicht ermittelt.

Im Droschkenbesitzer richtet sich folgende Bekanntmachung des Polizeipräsidenten: Viele Fuhrherren, welche auf Grund meiner Bekanntmachung vom 30. Januar 1913 berechtigt sind, in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober Kraftdroschken mit sogen. Sommerkarosserie im Betriebe zu halten, haben es unterlassen, bereits vor der Inbetriebnahme dieser Sommerwagen ihre Wagen mit der verschleißbaren Karosserie zur erneuten Jahresabstempelung vom 1. Januar ab meinem Verkehrs-Kommissariat vorzuführen, in der ausstehenden Abgabe, erst nach Ablauf obiger Zeit diese Wagen abstempeln zu lassen. Dieses Verfahren ist nach § 25 Absatz 2 der Droschkenordnung unzulässig, da behufs erneuter Prüfung ihrer vorschriftsmäßigen Beschaffenheit jede Droschke alljährlich in der Zeit vom 1. Januar bis Ende Juni ohne Aufforderung meinem Verkehrs-Kommissariat vorzustellen ist. Ein Abweichen von dieser Vorschrift ist aus inneren dienstlichen Gründen nicht angehtig.

Da jedoch die Fuhrherren, im guten Glauben an die Zulässigkeit ihres Verfahrens, noch keine Vorbereitungen für die Vorstellung der Droschken mit verschleißbarer Karosserie getroffen haben, so will ich, um eine Verzögerung der Einstellung ihrer Wagen mit Sommerkarosserie zu vermeiden und sie vor Schäden zu bewahren, mich damit einverstanden erklären, daß Fuhrherren, die vor dem 1. Juli ihre Kraftdroschken mit Sommerkarosserie im Betriebe stellen und darin bis zum 31. Oktober belassen, in diesem Jahre von der erneuten Vorstellung der entsprechenden Wagen mit verschleißbarer Karosserie befreit bleiben, wogegen sie, bei Vermeidung sofortiger Inbetriebnahme, diese Kraftdroschken unbedingt in der ersten Hälfte des Jahres 1914 meinem Verkehrs-Kommissariat zur Prüfung vorzustellen haben. In Zukunft kann ich aber derartige Ausnahmen nicht mehr gewähren. Es muß daher hinfür die Vorfahrung sämtlicher Droschken zur erneuten Prüfung den Vorschriften des § 25 Absatz 2 der Droschkenordnung entsprechend stattfinden.

Wegen eines größeren Dachstuhlbrandes wurde gestern die Berliner Feuerwehrröhre nach der Lebuser Straße 5 alarmiert. Die Gefahr war erst bemerkt worden, als die Flammen aus dem Dachstuhl hell emporloderten. Der Löschiug hatte längere Zeit zu tun und mußte kräftig Wasser geben um die angrenzenden Gebäude zu schützen. Leider die Treppen und eine große mechanische Leiter wurde der Angriff durchgeföhrt. Es konnte aber nicht mehr verhindert werden, daß ein großer Teil des Dachstuhls vernichtet wurde. Die Entstehungsursache war nicht mehr aufzuklären.

Zeugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie am 12. März, morgens 7 Uhr, in der Kassenstraße, gegenüber der Fabrik Hauptner, eine Arbeiterin von der Straßenbahn Nr. 57 überfahren worden ist, werden gebeten, ihre Adresse an Frau Gernersdorf, Ledener Straße 11, abzugeben; vor allem ein Herr aus der Inselstraße.

Der Gau Brandenburg des Deutschen Arbeiter-Steinographenbundes (System Krennd) hielt am Sonntag, den 25. Mai, in Spandau, Bismarckstr. 6, seinen diesjährigen Gantag ab. Vertreten waren 5 Mitgliedschaften durch 25 Delegierte. Der Gau zählt 8 Mitgliedschaften mit 320 Mitgliedern. (3. B. 4 Mitgliedschaften mit 200 Mitgliedern.) Unterrichtet wurden 375. (Z. B. 325.) Als Gauleiter wurde Genosse Arndt wiedergewählt. Der nächste Gantag findet in Rommes statt. Alle Anfragen, den Gau betreffend, sind zu richten an Genossen J. Arndt, Reulöln, Pfälzerstr. 14, D. L.

Vorort-Nachrichten.

Reulöln.

Aus der Organisation. In der Generalversammlung des Wahlvereins am Dienstag erhaltete der Vorsitzende, Genosse Schulz, den Jahresbericht. Redner betonte, daß das verfloßene Geschäftsjahr ein sehr arbeitsreiches gewesen sei, unter anderem mußten die Stadtverordnetenwahlen vorgenommen werden. Dabei erwähnte er, daß die Stadt, um das Resultat zu beeinflussen, sich selbst als Wähler in die Liste eingetragen hatte. Auf den Einspruch der sozialdemokratischen Fraktion sei dieses aber rückgängig gemacht worden. In der zweiten Abteilung habe die Sozialdemokratie im 1. Bezirk ein Mandat eingeköhrt; das Mandat des Genossen Schulz wurde für ungültig erklärt, weil ein Wähler einen falschen Vornamen genannt haben soll. Die endgültige Entscheidung darüber steht noch aus. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeiten der Organisation nach viel prompter erledigt werden müssen, jede persönliche Reiberei sei von den Zahlenden und anderen Zusammenkünften fernzuhalten. Um die Bezirksführer zu entlasten, und sie für die Agitation frei zu machen, wurden Bezirksführer eingeföhrt. Die Agitation für den Wahlverein brachte 300 neue Abonnenten, die Agitation für den Wahlverein einen Zuwachs von 791 männlichen und 415 weiblichen Mitgliedern. Leider ging der größte Teil durch die starke Fluktuation und Wegzug wieder verloren.

Um die Mitglieder zu fesseln, wurden Vortrags- und Unterrichtsliste eingeföhrt, außerdem alles aufgeboten, die Zahl- und Leseliste interessanter zu gestalten. Offensichtlich wurde durch die Hausbesuche ein größerer Teil von Mitgliedern der Organisation erhalten bleiben. Es mußte dafür gesorgt werden, daß für jedes Haus ein Hausbesucher bestimmt werde, der mit den Genossen in persönlicher Fühlung bleiben könne.

Der Bildungsausschuß berichtete über eine sehr umfangreiche Tätigkeit, leider fanden die Veranstaltungen nicht die genügende Unterstützung, zum Teil mag dies an den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen liegen. Ein erheblicher Teil der Mitglieder ist jedoch von einer gewissen Interessenlosigkeit nicht freizusprechen. Das Berichtsjahr schloß mit einem erheblichen Defizit ab.

Die Bibliothek wurde stark in Anspruch genommen, es wurden 12 374 Bände ausgeliehen. Beklagt wird über die Nichtinnehaltung der Besessenen. Zur Zeit wird ein Katalog gedruckt, um einem längst empfundenen Bedürfnis abzuhelfen.

Eine Külle hiesiger Verhältnisse förderte der Bericht der Kinderkommission zutage. Im ganzen kamen 127 Fälle zur Anzeige. Die Bemühungen der Kommission waren in den meisten Fällen von Erfolg begleitet.

In der Diskussion wurde u. a. bemängelt, daß die Verbandsgeneralversammlung nicht beschickt worden sei, nicht genügend Agitation für den Besuch der Zusammenkünfte getrieben werde und daß die Flugblätter zur Landtagswahl nicht den gewünschten Anforderungen entsprochen hätten. Wegen der vorgerückten Zeit wurde die Versammlung vertagt; die Fortsetzung derselben findet Dienstag, den 3. Juni, statt.

Tempelhof.

Ein großer Dachstuhlbrand kam gestern nachmittag in der Ordensmeisterstraße 55 zum Ausbruch. Die Flammen erfassten den Dachstuhl des Zweigesbäudes und Seitenflügels und bedrohten auch die Nachbargebäude. Die Tempelhofer Feuerwehrröhre rückte mit der Motorpumpe an und griff mit vier Schlauchleitungen ein. Auch die Feuerwehren von Weiz und Mariendorf eilten herbei, brachten aber nicht in Tätigkeit zu treten. Nach einstündiger Arbeit war jede Gefahr beseitigt. Die beiden Dachstühle sind aber größtenteils niedergebrannt. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis in die Abendstunden hin. Leider die Ursache des Feuers war nicht bestimmtes mehr festzustellen, doch vermutet man Brandstiftung.

Das öffentliche Plakatwesen scheint von der Gemeinde Tempelhof recht stiefmütterlich behandelt zu werden. Oft machen die für die öffentliche Plakatierung bestimmten Säulen einen nicht gerade guten Eindruck, weil dieselben nicht immer besetzt werden. Dieser Mißstand mag seinen Grund darin haben, daß die Gemeinde Tempelhof die Säulen gegen eine jährliche Pacht von 350 M. dem Haus- und Grundbesitzerverein überläßt, welcher letzterer die Säulen wiederum an eine Charlottenburger Firma weiterverpachtet. Das ist natürlich ein unhaltbarer Zustand. Als die Gemeindevertretung wiederum über die Verpachtung der Säulen zu befinden hatte, äußerten einige der Vertretung angehörende Mitglieder des Haus- und Grundbesitzervereins den Wunsch, die Säulen auch fernerhin zu pachten. Die Angelegenheit wurde zur weiteren Erledigung der Baukommission überwiesen, in welcher die Haus- und Grundbesitzer den größten Einfluß haben. Hier stellte sich heraus, daß eine andere Firma der Gemeinde ein Angebot gemacht hatte, wonach sie die Säulen für 750 M. jährlich pachten wollte. Selbstlos wie die Herren Hausbesitzer jedoch immer zu sein vorgeben, gingen sie über das Angebot hinweg und beschloßen, es beim alten zu belassen.

Wenn eine Gemeinde sich schon nicht dazu aufschwingen kann, das Plakatwesen in kommunale Regie zu übernehmen, so hätte man doch erwarten sollen, daß sie dasselbe im Submissionswege dem Meistbietenden überträgt. Für die angeblende Selbstlosigkeit der Tempelhofer Lokalpatrioten ist dieser Vorgang wieder einmal so recht bezeichnend.

Steglitz.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorsitzende zunächst Bericht über die Landtagswahlen. Nachdem wählte die Versammlung eine aus sieben Mitgliedern bestehende Kommission, deren Aufgabe sein soll, diejenigen Genossen zur Rechenschaft zu ziehen, die entweder gar nicht oder falsch gewählt haben. An den Bericht von der letzten Verbandsgeneralversammlung, den die Genossen Duncker erstattete, knüpfte sich eine ausgedehnte Debatte. Als Leiterin der Kinderkommission wurde Genossin Arnold gewählt. Nachdem die Wahlen der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung am 8. Juni erledigt worden waren, mußte infolge der vorgerückten Zeit die Wahl der Delegierten für die am 15. Juni stattfindende Verbandsgeneralversammlung vertagt werden.

Ober-Schöneweide.

Die Errichtung einer Gemeindeparlase wird von der Gemeindeverwaltung beabsichtigt, eine dementsprechende Vorlage wird bereits der nächsten Gemeindevertreterversammlung zugehen. Die Sparkasse, für deren Betrieb eine eigene von den sonstigen Gemeindegeschäften getrennte Verwaltung vorgesehen ist, soll vorläufig in Mieträumen untergebracht werden. Recht sonderbar mutet es an, daß nach Bekanntwerden dieser Absicht der Gemeinde nimmere die Kreisparlase am Orte eine Filiale errichten will; dem am 10. Juni zusammengetretenen Kreisrat liegt dieser Antrag der Kreisverwaltung bereits vor. Das Vorgehen des Kreisrat zeigt nicht gerade von zarter Rücksichtnahme gegen die Gemeinden.

Die zweite Gemeindefußbodenankast ist nunmehr zum Bau gegeben worden, so daß die Eröffnung in ungefähr 4 Wochen erfolgen kann. Die Verhandlungen mit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, welche den Platz dazu hergegeben hat, haben jedoch dazu geführt, daß die Absicht, eine nach dem Flußlaufe zu offene Anstalt zu errichten, fallengelassen werden mußte, da die Gesellschaft dies zur Bedingung machte.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Zum Bau des Apothekengebäudes erhält die Gemeinde von der Landesversicherungsanstalt Brandenburg ein Darlehn von 380 000 M., verzinslich mit 4 1/2 Prozent; die erste Rate von 100 000 M. soll am 31. Mai d. J. entnommen werden. Die Viktorienstraße von der Berliner Allee bis zum Rindfleischplatz wird sofort reguliert. Der Straßenraum erhält in einer Breite von 7 1/2 Meter Gehsteig, die Bürgersteige einen Rosenstreifen und eine Plattenbahn von 2 Meter. Die Kosten der Regulierung betragen 105 850 M. Die Anlieger werden mit 25 Prozent zu den Danim- und mit 75 Prozent zu den Bürgersteigregulierungskosten herangezogen. In der Koellikerstraße, zwischen Streu- und Langhausstraße, wird ebenfalls der Danim mit Schladenssteinen versehen, wozu die Anlieger mit 25 Prozent zu den Kosten herangezogen werden. Eine längere Debatte entspann sich bei der Regulierung des Crüdeils zwischen Kreuzpflanz und Amalienstraße. Hier soll das Erdviertel entstehen; es sind infolgedessen große Mittel erforderlich. Um den Kreuzpflanz befinden sich bereits größere öffentliche Gebäude, so die Gemeindefußbodenankast, das Verwaltungsgebäude, das Realgymnasium, das Ledigenheim, die Pumpstation, weiter ist der Bau eines Feuerwehrgebäudes sowie einer Volkshochschule geplant. In die schon bestehenden Parkanlagen soll sich nun weiter eine Prachtstraße anschließen, die ebenfalls parkartig ausgestaltet wird. Die Kosten der Erdarbeiten, Fußwege, Bäume, Sträucher usw. sollen für eine Fläche von 15 210 Quadratmetern circa 20 000 M. betragen. Diese Kosten muß die Gemeinde allein auf sich nehmen. Einen solchen Luxus wollte sich der Schöffe Kothe nicht leisten, da die angesagten Kosten gewöhnlich nicht ausreichen und noch Tausende nachbewilligt werden müßten. Schließlich ließ er sich noch überreden und stimmte der Vorlage zu. Es wurde noch in Erwägung gezogen, die ganze Gegend elektrisch zu beleuchten. Die an der Berliner Grenze liegende Gürtelstraße soll in Hebereinstimmung mit der Berliner Tiefbauverwaltung so angebaut werden, daß die Straße eine Breite von 26 Meter erhält und zwar eine Mittelpromenade von 8 Meter, zu beiden Seiten je einen Danim von 5 1/2 Meter und Bürgersteige in einer Breite von 3 1/2 Meter. Die Regulierung der diesseitigen Hälfte soll bis zum 1. Oktober d. J. erledigt sein. In der geheimen Sitzung wurde das der Weißenseer Danim bereits in der außerordentlichen Sitzung vom 23. Mai bezugte Entgegenkommen zum Beschluß erhoben. Außerdem wurde ein Grundstück in der neuen Apothekenstraße verkauft.

Spandau.

Eine Zwangsmaßnahme gegen die hiesigen Krankenkassen plant der Magistrat. Anscheinend will derselbe die Kassen zwingen, ihre Kranken im hiesigen Krankenhaus unterzubringen. Die Krankenkassen, welche nur Leichterkranke mit deren Einwilligung wegen der billigeren Verpflegungsmöglichkeit nach auswärtigen Krankenhäusern schicken, erklärten sich bereit, ihre kranken Kranken im hiesigen Krankenhaus unterzubringen, wenn der Magistrat jetzt Verpflegungsmöglichkeit ermäßigt. Daraufhin hat der Magistrat jetzt beschlossen, daß eine Herabsetzung der Verpflegungsmöglichkeit im Krankenhaus nicht eintreten soll, das vielmehr zunächst weitere Erhebungen darüber angestellt werden, ob die Krankenkassen etwa unter Verletzung der Interessen ihrer Mitglieder ihre Patienten nach außerhalb schicken.

Eine stark besuchte Partizipationsversammlung fand Dienstagabend in der Pichelsdorfer Brauerei statt. Eingeleitet wurde dieselbe mit einem stimmungsvollen Gesangsvortrag des Arbeiter-Gesangvereins „Hoffnung“ sowie durch ein vom Genossen Jahnke vorgebrachtes Gedicht. Reichstagsabgeordneter Genosse Wolke u. a. sprach hierauf unter lebhaftem Beifall über das Thema: Inzeratenteil derantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

„50 Jahre deutsche Sozialdemokratie“. Nach weiterem Vortrag zweier Lieber fand die eindrucksvoll verlaufene Versammlung ihr Ende.

Eine teilweise hürmische Protestversammlung gegen die verschärfte Hundesperre, die zweite in kurzer Zeit, die von 1000 Personen besucht war, fand Dienstagabend im „Roten Adler“ statt. Nach langer Debatte wurde u. a. die Abendung zweier Telegramme an den Reichstag und den Landwirtschaftsminister beschlossen, worin um Wilderung der Hundesperre ersucht wird.

Waidmannslust und Umgegend.

In der Generalversammlung des Bezirkswahlvereins gab Genosse Lischer den Bericht für das verfloßene Geschäftsjahr. Danach waren am 31. März d. J. 394 Mitglieder, darunter 85 weibliche, vorhanden. Nach den verlaufenen Wahlen betrug jedoch die Zahl der vollzahlenden Mitglieder 350 gegen 319 im vorigen Jahre. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten beträgt 429 gegen 413 im Vorjahre. Sozialdemokratische Gemeindevertreter sind im Bezirk zurzeit 11 vorhanden. Zu erwähnen ist, daß die beiden vor Jahren für die Stölpe gewählten Vertreter wegen dauernder Nichtbeachtung unserer Beschlüsse sowie Fernbleibens der Sitzungen und Resistenz ihrer Wahlvereinsbeiträge aus der Liste der sozialdemokratischen Gemeindevertreter gestrichen werden mußten. Freie Lokale stehen in 15 zur Verfügung. Der Kassenbericht des Genossen Knuth weist eine Einnahme von 124,53 M. und eine Ausgabe von insgesamt 172,86 M. auf, so daß der Kassenbestand 394,87 M. beträgt. Beschlossen wurde, 100 M. als Extrazumwendung an den Kreis abzuführen. Die Neuwahl der gesamten Funktionäre wurden in einer folgenden außerordentlichen Generalversammlung vorgenommen. Genosse Sohrauer gab erst noch ein umfassendes Bild von den Landtagswahlmannwahlen des Bezirks. Gegenüber dem Ergebnis der letzten Landtagswahl hat sich in allen Orten unsere Wählerzahl verdoppelt. Das Ergebnis der Funktionärswahlen war folgendes: Heinrich Sohrauer, 1. Bezirksleiter; August Lischer, 2. Bezirksleiter; Albert Knuth, Kassierer; Arthur Stegmann, Schriftführer; August Schulz, Hermsdorf; Berliner Str. 25a, Bibliothekar, daselbst auch die Bibliothek; Fritz Mümel, Paul Könnike und Wilhelm Bedrens, Revisoren; Wilhelm Tannenberger, Lokalkommission; Ernst Zimmermann, Zeitungskommission; Paul Baum, Gruppenführer für Hermsdorf; Kurt Ballastini für Waidmannslust; Richard Wiser für Glienide und Ernst Reich für Bergfelde; die Wahlen für Birkenwerder und Hohen-Neuendorf stehen noch aus.

Rosenthal.

Den Kampf um Erlangung einer Straßenbahn muß die hiesige Gemeinde immer noch weiterführen; einen endgültigen Beschluß konnte auch die Gemeindevertreterversammlung am Donnerstag nicht fassen. Wie der Gemeindevorsteher Dr. Kruse betonte, ist die Frage, wie die Aufschüttung des Grenzweges, von dem vor allen Dingen die Förderung des Projektes abhängt, in 13 Monaten noch nicht vollbracht, und jetzt müsse die Bejürchtung ausgesprochen werden, daß durch Separationsinteressen eine weitere Verzögerung eintrete. Es sei notwendig, Kanäle zu schaffen, die die Durchführung der Linie 23 und die Förderung des Projektes der Siemensbahn gewährleisten. Zur Information betr. der Linie 41 sei mitgeteilt, daß die Firma Bergmann die Restsumme von der Pflasterung der Leffingstraße, von etwa 15 000 M., der Gemeinde auf zehn Jahre unverzinslich zur Verfügung stellt, und außerdem zur Pflasterung der Rosenhagener Straße, zu welcher unsere Gemeinde bekanntlich 75 000 M. zu zahlen habe, 10 000 M. als einmalige Beihilfe zeichne. — Die etwa drei Stunden währende Sitzung, die sich ausschließlich nur mit der Straßenbahn beschäftigte, schloß einen Beschluß, der die Beschleunigung der Begregulierung durch Nieder-Schönhausen fordert und auch den Spandauer Verband zur endgültigen Stellung auffordert. Da zu Anfang der Sitzung den Gemeindevorstern umfangreiches Material ausgehändigt wurde, welches die Sachlage in eine andere Situation brachte, beteiligten sich nur einzelne bürgerliche Vertreter an den Verhandlungen, die durchweg auch nur gute Ratschläge vortrugen, es aber nicht zur Einbringung eines formellen Antrages bringen konnten. In 14 Tagen hofft man endlich zu einer glücklichen Lösung des schwierigen Problems zu kommen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Friedrichsfelde-Karlshorst. Freitag, den 30. Mai, abends 6 1/2 Uhr, in der Schule an der Treckow-Allee.

Friedrichshagen. Freitag, den 30. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Friedrichstr. 87.

Spandau. Donnerstag, den 29. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, im alten Rathaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizumohnen.

Jugendveranstaltungen.

Panow-Niederhöhenhausen. Sonntag, den 1. Juni: Spielpartie nach Hermsdorf. Treffpunkt pünktlich mittags 1 1/2 Uhr Panow, Nordbahnhof, von dort nach Waidmannslust, dann Spielpartie nach Hermsdorf. Jahrgeld 20 Pf. Die Arbeiterjugend wird ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Eingegangene Druckschriften.

Die Staatswirtschaft. Eine kritisch-theoretische Behandlung von R. Kochen. 8 M., geb. 10 M. Rabe, Leipzig.

Reichs- und Landesversammlungen im Hinblick auf die Bekämpfung der Wehrverlegen. Von Dr. G. Strug. 240 M. B. Enke, Stuttgart.

Einzelkarten zur Wirtschaftsgeographie Deutschlands. Nr. 5. Deutschlands Textilindustrie von R. v. d. Ha. Karte 4,50 M., Textteil 40 M. A. Teubner, Leipzig.

Justiz und Erfahrung. Von E. Lloyd Morgan, deutsch von Dr. A. Telling. 6 M., geb. 6,80 M. J. Springer, Berlin W 9.

Straubes farbige Wehrarte des Rieken- und Hergberges. 30 Pf. Verlag Jul. Straube, Berlin S 61.

Deutschland vor der Katastrophe. Von J. Sonntag. 1,25 M. A. Rabe, Leipzig.

Richard Wagner und das Ende der Musik. Von E. Heinemann. 3 M. Th. Thomas, Leipzig.

Marktpreise von Berlin am 27. Mai 1913. nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,76 bis 20,80, mittel 20,68—20,72, geringe 20,60—20,64. Roggen gute Sorte 16,68—16,70, mittel 16,64—16,66, geringe 16,60—16,62. (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,70, mittel 15,60—16,10, geringe 15,10—15,50. Hafer, gute Sorte 17,60—19,50, mittel 16,50—17,50 (bei Wagen und ab Bahn). Weizen (mitged.), gute Sorte 15,20—15,50. Weizen (runder), gute Sorte 00,00—00,00. Rindfleisch 4,40—4,50. Hen 6,00—7,20.

Kartoffellenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speldeböhen, weiße 35,00—60,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (kleinbl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rolle 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,50. 1 Kilogramm Rapsen 1,40—2,40. Weizen 1,80—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,40—2,80. Barsche 1,00—2,40. Schleihe 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 2,75—60,00.

Witterungsbericht vom 28. Mai 1913.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Eintracht	761,9	2	W	13	Paparranda	759,9	5	W	8
Damberg	763,9	3	W	11	Betersburg	753,9	3	W	10
Berlin	761,9	2	W	11	Seibitz	764,9	2	W	11
Frankfurt a. M.	765,9	2	W	15	Aberdeen	762,9	2	W	9
München	765,9	5	W	15	Paris	766,9	5	W	19
Wien	761,9	6	W	17					

Wetterprognose für Donnerstag, den 29. Mai 1913. Zunächst vielfach heiter, am Tage wieder wärmer bei mäßigen südwestlichen Winden; später neue Bewölkung mit etwas Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau.